

Das Ostpreußenblatt

Nr. 29 – 18. Juli 2009 — UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND — C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Trotz strahlenden Sommerwetters wirkt der Händedruck der Präsidenten etwas streif. Das Wenige, was man über den Gedankenaustausch von Horst Köhler (l.) und Lech Kaczynski (M.) am Montag erfahren konnte, spricht in der Tat gegen viel Übereinstimmung zwischen den beiden Staatsoberhäuptern.

Foto: Reuters

Es knirscht im Gebälk

Die Union streitet vor dem CSU-Parteitag offen über Steuerpolitik und Europa

Eigentlich hat sich der Wahlkampf für die Unionsparteien bestens angelassen, denn der SPD will seit Wochen nichts gelingen. Doch nun wurden vor dem CSU-Parteitag erhebliche Spannungen zwischen den C-Parteien erkennbar. Vor allem über die Steuer- und Europapolitik wird gestritten.

Noch vor kurzem schien es, als wäre die Wahl am 27. September für die Unionsparteien fast schon gelaufen. 37 Prozent gaben ihnen die Demoskopen, zusammen mit der FDP brachte es das sogenannte „bürgerliche" Lager auf 50 bis 52 Prozent. Hinter den Kulissen wurde und wird bereits um Ämter gestritten, während selbst Barack Obama der Bundeskanzlerin versicherte, die Wahl sei für sie doch schon gewonnen. Überdeutlich schlägt sich Obama, der lange nicht mit Merkel konnte, auf die Seite der erwarteten Siegerin. Er ließ sogar ein Treffen mit Außenminister Frank-Walter Steinmeier platzen, angeblich aus Termingründen – so viel Wahlhilfe von US-Demokraten, die an sich eher der SPD nahestehen, hat die CDU lange nicht mehr bekommen.

Nach den herben Erfahrungen von 2002 und 2005 sind die C-Parteien allerdings gegen die Krankheit vorzeitiger Siegeszuversicht immunisiert. Tatsächlich sind CDU und CSU auf dem besten Wege, ohne Mitwirkung der Konkurrenz Risiken für einen Erfolg im Herbst zu schaffen. Da ist zum einen die Brüskierung ganzer Stammwählergruppen, etwa des gewerblichen Mittelstandes oder christlich-konservativer Wähler, die sich längst in hellen Scharen der FDP respektive der Wahlenthaltung zugewandt haben. Zum anderen sind die C-Parteien derzeit dabei, etwas zu verspielen, was gerade für bürgerliche Wähler traditionell besonders wichtig ist: die inhaltliche Geschlossenheit.

> Beim Thema Europa hat die CSU die besseren Argumente

In ungewöhnlicher Offenheit haben die beiden Parteien tagelang darüber gestritten, ob dem Wahlvolk Steuersenkungen mit oder ohne Terminangabe versprochen werden sollen. Dabei kann jetzt schon jeder wissen, daß es nach der Wahl nur um Art und Umfang neuer Belastungen geht.

Während bei diesem Thema die CDU ehrlicher ist, weil sie zumindest keinen Termin für eine „Steuersenkung" nennen möchte, ist beim Streitthema Europa wohl die CSU aufrichtiger. Mit guten Gründen wollen die Christlich-Sozialen bei der Umsetzung des Lissabon-Urteils nicht nur das Minimum dessen tun, was Karlsruhe mit Blick auf des Grundgesetz verlangt. Vielmehr will die CSU das vom Verfassungsgericht verworfene Begleitgesetz nun soweit ändern, daß Bundestag, Bundesrat und dem Verfassungsgericht auf Dauer die Rechte souveräner Verfassungsorgane verbleiben.

Das ist vernünftig und geboten und angesichts des enormen deutschen Beitrags zur EU auch völlig legitim. Ein Gesetzentwurf der Unionsfraktion vom Januar 2005, der genau dasselbe verlangt, trägt die Unterschriften von Angela Merkel und Volker Kauder. Dagegen kann die CDU heute schlecht argumentieren. Sie hat auch keinen Grund, es zu tun. *K. Badenheuer*

KONRAD BADENHEUER:

In Polen

Es war eine diplomatische Geste, daß das Ziel von Köhlers erster Auslandsreise nach seiner Wiederwahl zum Bundespräidenten Polen war. Zwar flog er noch am Nachmittag desselben Tages weiter nach Paris. Die Geste war dennoch deutlich, schließlich war Paris jahrzehntelang für neu- und wiedergewählte deutsche Spitzenpolitiker die erste Station ihrer Antrittsbesuche.

Inhaltlich blieb die Visite wenig greifbar. Köhlers Versicherung, zwischen ihm und seinem polnischen Kollegen Lech Kaczynski bestehe eine „gute, vertrauensvolle Grundlage", um „auch kontroverse Fragen" zu besprechen, ist ein Hinweis auf Probleme. Denn wo das Klima wirklich gut ist, erwähnen Politiker das nicht eigens. Bekannt ist, daß Köhler mit Kaczynski auch über den Lissabon-Vertrag gesprochen hat. Daß hinterher kein gemeinsamer Halbsatz über die europäische Einigung fiel (und sei er noch so trivial), spricht für einigen Dissens.

Über das zweite Hauptthema des Gesprächs, das Vertriebenenzentrum in Berlin, meinte Köhler sogar, sein polnischer Partner habe „dazu noch Fragen". Deutlicher sagt ein Bundespräsident nicht, daß man uneinig war. Das verdient festgehalten zu werden, denn Köhler kam Polen weit entgegen, etwa mit seiner These, es gebe „in Deutschland keine ernstzunehmende Gruppe, die die Geschichte umschreiben will". Das war gegen die Vertriebenen gerichtet – obwohl doch heute ganz andere und überaus ernstzunehmende Kräfte die Geschichte umschreiben. Oder was ist es anderes, wenn die Bundesregierung seit kurzem die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze vom 14. November 1990 auf den 2. August 1945 rückdatieren will?

»Es war Völkermord«

Wie ein Holocaust-Überlebender 1954 die Vertreibung bewertete

Die Frage, ob Massenvertreibungen Völkermord oder zumindest Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen, ist hoch aktuell. Bejaht man diese Frage, dann dürfen die dadurch geschaffenen Fakten nicht anerkannt werden. Davon ist heute beispielsweise die Frage berührt, ob bereits im Sommer 1945 die laufende Vertreibung eine Änderung der deutsch-polnischen Grenze bewirken konnte.

Völkerrechtlich liegen die Dinge eigentlich klar: Die Vertreibung ganzer Völker und Volksgruppen erfüllt den Tatbestand des Genozids wie er in der einschlägigen UN-Konvention von 1949 definiert wurde. Dies gilt zumindest immer dann, wenn die Vertreibung in der Absicht geschieht, die betreffende Gruppe als solche ganz oder teilweise zu vernichten. Diese Absicht ist bei Vertreibungen aber praktisch immer erfüllt, weil die Organisatoren derartiger Vorgänge stets

> Altmaier benutzte das Wort mit Bedacht

den baldigen Untergang der vertriebenen Gruppe durch Assimilation erhoffen. Würde die vertriebene Gruppe außerhalb der Heimat dauerhaft fortexistieren, so würde dies ja den durch Vertreibung geschaffenen Besitzstand moralisch und auch politisch grundlegend in Frage stellen.

So klar diese Dinge rechtlich liegen, so schwer tun sich Politiker, Parlamente und Regierungen, heute mit dieser einfachen Wahrheit. In früheren Jahrzehnten war das in der Bundesrepublik noch ganz anders, wie aktuell die Zeitung „Das Parlament" dokumentiert hat.

Als der Deutsche Bundestag am 8. Juli 1954 die UN-Konvention zur Verhütung und Bestrafung des „Verbrechens des Völkermordes" von 1948 einstimmig in deutsches Recht umsetzte, sprach der jüdische SPD-Abgeordnete Jakob Altmaier, der im Holocaust Angehörige verloren hatte, folgende denkwürdigen Worte: „Die Austreibung der Deutschen aus ihrer eigenen, in mehr als tausendjähriger Kultur ... ausgestalteten und unverlierbar gebliebenen Heimat war Völkermord." *K.B.*

Maßlose Attacken

Mord von Dresden: Ahmadinedschad nutzt die Gelegenheit

Verunsichert durch die inneren Unruhen und den internationalen Druck auf seine Regierung hat der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad die Ermordung einer Ägypterin in Dresden zu einer propagandistischen Gegenattacke genutzt. Die schwangere 31jährige war von einem Deutschen aus Rußland in einem Gerichtssaal erstochen worden.

Ahmadinedschad nannte die Deutschen „Sklaventreiber" und fragte: „Wieso werden sofort Resolutionen verabschiedet, wenn in einem anderen Land ein Tausendstel solch einer Tat begangen wird, aber in ihren eigenen Ländern werden die elementaren Rechte der Menschen ignoriert." Damit spielte er womöglich auf die zwei jungen Frauen aus Deutschland (darunter eine Rußlanddeutsche) an, die im Juni, mutmaßlich aus religiösen Gründen, im Jemen ermordet worden waren.

> Hohe Wellen auch in Ägypten

Hoch schlagen die Wellen auch in der Heimat der Ermordeten. Auf zahllosen Titelseiten ägyptischer Zeitungen wird die tote Marwa al-Scherbinis zur „Kopftuchmärtyrerin" erhoben. Dort wird vor allem auf die angebliche Mitverantwortung der deutschen Medien für den Mord hingewiesen. Messerstecher Alex H. hatte sein Opfer vergangenes Jahr als „Islamistin", „Terroristin" und „Schlampe" beschimpft, woraufhin es zum jetzt so grausam geendeten Beleidigungsprozeß gekommen war.

Medien und Politiker in islamischen Ländern sehen die kritische Berichterstattung und Kommentierung abendländischer Journalisten zu Themen wie Islamismus und Terrorismus oft mit großem Unbehagen. Gern wird auch Kritik an unbestreitbaren Mißständen als Herabwürdigung von Muslimen oder Beleidigung ihrer Gefühle gebrandmarkt. Die Tat des Deutschen wird nun als Beleg dafür genommen, daß die westliche Islam- und Islamismus-Kritik tatsächlich im Kern nichts als Aufruf zu Haß und Mord sei. *Hans Heckel*

MELDUNGEN

Die PAZ im Internet

Hamburg – Seit November 2008 ist der „runderneuerte" Internetauftritt der *Preußischen Allgemeinen* abrufbar. Das Interesse an der Seite hat sich schon im ersten Monat verdoppelt und dann weiter gegenüber der alten Seite verfünffacht. Das Informationsangebot wird von Woche zu Woche größer, weil laufend aktuelle Beiträge aus der *PAZ* ins Internet gestellt werden und zudem – jeweils nach etwa vier Wochen – die komplette Ausgabe ins Textarchiv eingestellt wird. Dort ist völlig kostenlos eine komfortable Volltext-Recherche möglich, die noch nicht einmal eine Anmeldung erfordert. Inzwischen verzeichnet die Internetpräsenz der *PAZ* rund 27 000 Zugriffe im Monat, obwohl bisher noch keine Werbung für sie gemacht wurde. Auch das ändert sich nun; die Berichterstattung darüber wird fortgesetzt. *PAZ*

Thüne appelliert an Schäuble

Berlin – Seit wann liegt Königsberg im Ausland? Laut Völkerrecht erst seit Ende 1990, doch nach Ansicht des Bundesinnenministeriums bereits seit dem 2. August 1945, dem Schlußtag der Potsdamer Konferenz (die *PAZ* berichtete). Nach LO-Sprecher Wilhelm v. Gottberg hat nun auch dessen Stellvertreter Dr. Wolfgang Thüne in einem Brief an Bundesinnenminister Schäuble die Rücknahme der umstrittenen Empfehlung vom 19. März dieses Jahres verlangt. „Die Beschlüsse der ‚Potsdamer Konferenz' – es war ein völkerrechtlich irrelevantes, weil elementare Prinzipien des Völkerrechts mißachtendes Treffen – standen, einschließlich der Grenzen vom 31. Dezember 1937, von Beginn an unter Vorbehalt eines Friedensvertrages", erinnert Dr. Thüne. Und weiter: „Wenn man im BMI der Meinung ist, ein Datum nennen zu müssen, dann käme dafür einzig der 14.11.1990 infrage. Das ist der Tag, an dem der deutsch-polnische Grenzvertrag unterzeichnet wurde." *PAZ*

Die Schulden-Uhr: 100 Milliarden Euro zu wenig

Das Bundesfinanzministerium hat einmal nachgerechnet und grob geschätzt, daß es bei der zu erwartenden Arbeitslosigkeit in den Jahren 2009 bis 2013 100 Milliarden Euro mehr an Ausgaben für die steigende Arbeitslosigkeit einkalkulieren muß. 52,4 Milliarden Euro zusätzlich benötigt die Bundesagentur für Arbeit (BA) den Daten zufolge bis 2013 als noch vor dem Einbruch der Konjunktur errechnet. Auch stiegen die Ausgaben des Bundes für das Hartz-IV-System um insgesamt 46,4 Milliarden Euro bis 2013 an. Zudem müssen die Kommunen von zwölf bis 18 Milliarden Euro Mehrausgaben ausgehen, da sie den Großteil der Wohnkosten der Hartz-IV-Bezieher bezahlen. Gleichzeitig brechen die Steuereinnahmen drastisch ein. *Bel*

1.589.566.060.101 €

Vorwoche: 1.586.900.915.569 €
Verschuldung pro Kopf: 19 371 €
Vorwoche: 19 338 €

(Dienstag, 14. Juli 2009, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Expansion mit den Deutschbalten

Joachim Mähnert über die Zukunft des Ostpreußischen Landesmuseums – »Erweiterung ist beschlossen«

Das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg will jüngeres Publikum anlocken. Konrad Badenheuer sprach mit dem neuen Direktor, Dr. Joachim Mähnert, über die Pläne.



Gotisches Rathaus in Tallinn: Als das heutige Gebäude in den Jahren 1402 bis 1404 fertiggestellt wurde, war die Stadt, zu Deutsch Reval, eine blühende deutsche Hansestadt. Bilder (2): pa, OI

PAZ: *Sie sind seit dem 1. April im Amt. Was ist Ihre Bilanz nach gut 100 Tagen?*

Mähnert: Es ist eine erfolgreiche Zwischenbilanz. Die Leitung des Hauses ist eine interessante Herausforderung, die ich mit Engagement und Freude angehe. Auch die hochprofessionelle, überzeugende Mannschaft ist froh, daß das Museum wieder einen Leiter hat.

PAZ: *Die Stelle war über vier Jahre vakant ...*

Mähnert: Leider, die Vakanz ist vielerorts zu merken, und auch meine Einstellung verzögerte sich um acht Monate, die uns jetzt schmerzlich bei erforderlichen Reformschritten fehlen. Nachdem nun die Entscheidung gefallen ist, verstummte zum Glück auch die kritische Begleitmusik in einigen Medien.

PAZ: *Gab es politische Motive?*

Mähnert: Zu Hintergründen vor meinem Stellenantritt kann ich mich nicht äußern. Generell ist das Thema Vertreibung mit allem, was damit zusammenhängt, natürlich auch politisiert. Die öffentliche Hand als Zuwendungsgeber gibt uns grob die Richtung unserer Arbeit vor. Die Regierung legt die Rahmenkonzeption fest, nach der Museen wie das unsere nach dem Bundesvertriebenengesetz gefördert werden. Die derzeit gültige stammt noch aus dem Jahr 2000. Wir selber arbeiten aber nicht politisch, sondern auf wissenschaftlicher Basis ...

PAZ: *Sie wollen das Museum räumlich und inhaltlich erweitern, auch, um neue Besuchergruppen anzusprechen.*

Mähnert: Das ist derzeit Schwerpunkt meiner Arbeit, die unter einigem Zeitdruck geschehen muß. Wir wünschen uns wichtige Entscheidungen möglichst vor der Bundestagswahl im September, denn sonst dürfte bis zur Konstituierung einer neuen Regierung wertvolle Zeit verloren gehen. Aber wir kommen gut voran. Mitte Juni hat der Stiftungsrat einstimmig eine neue Satzung beschlossen. Zu den wichtigsten Neuerungen gehört, daß künftig das Museum um eine deutschbaltische Abteilung erweitert wird. Das Museum soll aber auch darüberhinaus wachsen, die Ausstellungsfläche soll sich auf 2700 Quadratmeter fast verdoppeln. Der Eingang des Museums wird in die belebtere Heiligengeiststraße verlegt werden, und mit einer neuen Museumskonzeption wollen wir mehr und jüngere Besucher anlocken.

PAZ: *Das kostet sicher eine Stange Geld?*

Mähnert: Die entsprechenden Anträge an die Zuwendungsgeber, Bund, Land Niedersachsen und zwei Stiftungen, sind gestellt. Nachdem beide, der Bund und das Land Niedersachsen, das neue Konzept mit großer Zustimmung aufgenommen haben, gehe ich natürlich mit dem gebotenen Optimismus an die Arbeit. Wir bekommen hoffentlich – erstmals seit Jahren wieder – eine Millioneninvestition in das Ostpreußische Landesmuseum.

PAZ: *Alles schon in trockenen Tüchern?*

Mähnert: Entschieden ist nichts. Aber ein stimmiges Finanzkonzept liegt vor, wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Natürlich bleiben in den heutigen Krisenzeiten manche begründbare Wunschvorstellungen zunächst noch Visionen. Dennoch kann man wohl sagen, daß mit der neuen Satzung, der neuen Konzeption und der Besetzung der Leiterstelle der Gordische Knoten jetzt durchhauen ist.



Joachim Mähnert

PAZ: *Was sind die wichtigsten Neuerungen in der Museumskonzeption?*

Mähnert: Wir wollen das Bild Ostpreußens modernisieren und stärker als bisher positiv besetzen. Damit wollen wir auch die Brücke schlagen zur jüngeren Generation. Bisher endete die Ausstellung im Jahre 1945 – künftig schauen wir bis in die Gegenwart. Die Aufnahme sovieler Menschen hatte viele Auswirkungen auf Niedersachsen und Lüneburg ...

PAZ: *Wie stark nahm hier die Bevölkerung infolge der Vertreibung zu?*

Mähnert: Um etwa 40 Prozent. Wir wollen der Vertreibung sozusagen auch ein niedersächsisches Gesicht geben: Ganze Stadtteile sind neu entstanden, was man gut an den Straßennamen ablesen kann. Die Veränderungen betrafen konfessionelle Zusammensetzung, Alltagskultur, Dialekte, auch die berufliche und soziale Zusammensetzung der Bevölkerung. Bedeutende Unternehmen der Region wurden von Ostpreußen gegründet. All das soll zusätzlich künftig im Museum thematisiert werden, weil gerade die Nachgeborenen hier dazu viele Fragen haben. Zudem behandeln wir künftig auch die Zeit nach 1945 in unseren Bezugsregionen, also in Polen, Rußland und den baltischen Ländern.

PAZ: *Früher hätte man gesagt „in den Vertreibungsgebieten"?*

Mähnert: Wir reden um das Thema Vertreibung nicht herum, aber spätestens durch das Zusammengehen mit den Deutschbalten ist das Wort „Bezugsregion" passender, weil die Deutschen aus Estland und Lettland ja nicht in der Weise wie die Ostpreußen vertrieben wurden, womit ich aber natürlich nicht sagen will, daß sie damals freiwillig gingen. Die Erweiterung des Fokus um diese beiden Länder ist mit Mehraufwand verbunden, eröffnet uns aber auch Zugang zu neuen Kooperationspartnern und Fördermöglichkeiten.

PAZ: *Mit Ostpreußen assoziieren viele vor allem dunkle Seen, Pferde und Jagd. Aber es gab auch ein sozialdemokratisches und jüdisches Ostpreußen, ein Ostpreußen der frühen Biolandwirtschaft. Findet das im Ostpreußischen Landesmuseum künftig statt?*

Mähnert: Wir wollen auf alle Fälle in vielfältiger Form die Besucher auch überraschen und Vorurteile hinterfragen. Aktuell zeigen wir eine Ausstellung über Umweltkooperationsprojekte mit dem Königsberger Gebiet. Dabei ist die Deutsche Bundesstiftung Umwelt ein wichtiger Kooperationspartner für uns. Das hätte es früher so wohl nicht gegeben und geht sicher in die von Ihnen angesprochene Richtung.

Venezuela steht am Rande der Diktatur

»Staatsstreich von oben«: Machthaber Hugo Chávez entmachtet oppositionelle Lokal- und Regionalpolitiker

Der weltbekannte spanisch-peruanische Schriftsteller Mario Vargas Llosa ist aufs Höchste alarmiert: „Venezuela könnte sich in ein zweites Kuba verwandeln", warnte er. Die Regierung von Präsident Hugo Chávez nähere das Land immer mehr einer kommunistischen Diktatur an, rief er den rund 400 Teilnehmern einer Versammlung für Freiheit und Demokratie zu, die sich Ende Mai in der venezolanischen Hauptstadt Caracas versammelt hatten.

Einen Vorgeschmack auf die bedrückenden Lage hatte der Autor gleich nach seiner Landung in Caracas bekommen: Sicherheitsbeamte fingen ihn ab und belehrten ihn über anderthalb Stunden lang, während seines Aufenthalts ja nichts Negatives über Staatschef Chávez zu äußern. Vargas Llosa sprach von bewußter Einschüchterung. Doch er ließ sich nicht einschüchtern und wagte die öffentliche Kritik.

Auf dem Kongreß mit brausendem Beifall begrüßt wurde auch der Oberbürgermeister von Caracas, Antonio Ledezma. Der Oppositionspolitiker war erst im November 2008 mit großer Mehrheit gegen seinen sozialistischen Gegenkandidaten wiedergewählt worden. Nach der Schlappe hat sich Chávez offenbar entschieden, daß dies die letzte Gelegenheit gewesen sein sollte, bei der sich die Bewohner der Hauptstadt seinem Willen widersetzen konnten.

Einen Monat nach der Wahl besetzten Chávez' Handlanger den Bürgermeisterpalast und vertrieben das Stadtoberhaupt. Als loka-

Bürgermeister von Caracas protestiert mit Hungerstreik

len Machthaber setzte Chávez einen Statthalter ein, dem er alle wesentlichen Kompetenzen übertrug, die bislang der demokratische gewählte Bürgermeister innehatte, so etwa die für Polizei, Krankenhäuser, Schulen oder öffentlichen Nahverkehr.

Erst 2006 hatte Chávez die Präsidentenwahl klar gewonnen. Was sich seitdem vollzieht, gleicht einem Putsch von oben. Die Opposition wird planmäßig und ohne jede Rücksicht auf die Demokratie ausgeschaltet, ein sozialistischer Einparteien-Staat nimmt zunehmend seine häßlichen Konturen an. Venezuelas Opposition spricht aufgebracht von einem Staatsstreich.

Die Entmachtung oppositioneller Lokal- und Provinzpolitiker findet landesweit statt. Der ebenfalls im November mit großer Mehrheit wiedergewählte Oberbürgermeister von Maracaibo, Manuel Rosales, mußte am 30. März untertauchen und floh wenige Wochen später nach Peru. Maracaibo ist die Metropole der westvenezolanischen Erdölprovinz Zulia, eine Hochburg der Opposition. Rosales wird offiziell „illegale Bereicherung" vorgeworfen. Doch keine seriöse Quelle zweifelt daran, daß dies nur ein Vorwand ist. Rosales gilt als Führungsfigur der Opposition.

Antonio Ledezma hat sich Anfang Juli in die Vertretung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Caracas geflüchtet und ist dort mit einigen Getreuen in Hungerstreik getreten gegen die aufkeimende Diktatur des Hugo Chávez. Er appelliert an OAS-Generalsekretär José Miguel Insulza, den Weg Venezuelas in die rote Despotie zu stoppen.

Nachdem Insulza garantiert hat, daß er die Vorwürfe gegen Chávez prüfen werde, unterbrach Ledezma den Hungerstreik bis auf weiteres. Der OAS-Generalsekretär sieht sich indes einer wachsenden Schar von OAS-Staaten gegenüber, die von Chávez-Gefolgsleuten beherrscht werden.

Immerhin hat Honduras den Weg in den „kalten Staatsstreich" nach chavistischem Vorbild abwenden können (*PAZ* berichtete

Honduras hält dem Druck von links stand

vergangene Woche). Doch Chávez wühlt unbeirrt weiter. Vergangene Woche trat Perus Ministerpräsident Yehude Simon zurück, nachdem bei Auseinandersetzungen zwischen aufständischen Indios und Sicherheitskräften zehn Ureinwohner und 24 Beamte zu Tode gekommen waren. Es besteht kaum ein Zweifel, daß das Regime in Caracas die Aufrührer unterstützt, wie es auch den Terrorbanden der kolumbianischen Farc unter die Arme greift.

Chávez stand 2006 hinter dem linken Gegenkandidaten des heutigen peruanischen Präsidenten Alan García, Ollanta Humala. Der Bürgerliche García aber setzte sich mit 54 Prozent der Stimmen durch.

Später kam es zu einer oberflächlichen Entspannung zwischen der peruanischen und der venezolanischen Führung. Damit war es spätestens ab April vorbei, seit García dem geflohenen venezolanischen Oppositionsführer Rosales öffentlich Asyl gewährt. Die tödlichen Zusammenstöße zwischen Indios und Sicherheitskräften ereigneten sich am 5. Juni.

In Honduras beginnt sich die Lage zum Ärger der Chavisten unterdessen zu beruhigen. Übergangspräsident Roberto Micheletti hob die Ausgangssperre Anfang der Woche wieder auf. Nach fruchtlosen Gesprächen mit dem abgesetzten und ausgewiesenen Präsidenten Manuel Zelaya vergangene Woche in Costa Rica hat er diesem nun selbstbewußt eine Amnestie in Aussicht gestellt, falls er ins Land zurückkehre. Unbeeindruckt vom immensen internationalen Druck hält Micheletti an seinem Vorhaben fest, am regulären Termin, dem 29. November, Präsidentschaftswahlen abzuhalten. *Hans Heckel*

Fontane

Von HARALD FOURIER

Schüler wissen oft nicht zu schätzen, was sie lernen dürfen. Das Problem ist generationenübergreifend und fängt bei Julius Cäsar an, mit dessen genialen Kriegsberichten aus Gallien ein 13jähriger Lateinschüler noch nie viel anzufangen wußte. Und es setzt sich fort mit Theodor Fontane. Seine Reiseberichte über die Mark Brandenburg sind Gold wert, aber für Abiturienten oft nur lästige Pflichtlektüre.

So war es zumindest bei meinen Mitschülern, die den Deutsch-Leistungskurs gewählt hatten und in der elften Klasse täglich mehrere hundert Seiten aus Fontanes „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ lesen mußten. Und das obwohl noch dazu kam, daß sich just in diesem Moment das Land Brandenburg in die Geschichte zurückgemeldet hat – wir schrieben nämlich das Jahr 1990.

Bis zu diesem Zeitpunkt war für die allermeisten nach dem Mauerbau geborenen (West-)Berliner „Brandenburg“ ungefähr so schwer zu lokalisieren wie Atlantis und so weit weg wie die Südsee. Cottbus und Oranienburg, der Spreewald und die Uckermark – das waren damals Orte, die für die allermeisten meiner Altersgenossen für immer irgendwo hinter der Berliner Mauer versunken schienen. Und wir waren Berliner! Unter Gleichaltrigen aus Westdeutschland war das allgemeine Unwissen lange vor der ersten Pisa-Studie noch viel stärker verbreitet. „Kommst du aus Ost- oder aus West-Berlin?“ lautete beispielsweise eine F rage, die ich immer wieder gehört habe. Sie legte Zeugnis von der vollständigen Unkenntnis vieler Westdeutscher ab.

Ein Gedicht Fontanes erfreute sich aber – und das will schon etwas heißen bei Kindern aus der Null-Bock-Generation – großer Beliebtheit: Ribbeck von Ribbeck im Havelland. Fontane hat den Ort berühmt gemacht und trotz der Teilung auch Nicht-Brandenburgern einen Blick auf das großzügige, tolerante, liberale Preußen ermöglicht, an das in dem Gedicht erinnert wird.

Heutige Schülergenerationen lesen nach wie vor Theodor Fontane. Für sie klingt es abenteuerlich, daß der Begriff „Brandenburg“ vor 20 Jahren kaum mehr war als ein unbekannter Ort hinter der Mauer. Sie haben das Glück, das Schloß Ribbeck bei Klassenausflügen persönlich in Augenschein nehmen zu können. Der schöne Bau ist aufwendig saniert und wurde vor kurzem der Öffentlichkeit übergeben. Jährlich kommen bis zu 30000 Besucher in das 320-Einwohner-Dorf westlich von Berlin. Die allermeisten von ihnen wohl nur, weil Fontane vor über 100 Jahren ein Gedicht geschrieben hat, das den Flecken zu einer Art Traumort für Generationen deutscher Schüler machte.

Das giftige Erbe der Verdrängung

Tausende Stasi-Veteranen sind noch im öffentlichen Dienst – Brandenburg besonders betroffen



Sogar beim Staatsschutz, der „politischen Polizei“, arbeiten ehemalige Angehörige des „Ministeriums für Staatssicherheit“ der DDR: Stasi-Akten, viele noch unerschlossen, in der Berliner Birthler-Behörde

Bild: ddp

Selbst hochgradig belastete Stasi-Kader könnten noch heute im Polizeidienst stehen, heißt es aus Potsdam. Wegen früherer Versäumnisse aber kann man sie kaum mehr belangen.

Ganze 17000 einstige Mitarbeiter der Stasi arbeiten bundesweit weiterhin im öffentlichen Dienst, berichtet die Tageszeitung „Financial Times Deutschland“. Auch Polizei und Justiz beschäftigen demnach Tausende mehr oder weniger belastete Alt-Kader. Darunter seien Personenschützer von Angela Merkel und sogar Mitarbeiter des Staatsschutzes, jener Polizeieinheit, die sich mit der Verfolgung politischer Straftaten befaßt. Besonders betroffen ist offenbar Brandenburg: 201 ehemals hauptamtliche Stasi-Spitzel arbeiten in der gesamten Landespolizei, 58 davon beim Landeskriminalamt und neun beim Staatsschutz.

Mitarbeiter des brandenburgischen Innenministeriums verweisen in Sachen alte Stasi-Kader auf lange zurückliegende Entscheidungen. „Das war alles bekannt, jetzt wird es skandalisiert, da fürchte ich doch, daß viele sich nicht mit den Fakten vertraut gemacht haben“, so Innenminister Jörg Schönbohm (CDU). Seit 1999 im Amt, hat er die betroffenen Staatsdiener also „geerbt“. Das Thema sei zu brisant, man wolle aber anders als Schönbohms Vorgänger offen damit umgehen und sich den Fragen stellen, so ein Vertrauter des Ministers.

Vorgänger Alwin Ziel (SPD), von 1990 bis 1999 Innenminister, gilt in Potsdam als Galionsfigur des sogenannten Brandenburger Wegs. Ein Weg, so ein Vertrauter Schönbohms, der zur Vergangenheitsverdrängung beigetragen habe. Zwar richte Schönbohm nicht rückblickend, sagen Mitarbeiter seiner Pressestelle, doch in den Abteilungen ist man weniger diplomatisch: Unter Ziels Ägide habe eine Schlußstrich-Mentalität geherrscht. Im Bildungswesen, der Justiz und eben auch bei der Polizei seien Stasi-Verstrickungen vom Kabinett Manfred Stolpe (SPD, einst stellvertretender Vorsitzender des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR) in den 90ern ausgeblendet worden. Stolpe selbst hatte laut Prüfbericht der Evangelischen Kirche zu DDR-Zeiten Kontakte zur Stasi in einem Ausmaß, das nicht durch den Auftrag der Kirche an ihn gedeckt war.

> Unter Manfred Stolpe galt eine Schlußstrich-Mentalität. Heute können die Ex-Agenten dienstrechtlich nicht mehr belangt werden

Es ärgert Schönbohms Truppe, jetzt als Sündenböcke für Ziels und Stolpes Versäumnisse herhalten zu müssen. Als einer der letzten Verfechter klassischer Rechtsstaatlichkeit sah Jörg Schönbohm bei Amtsantritt keinen Grund, an der Rechtmäßigkeit der vor ihm erfolgten Übernahmen von Mitarbeitern zu zweifeln. Die Polizei Brandenburgs sei nicht „stasidurchsetzt“, kontert er die Attacken.

Mehrfach ließen seine Vorgänger nach einheitlichen Kriterien prüfen, so das Ministerium: 1990 mit Personalfragen an alle Polizeibediensteten und ab Frühjahr 1991 durch eine überwiegend aus Kirchenvertretern bestehende Kommission, die sogenannte „Bischofskonferenz“. 2004 schließlich wurden die Führungskräfte noch einmal anhand der aus den USA zurückgekehrten „Rosenholz“-Dateien überprüft. Die „Bischofskonferenz“ empfahl bei 100 von seinerzeit 10000 Polizisten die Beschäftigung zu beenden, was auch geschah.

Besonders problematisch ist, daß trotz teils mehrfacher Prüfung nach dem Kollaps der DDR offenbar auch hochgradig belastete Stasi- und SED-Funktionsträger in der Polizei verblieben sind. Man könne nicht ausschließen, daß Täter des unmittelbaren Repressionsapparats heute noch bei der Polizei seien, so die Pressestelle des Potsdamer Innenministeriums. Angehörige der Hauptabteilung IX („Untersuchungsorgan“) der Stasi könnten somit auch heute noch ihren einstigen Opfern dienstlich begegnen. Zudem vererbte die konspirativ arbeitende K1-Abteilung der Volkspolizei Brandenburgs Polizei mit Sicherheit Personal. Brandenburgs Justiz übernahm unter Justizminister Hans Otto Bräutigam 55 Prozent der Staatsanwälte und dazu 45 Prozent der Richter aus DDR-Dienst – darunter Personal mit einschlägiger SED-Vergangenheit. In Berlin konnten dank Wartestandregelung nur elf Prozent der Richter und zehn Prozent der Staatsanwälte ihre Karrieren nach dem Ende der DDR fortsetzen.

Dabei hätten die Behörden in Brandenburg in den 90ern noch alle juristischen Mittel zur Aufarbeitung der Vergangenheit verdächtiger Staatsdiener gehabt – auch der bereits verbeamteten. Heute sind im Gegensatz zu damals zwar mehr Stasi-Akten erschlossen – nur die Rechtslage hat sich radikal geändert. Die Innenminister der Länder dürfen nicht mal mehr beim Verdacht böswilliger Falschangaben von Mitarbeitern deren Stasi-Akten einsehen oder Stellungnahmen der Birthler-Behörde einfordern. Politiker der neuen Länder lehnen jetzt auch deshalb erneute Prüfungen ab.

Einzelgespräche mit Belasteten und eine wissenschaftliche Aufarbeitung an der Polizeiakademie Oranienburg sollen nach Schönbohms Willen bis Herbst Klarheit schaffen, um letzte Belastete zumindest aus sensiblen Bereichen entfernen zu können. Doch das seien keine personalrechtlichen Maßnahmen, so das Innenressort, die wären rechtswidrig. *sg*

Aus für »Multicult«

Alternativer Radiosender am Ende

Zum Jahresende 2008 hatte die Radiowelle „Multikulti“ vom RBB ihren Sendebetrieb eingestellt. Der Kanal hatte zwar zahlreiche staatliche und halbstaatliche Auszeichnungen geerntet, aber kaum Zuhörer angelockt. Die Zielgruppe der zugewanderten Ausländer hörte lieber Beiträge und Kulturprogramme aus der alten Heimat, die via Satelitenschüssel im Wohnzimmer bequem zu empfangen sind. Oder eben die deutschen Standardprogramme. Einnahmen erzielt die Welle daher kaum.

> Ausländer blieben ohne Interesse

Das Aus wollten 80 „Aktivistinnen“ jedoch nicht hinnehmen, organisierten ehrenamtlich als „Internetradio“ das Nachfolgeprojekt „multicult 2.0“, und senden seither aus privat gesponserten Räumlichkeiten. Ab September verlangt der Eigentümer nun aber Miete. Damit scheint auch für „multicult 2.0“ das Ende unausweichlich. Unterstützer, auch in der Politik, suchen indes nach Wegen, doch noch öffentliche Gelder für den Sender locker zu bekommen.

Benedikt Lux, flüchtlingspolitischer Sprecher der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, fordert, den Empfang des Senders in Haftanstalten zu ermöglichen. Seit dem Wegfall des Antennen-Senders Radio Multikulti sei die mediale Versorgung von inhaftierte Migranten nicht mehr gewährleistet, meint Lux. Warum Häftlinge hinter Gittern einen Sender lieben sollten, den sie draußen gemieden haben, bleibt das Geheimnis des Grünen. Dafür hofft er dem Vernehmen nach auf eine finanzielle Gegenleistung des Staates für die Radiomacher. Wenn das nicht gelingt, ist ab September Schluß. *Hans Lody*

Berlins S-Bahn lahmgelegt

Mangelnde Wartung: Bundesamt zieht 380 Wagen aus dem Verkehr

Die Berliner S-Bahn wird vermutlich bis September dieses Jahres nur einen sehr eingeschränkten Betrieb aufrechterhalten können. Auf den meisten Strecken fällt jeder zweite Zug aus. „Das hat es in der Vergangenheit eigentlich letztmalig in der Schlußphase des Zweiten Weltkriegs gegeben“, lästern genervte Fahrgäste in gewohnt berlinischer Giftigkeit. Grund für die Misere: Das Eisenbahn-Bundesamt hatte kurzfristig 380 Bahnwagen aus dem Verkehr gezogen, weil deren Räder nicht – wie es gesetzlich vorgeschrieben ist – einmal wöchentlich überprüft worden waren.

Zusätzliches Ungemach droht der Deutschen Bahn, weil Fahrgäste Strafanzeigen erstattet haben. Laut Strafgesetzbuch (Paragraph 315a) droht für die Gefährdung des Bahnverkehrs eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren. Martin Steltner, Sprecher der Berliner Staatsanwaltschaft: „Wir prüfen, ob sich die Verantwortlichen damit strafbar gemacht haben“, daß sie die Räder zu selten überprüft hätten.

Weil die Werkstätten mit den Sicherheitsüberprüfungen und dem Austausch der abgelaufenen Radscheiben nicht nachkommen,

> »Das hat es zuletzt am Ende des Zweiten Weltkriegs gegeben«

herrscht nun Chaos im Berliner S-Bahn-Netz. Insider, die nicht genannt werden wollen, erklärten, die Probleme bei der S-Bahn hingen „entscheidend damit zusammen, daß wir wegen der angestrebten Bahnprivatisierung jährlich hohe Millionensummen an die Deutsche Bahn abführen müssen“.

Die geplanten und erreichten Summen sind beachtlich: 2007 rund 34,9 und im 2008 etwa 57,5 Millionen Euro. Für 2009 sind 87,7 Millionen Euro angesetzt. 2006 wurde das Programm „Optimierung S-Bahnen“ aufgelegt, das zu längeren Wartungsintervallen, einem Abbau von Arbeitsplätzen und Einsparung von Material führen sollte. Um die aufgebrachte Berliner Öffentlichkeit zu besänftigen, brachten die Bahn-Verantwortlichen ein Bauernopfer dar: Vergangene Woche wurden alle vier S-Bahn-Geschäftsführer gefeuert.

Das rief auch die politische Opposition auf den Plan. Der verkehrspolitische Sprecher der CDU, Uwe Goetze, gibt sich entsetzt: „Nach den Einlassungen des Vorstandsvorsitzenden Heinemann in der „Berliner Abendschau“ vom Dienstag muß davon ausgegangen werden, daß der Vorstand des Unternehmens die Gefährdung der Sicherheit der Fahrgäste monatelang billigend in Kauf genommen hat. *Hans Lody*

Streit um Hartz IV

Der Berliner Spitzenkandidat der FDP für die Bundestagswahl, Martin Lindner, hat gefordert, die Hartz-IV-Sätze um bis zu 30 Prozent zu kürzen, wenn sich Langzeitarbeitslose weigerten, gemeinnützige Arbeit zu verrichten. Gerade in Berlin gebe es viele gesunde, arbeitsfähige Hartz-IV-Empfänger, die zum Arbeiten schlicht keine Lust hätten, so Lindner. Zustimmung findet der Liberale selbst im bürgerlichen Lager nicht. CDU-Landeschef Frank Henkel: „Die Tatsache, daß der FDP-Bundesvorstand sich distanzierte, spricht für sich.“ Der evangelische Pfarrer Bernd Siggelkow, der seit zehn Jahren dem Kinderhilfswerk „Arche“ vorsteht, wo Bedürftige kostenloses Essen erhalten, schimpfte von „Erpressung und Ausbeutung“. Linksparteikandidatin Monika Merk verglich Lindner mit Jörg Haider. Der Österreicher allerdings punktete stets als „Sozialrebell“, der gerade in unteren Schichten Sympathie genoß. *H.L.*

Zeitzeugen



Rebiya Kadeer – „Lebe lieber ungewöhnlich“ könnte das Motto der 1948 geborenen Uigurin sein. Mit 27 Jahren machte sich die sechsfache Mutter nach der Scheidung von ihrem ersten Mann im Textilhandel selbständig. Während der zweiten Ehe mit dem uigurischen Widerstandskämpfer Sidik Rouzi wurde ihr Interesse für Politik geweckt. Nach weiteren zwei Kindern wurde sie 1992 in den Nationalen Volkskongreß gewählt. So lange sich Rebiya Kadeer international nur für Frauenrechte einsetzte, war sie bei Chinas Kommunisten gerngesehen, als sie jedoch begann, sich für die Rechte ihres Volkes einzusetzen, wurde sie 1999 inhaftiert. 2005 kam sie frei, ging in die USA ins Exil und wurde noch im selben Jahr Präsidentin des neu gegründeten Uigurischen Weltkongresses. In den Augen Chinas ist sie eine terroristische Separatisten.



Tenzin Gyatso – Der 14. Dalai Lama ist der Regierung in Peking genauso ein Dorn im Auge wie Rebiya Kadeer. Der Friedensnobelpreisträger und religiöse Führer der Tibeter wird ebenfalls immer wieder als böser Separatist dargestellt. Seit er 1959 ins Exil nach Indien fliehen mußte, reist er um die ganze Welt, um für die Rechte seines Volkes zu werben. Dabei fordert der Dalai Lama gar nicht die Unabhängigkeit seiner Heimat von China, sondern nur weitgehende Autonomie, doch das ist den Chinesen bereits zu viel.

Mao Zedong – Der langjährige Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas bestimmte fast 30 Jahre die Geschicke Chinas. In der von ihm initiierten Kulturrevolution wurden 1966/67 und weiter bis zu seinem Tod 1976 alle alten Denkweisen, Kulturen, Sitten und Gewohnheiten brutal bekämpft. Völkermord-Forscher machen ihn für 37 bis 76 Millionen Tote verantwortlich.



Kaiser Gao von Han – Er gilt als Gründer der Han-Dynastie und prägte von 202 bis 195 v. Chr. China. Von ihm leiten die Han-Chinesen ihren Namen ab. Sie stellen heute fast 92 Prozent der Bevölkerung der Volksrepublik China. Unter Kaiser Gao von Han entwickelte sich erstmals ein Zusammengehörigkeitsgefühl der Volksgruppe. Die gemeinsame Han-Schrift hat trotz sehr unterschiedlicher Dialekte zu einer gemeinsamen Identität geführt.

Selbstaufgabe oder Kampf

China: Die Kulturen der Uiguren, Mandschu und Tibeter sind vom Untergang bedroht

Die nicht-chinesischen Völker und Volksgruppen Chinas stellen nur knapp zehn Prozent der Bevölkerung, bewohnen aber traditionell fast 60 Prozent der Fläche des riesigen Landes. Entsprechend groß ist die Angst Pekings vor dem Ruf nach Selbstbestimmung. Brutale Repression inklusive Siedlungspolitik soll derartige Forderungen im Keim ersticken.

Knapp zehn Prozent der 1,3 Milliarden Einwohner Chinas gehören nicht zur Titularnation der Han-Chinesen. Mehrere Volksgruppen haben eine millionenstarke Bevölkerungszahl und ein ursprünglich geschlossenes Siedlungsgebiet. In Europa wären sie damit mittelgroße Staatsnationen. Zu ihnen gehören die 16 Millionen Zhuang, die zehn Millionen Mandschu, die islamisch-chinesischen Hui (neun Millionen), die Uiguren (acht Millionen), die Miao Südchinas (7,5 Millionen), die Yi (6,5 Millionen), die Tujia (5,7 Millionen), die Mongolen der Inneren Mongolei (fünf Millionen) und nicht zuletzt die Tibeter (4,6 Millionen).

Bis zum Ende der Mandschu-Dynastie (1911), als der han-chinesische Siedlungsraum nach Norden nur bis zur Chinesischen Mauer reichte, war die Auswanderung der Chinesen in die in loser Souveränität kontrollierten umliegenden „Barbarengebiete“ verboten. Auch in den chinesischen Bürgerkriegen der Zwischenkriegszeit und im Krieg mit Japan (1937–1945) standen sie am Rand des Weltgeschehens. Die Äußere Mongolei wurde 1923 sowjetisch besetzt und gleichgeschaltet. Die Mandschurei und die Innere Mongolei wurden japanische Protektorate. Nach dem Sieg der Kommunisten 1948 wurden alle jene Randgebiete, außer der (Äußeren) Mongolei, die unter sowjetischer Kontrolle blieb, militärisch besetzt und der Diktatur Maos unterworfen. Am schlimmsten hauste die Kulturrevolution 1966/67 in den neuen Minderheitengebieten. Ihre kulturellen Traditionen und religiöse Bauwerke waren für die von Mao aufgehetzten han-chinesischen Roten Garden Symbole unchinesischer Rückständigkeit und des Feudalismus und lösten bei ihnen Haß und Zerstörungswut aus. Geistige und politische Führungsgruppen der Minderheiten wurden verhaftet, gefoltert und ermordet. Die „unfehlbare“ Partei hat sich für diesen von ihr angeordneten, kulturellen Völkermordversuch nie entschuldigt, geschweige denn die Schuldigen bestraft. Die Exzesse der Kulturrevolution haben die Minderheitenvölker traumatisiert und sie damit der systematischen Sinisierung ausgeliefert. Am schlimmsten traf die Zerstörung der Tempel und das Verbrennen ihrer Archive und Bibliotheken die nomadischen Völker wie die Mongolen und Tibeter. Die Klöster waren die einzigen Zentren ihrer nationalen Kultur, von Schriftsprache und Wissen, da die Stämme nur mit leichtem Gepäck wandern konnten.

Nur noch als Attraktion für Touristen toleriert

Alle nicht-sinisierten Minderheiten leben in Armut und sind von chinesischsprachigen Verwaltungs- und Wirtschaftsberufen und von höherer Bildung, die die vertiefte Kenntnis der chinesischen Schriftsprache voraussetzen, ausgeschlossen.

Offiziell werden die Minderheiten toleriert, sofern sie in der KP-Diktatur mitschwimmen und brav die ihnen zugedachte Rolle als putzige Volkstanzgruppen, Touristenattraktion und Restaurantbetreiber spielen. Grundsätzlich aber stehen die Minderheitennationen im han-chinesischen Nationalstaat vor der Alternative zwischen ethnischer Selbstaufgabe und Assimilation oder Selbstbehauptung in opfervollem Widerstand.

Die Mandschus und die in den Städten lebenden Inneren Mongolen haben den Weg der Selbstaufgabe gewählt. Denn nur die volle Teilhabe am chinesischen Bildungssystem bietet ihnen und ihren Kindern Beschäftigungschancen. Die buddhistischen Tibeter und die islamischen Uiguren leisten dagegen weiter Widerstand gegen den großchinesischen Kolonialismus. *Albrecht Rothacher*



Werde Han-Chinese oder gehe unter: Die Nationalitätenpolitik der Volksrepublik China hat genozidische Züge. Bild: laif

Minderheit im eigenen Land

Nördlich von Tibet schließt sich Ost-Turkestan / Xinjiang als zweite große Westprovinz des heutigen Chinas an. Xinjiang wird von acht Millionen Uiguren und einer Million Kasachen bewohnt. Seitdem in den 90er Jahren die Siedlungsprogramme massiv einsetzten, wohnen hier auch zwölf Millionen Han-Chinesen. Ähnlich wie Tibet war Xinjiang jahrhundertelang unabhängig oder stand in einem nur losen Tributverhältnis zum chinesischen Kaiser. 1950 wurde die sowjetisch gelenkte „Republik Ost-Turkestan“ von der PLA „befreit“.

Xinjiang macht heute ein Sechstel des chinesischen Territoriums aus. Seine strategische und wirtschaftliche Bedeutung ist angesichts seiner reichen, bislang kaum erschlossenen Vorkommen an Öl, Erdgas, Kupfer, Gold und Kohle unvergleichlich wichtiger als die des unwirtlichen tibetischen Hochlandes. Ursprünglich wurde die Hanchinesische Besiedlung in den 50er Jahren durch Ketten von Arbeitslagern (laogai) vorangetrieben, in denen Millionen von mißliebigen Zwangsarbeitern Staatsgüter, Bergwerke und den Straßen- und Eisenbahnbau betreiben mußten.

Siedlungsprogramme seit den 90er Jahren

Die alteingesessenen Uiguren und die chinesischen Neusiedler leben in Parallelexistenzen, die räumlich, beruflich, sozial, religiös und sprachlich streng geschieden sind. Die Uiguren wohnen in ihren traditionellen hofumschlossenen Lehmbauten in den abbruchbedrohten Altstädten und Oasensiedlungen als Obstbauern und Viehhirten, oder als Handwerker und Händler auf den Basaren. Die Chinesen dagegen sind Soldaten, Polizisten oder Angestellte der Staatsbetriebe und wohnen in den Plattenbauten der neuen industriellen Vorstädte. Unter den 2,3 Millionen Einwohnern der Hauptstadt Urumtschi sind sie bereits deutlich in der Überzahl. *A. R.*

600 Uiguren wurden getötet

Exilpolitiker: »Polizisten nahmen in zivil an Ausschreitungen teil«

Dolkun Isa (42), der Generalsekretär des in München ansässigen Weltkongresses der Uiguren, gab der *PAZ* ein Interview zur Lage seiner Volksgruppe. Die Familie des zweifachen Vaters lebt zum Teil in Deutschland, zum Teil in der offiziell autonomen chinesischen Provinz Xinjiang, die aufgrund ihrer Bevölkerung auch Ostturkestan genannt wird. Der Physiker und Fachinformatiker (Studium in Deutschland) erhält seit Tagen Anrufe, in denen Uiguren die Todesopfer melden.

PAZ: *Herr Isa, wie ist die Lage in Ihrer Heimat?*

Isa: Ab und zu kommen noch Telefonate aus der Heimat durch – trotz gekappter Verbindungen –, was Informationen sehr schwer zugänglich macht. 180 Tote meldet China offiziell – tatsächlich sind es mehr. Vor ein paar Tagen erhielt ich einen Anruf aus Urumschi – 600 Uiguren sind getötet worden.

PAZ: *Was genau passiert dort?*

Isa: Nach 22 Uhr stellen die Chinesen den Strom ab, dann kommen die nächtlichen Übergriffe, Menschen werden nachts in ihren Häusern getötet. Ich weiß nicht mal, ob mein älterer Bruder noch lebt. Auch die Moscheen sind gesperrt.

PAZ: *Was muß jetzt geschehen?*

Isa: Wir brauchen den Dialog, doch China zeigt kein Interesse, denn alle friedlichen Proteste bezeichnet Peking als terroristisch und separatistisch. Dabei unterstützen wir die Einheit Chinas, doch die Regierung setzt nur auf Stärke. Auch muß der internationale Druck auf China wachsen.



Dolkun Isa

PAZ: *Wie ist das Verhältnis Chinesen – Uiguren im Alltag?*

Isa: In Ostturkistan waren 1949 nur zirka drei Prozent der Menschen Chinesen, heute sind es fast 50 Prozent. Assimilationspolitik und Diskriminierung sind gewollt, das geht nicht so sehr von den Menschen aus, sondern von Peking. Uigurisch ist offizielle Sprache, darf aber seit 2003 nicht mehr an Universitäten gelehrt werden, seit 2006 ist sie sogar in Kindergärten verboten.

PAZ: *Was gibt es noch an Diskriminierung?*

Isa: Wir bekommen keine Jobs – Öl, Bodenschätze, das alles machen chinesische Firmen und die bringen ihre Leute mit. Religionsfreiheit gibt es nur auf dem Papier, tatsächlich ist vielen Berufsgruppen der Moscheebesuch verboten. Als die chinesischen Zivilisten mit Messern „demonstrierten“, schaute die Polizei weg, Polizisten zogen sogar die Uniform aus, um in Zivil an Ausschreitungen gegen Uiguren teilzunehmen.

PAZ: *Welche Rolle spielt der Islam in dem Konflikt?*

Isa: Wir Uiguren sind Muslime, ich selbst gehe aber nicht fünf Mal am Tag beten, dafür habe ich nicht die Zeit. Ostturkistan ist ein Ort, durch den so viele Religionen kamen: Buddhismus und der Islam. Doch dieser kam nicht durch Krieg, sondern als philosophische Strömung, gefördert von der Oberschicht, ins Land. Wir sind keine Radikalen. Unsere Imame dürfen sogar tanzen.

Das Gespräch führte Sverre Gutschmidt.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer, Jean-Paul Picaper.

Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2006: Inland 8,30 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 Euro, Luftpost 14,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

E-Mail:

redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Angst vor den Senioren

Unvernünftige Rentengarantie – Belastung jüngerer Generationen nicht im Sinne von Großeltern und Eltern

Vor allem Politiker der Großen Koalition wollen sich die Stimmen der Senioren sichern, indem sie ihnen gegen alle Vernunft eine Rentengarantie im Falle sinkender Löhne versprechen.

„Wir sitzen doch alle in einem Boot.“ Diese einfache Feststellung eines von der „Tagesschau“ in einer Fußgängerzone befragten Rentners scheint noch nicht überall angekommen zu sein.

SPD und Union versuchen derzeit verzweifelt, die Äußerungen ihrer jeweiligen Granden, Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) und Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU), zur Rentengarantie zu verharmlosen. Nein, natürlich war alles nicht so gemeint, außerdem hätten die beiden vorher mit für die Rentengarantie gestimmt, kommt es aus den Parteizentralen.

Was Steinbrück und zu Guttenberg dazu bewegte, erst nachdem die umstrittene Garantie Bundestag und Bundesrat passiert hatte, ihre Bedenken zu äußern, ist nur zu vermuten. Doch beide gelten in ihren Parteien als Realisten. Sie haben bisher bewiesen, daß sie noch am ehesten ehrlich beurteilen, was möglich ist und was nicht. Rücksichtnahme auf Wahltermine und Wahlklientel hat bei ihnen nicht immer höchste Priorität.

„Die Gekniffenen sind die 25- bis 35jährigen, die Kinder in die Welt setzen wollen ... Um diese Generation müssen wir uns stärker kümmern“, hatte Steinbrück gesagt, nachdem er betont hatte, daß es der jetzigen Rentnergeneration so gut wie niemals einer zuvor gehe. Und während andere Menschen derzeit um ihren Arbeitsplatz bangen müßten, „steigen in der Krise die Renten so stark wie seit drei, vier Jahren nicht“, hatte er seinem Unmut Luft gemacht. Und für zu Guttenberg ist die von Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) angeschobene Rentengarantie nur eine leere Absichtserklärung. „Rechnen hilft!“, so der 36jährige.

Nach den neuesten Rechnungen der Deutschen Rentenversicherung erhalten die westdeutschen Männer der Jahrgänge 1942 bis 1946 nach 45 Arbeitsjahren ein monatliches Netto-Alterseinkommen von 1700 Euro inklusive Betriebs- und Privatvorsorge. Bereits die Männer der Jahrgänge 1957 bis 1961 müssen mit 1596 Euro sechs Prozent weniger verkraften. Bei den Frauen sieht die Rechnung zwar besser aus, doch das liegt daran, daß die Frauen dieser Jahrgänge stärker berufstätig waren und sind.

Mit jeder Rentenerhöhung, die nicht an die allgemeine Entwicklung der Löhne gekoppelt ist, steigt die Belastung der folgenden Generationen und der ererbte Schuldenberg. Bereits jetzt schießt der Bund jährlich 80 Milliarden Euro aus Steuermitteln, ein Viertel des Bundeshaushalts, in die Rentenversicherung hinzu. Allein die Zinskosten für die bisherigen Schulden machen 2009 etwa 42 Milliarden Euro aus. Da Bund und Länder in diesem und in den nächsten Jahren Rekordschulden machen und das niedrige Zinsniveau nicht so niedrig bleiben wird, werden die Kosten hierfür weiter steigen.

Der politische Spielraum künftiger Regierungen ist bei dieser finanziellen Ausgangslage äußerst begrenzt. Hinzu kommen die demographische Entwicklung und die damit einhergehenden steigenden Gesundheitskosten. Schon jetzt stehen den 35 Millionen aktiv Rentenversicherten 17,1 „passiv Versicherte“, also Selbständige oder aus dem Berufsleben seit längerem freiwillig Ausgeschiedene wie beispielsweise Hausfrauen, und 20,3 Millionen Rentner gegenüber. Von den 35 Millionen „aktiv Versicherter“ sind jedoch nur 26,1 Millionen versicherungspflichtige Beschäftigte, alle anderen sind Hartz-IV-Empfänger oder Minijobber. Diese 26,1 Millionen müssen zudem verstärkt privat für ihre Rente sparen und ihre Familien versorgen. Hinzu kommen noch die Pensionen der Staatsbediensteten, für die der Bund und die meisten Länder nichts zurückgelegt haben und für die die Steuerzahler aufkommen müssen.

„Jede Rentenkürzung heute würde der jüngeren Generation später auf die Füße fallen“, so die stellvertretende DGB-Vorsitzende Annelie Buntenbach, die die Interessen der Arbeitnehmer vertreten soll. „Was den heutigen Rentnerinnen und Rentnern gestrichen wird, ist auch für die zukünftigen Rentnerinnen und Rentner weg.“ Daß die durch die Rentengarantie unterbundenen Rentenkürzungen jedoch nur durch neue Schulden finanziert werden können, blendet sie aus. Wenn es mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze gebe, dann wäre das finanzierbar, so der DGB. Woher diese Arbeitsplätze jedoch kommen sollen, bleibt offen. Und auch der Sozialverband VdK ist wie der DGB der Meinung, daß auch die zukünftigen Rentner davon profitieren werden.



Alt und jung: Für eine funktionierende Gesellschaft müssen alle Generationen zusammen agieren. Bild: colourbox

Helmut Polzer, Bundesvorsitzender der Rentnerinnen und Rentner Partei, bezeichnet gegenüber der *PAZ* die jetzige Diskussion auch als „reines Wahlkampfgeplänkel“. Und natürlich solle die jüngere Generation nicht links liegengelassen werden. Ihre wachsende Belastung durch die Rentengarantie erklärt er jedoch wie folgt: „Wir haben die Jüngeren ja großgezogen.“

„Die graue Macht“ titelte vor wenigen Wochen das Magazin der „Stern“. Es belegte darin, wie sehr jetzt und vor allem in Zukunft die über 65jährigen die Politiker beeinflussen werden. Alte Menschen gehen deutlich häufiger als Jüngere zur Wahl und sie sind anteilig auch am stärksten politisch aktiv. Ob als Parteimitglied oder gar in Gemeinde- und Stadträten, häufig dominieren die Senioren und gestalten so die Politik mit.

Otto Wulff, Chef der Senioren-Union, beteuert allerdings: „Studien haben uns gezeigt, daß es den Rentnern nicht nur um die Renten geht, vor allem die Ausbildung und Gesundheit ihrer Kinder und Enkelkinder ist ihnen wichtig. Keiner kommt auf die Idee zu sagen: Nach mir die Sintflut.“ *Rebecca Bellano*

MELDUNGEN

Lafontaine: Ärger mit Bruder

Saarbrücken – Oskar Lafontaines Wahlkampf für die Partei „Die Linke“ wird derzeit von seinem eigenen Zwillingsbruder überschattet. Hans Lafontaine ist überzeugt, daß der saarländische Bundestagsabgeordnete der Partei Hans-Kurt Hill Spitzel war. Allerdings soll Hill nicht vor gut 20 Jahren für die Stasi, sondern in den letzten Jahren für den saarländischen Verfassungsschutz als Zuträger gearbeitet haben. Der 65jährige Anwalt Hans Lafontaine gab mit seinem Bruder Oskar zusammen das SPD-Parteibuch ab und trat sofort der Saar-PDS bei. So arbeitete er auch im Wahlkreisbüro von Hill. Angeblich habe sich Hans Lafontaine „von Anfang an beobachtet gefühlt“. Daß die Partei „Die Linke“ bis Ende 2007 vom Landesverfassungsschutz des Saarlandes überwacht wurde, steht inzwischen fest. *Bel*

Ausscheiden aus dem Berufsleben

Berlin – Gerade jeder 14. im Alter von 63 bis 65 Jahren hat noch eine sozialversicherungspflichtige Vollzeitstelle. Dies gab die Bundesregierung anhand von Daten vom August 2008 bekannt. Von den 55 bis 58jährigen würden nur 39,4 Prozent voll im Berufsleben stehen. Bei den 58- bis 63jährigen sinke dieser Anteil auf 26,6 Prozent. *Bel*

Für Leistung statt Pauschale

Berlin – Der Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Andreas Köhler, fordert, daß jede Leistung der Ärzte einzeln bezahlt wird. Die jetzt gültigen Pauschalen wären stattdessen „leistungsfeindlich“. Sie würden die Mediziner dazu veranlassen, möglichst wenig Aufwand zu betreiben, da ihr Honorar ja gleich bleibe. *Bel*

Russki-Deutsch (26):

Spasibo

Von Wolf Oschlies

Das wissen Deutsche, selbst wenn sie so gut wie kein Russisch können: Mit „spasibo“ bedankt man sich bei Russen für erwiesene Gefälligkeiten. Das ist nett und wird von Russen beifällig aufgenommen: „Svoego spasiba ne shalej“, sagt ein russisches Sprichwort: Bedaure keine deiner Danksagungen. Rein grammatisch ist „spasibo“ eine Interjektion, also ein Wort, das eine Gefühls- oder Willensäußerung des Sprechers wiedergibt. Mit dem Verb „blagodaritj“ (danken) hat „spasibo“ nichts zu tun, denn nach Max Vasmer, dem deutschen Lexikographen des Russischen, ist es das altrussische „spasi bog“, was „Gott rette dich“ heißt. Oder das Gegenteil, wie Vasmer fortfährt: Altgläubige, ehemalige die Kirchenspalter des 17. Jahrhunderts, meiden den Ausdruck, weil sie ihn als „spasi Baj“ lesen, wobei Baj ein alter Heidengott ist.

In den 1920er Jahren machten bolschewistische Atheisten regelrechte Jagd auf „spasibo“ und den in ihm versteckten Gotteswunsch. Kurze Zeit später war es sozusagen „rehabilitiert“, weil der idiotische Kult um Stalin ohne es einfach nicht auskam: „Rabotatj tak sto tov. Stalin skazal spasibo“, trommelte eine Parole: „So arbeiten, daß der Genosse Stalin danke sagt.“ 1938 steuerte das Duo L. Dobrovolksi (Text) und L. Polovinkin (Musik) ein Kinderlied bei, das seit langen Jahren nur noch ob seines inhaltlichen Schwachsinns bekannt ist: „Spasibo, velikomu Stalinu, za naschi tschudesnye dni“ – „Dank dem großen Stalin für unsere wunderbaren Tage!“

In solchen Parolen und Texten steckte eine unfreiwillige Komik, denn das so gemütliche „spasibo“ eignet sich nie für geschwollene Danksagungen. Das hat die Russen davor bewahrt, daß nur bei ihnen das Wortfeld „Dank, danken“ nicht rasch und gründlich verschlissen wurde. Anderswo war es anders: „Dank der Partei“ oder „Dank euch, ihr Sowjetsoldaten“ bewirkten, daß Osteuropäer bis heute Probleme mit Danksagungen haben und darum unhöflich anmuten. Solche Abnutzungserscheinungen hatte „spasibo“ nie zu verantworten, vielmehr dem Komponisten Isaak Dunajewski bereits um 1938 mit „Spasibo serdce“ (danke, Herz) zu einem internationalen Evergreen verholfen. Dafür gebührt ihm das Extralob: „Bolschoe spasibo“ (großes Dankeschön).

Wahltaktik?

SPD kippte Kinderschutzgesetz

Inwieweit darf der Staat Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder reinreden oder ihnen gar die Kinder entziehen, wenn es dem Wohl des Kindes dient? Vor dieser Frage stand das Familienministerium bei der Formulierung des neuen Kinderschutzgesetzes. Immer, wenn der Fall eines mißhandelten Kindes an die Öffentlichkeit dringt, dann wächst der Druck auf den Staat.

Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) forderte in einem Gesetzentwurf eine bundeseinheitliche Regelung über die Befugnis zur Weitergabe von Informationen an das Jugendamt für jene Berufsgruppen, die Kontakt zu Eltern und ihren Kindern haben. Ärzte, Psychologen oder Sozialarbeiter sollten von ihrer Schweigepflicht befreit werden, wenn sie den Eindruck haben, daß das Kindeswohl gefährdet ist. Gerade für Gesundheitsberufe besteht eine Rechtsunsicherheit. Gleichzeitig hat die Erfahrung einzelner Tragödien, an deren Ende ein totes Kind stand, gezeigt, daß mancher über die Gefahr für das Kind wußte, aufgrund seiner Schweigepflicht jedoch nicht agieren konnte.

Schweigepflicht behindert Ärzte

Während der erste Gesetzentwurf bei Bedenken solcher Kontaktpersonen eine Weitergabe von Informationen an das Jugendamt forderte, wurde auf Drängen von Sachverständigen und der SPD ein Drei-Stufenplan erarbeitet. Dieser sah vor, daß erst das Gespräch mit Eltern und Kindern gesucht und bei Fortbestehen der Bedenken dann erst eine in der Gefährdungseinschätzung erfahrene Person kontaktiert werden sollte. Erst danach sollten die Informationen an das Jugendamt weitergeleitet werden. Und auch das Jugendamt müßte erst Sachverständige hinzuziehen, bevor es dann in die Familien ginge, um sich selbst einen Eindruck zu verschaffen.

Doch auch dieses Gesetz ging der SPD noch zu weit. Mit dem Argument der „Regelungswut“ wurde der Entwurf abgeschmettert – genauso wie die Bitte der *PAZ* bei der familienpolitischen Sprecherin der Partei, Carin Marks, um Stellungnahme. „Ich war der Meinung, daß das Jugendamt das Kind in seiner häuslichen Umgebung ansehen muß, ... Die SPD-Bundestagsfraktion war darüber tief gespalten. Die, die das Gesetz aus Wahltaktik aufhalten wollten, haben sich leider durchgesetzt“, bekundete Ursula von der Leyen der *PAZ*. *Bel*

Wie Zypries denkt

»Die Kirche darf nicht ..., die Kirche muß ...!«

Vor einer Woche hat in dieser Zeitung ein bekannter Vertreter des konservativen Protestantismus vor ersten Vorzeichen einer Christenverfolgung in Deutschland gewarnt. Überzeugte Christen seien ins Visier des Kampfes gegen Rechts geraten.

Fast zur selben Zeit hat Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) diese Sorge in bedrückender Weise bestätigt. In einem freien Land geht es den Staat nichts an, wie Homosexuelle privat leben; aber es geht ihn eben auch nichts an, wenn kirchliche Gruppen oder wer auch immer diesen Lebensstil ablehnen und das auch offen äußern.

Kommandoton gegen den Papst

Zu denen, die solche Kritik deutlich aussprechen, gehört neben dem Papst nicht zuletzt die vielgeschmähte Piusbruderschaft. Diese rief zu einer Mahnwache in Stuttgart gegen den dort am 1. August geplanten Umzug zum „Christopher Steet Day“ auf. Zugegeben spitz warnte sie in ihrem Mitteilungsblatt vor „sodomitischer Sünde“ und zog eine Parallele zwischen christlichen Nazi-Gegnern und heutigen Kritikern fragwürdiger Aktivitäten der Homosexuellenverbände

Diese Argumentation kann jeder in Ton und Inhalt ablehnen – aber vom Recht auf freie Meinungsäußerung ist sie allemal gedeckt. Justizministerin Brigitte Zypries sieht das völlig anders. Ausgerechnet bei der Vorstellung eines Buches über „Strategien der extremen Rechten“ wetterte sie am 6. Juli in Berlin: „Das Pamphlet ... ist zweierlei: Eine unerträgliche Beleidigung der Opfer des Nationalsozialismus und eine Diffamierung von Homosexuellen in der Gegenwart. Es zeigt sehr deutlich: Demokratie und Freiheit sind heute auch von religiösen Fanatikern bedroht, und zwar nicht nur von islamistischen.“ Und weiter: „Im Umgang mit solch religiösen Extremisten muß das gleiche gelten wie im Umgang mit Rechtsextremisten. Kein Demokrat darf sich mit solchen Fanatikern gemein machen.“ Dann erteilte diese deutsche Politikerin in lange nicht mehr zu vernehmendem Ton dem Papst einen Auftrag: „Die katholische Kirche darf nicht dulden, daß unter ihrem Dach ... solche Fanatiker ihr Unwesen treiben können. Die Kirche muß hier einen klaren Trennungsstrich ziehen.“ *K.B.*

MELDUNGEN

Russische Retourkutsche

Moskau – Während die Staatschefs der an der „Nabucco“-Gaspipeline beteiligten Länder das gemeinsame Vorhaben unterzeichneten, besuchte der russische Präsident Dmitri Medwedew die abtrünnige georgische Provinz Südossetien. Medwedew versprach, der durch den Fünf-Tage-Krieg im August 2008 gezeichneten Region beim Wiederaufbau zu helfen und nannte Südoessetien einen „neuen Staat“. Der georgische Staatschef Michail Saakaschwili reagierte erzürnt. Georgien ist an der „Nabucco“-Pipeline beteiligt, die in Konkurrenz zur russischen NordStream-Pipeline steht. *Bel*

Roma-Andrang ausgebremst

Ottawa – Kanada hat den Visumszwang für tschechische Staatsbürger wieder eingeführt. Grund ist der Anstieg tschechischer Asylbewerber, von denen die meisten Roma sind. Während 2008 861 Bürger mit tschechischen Paß Asyl beantragten, waren es in den ersten vier Monaten 2009 bereits 1077. *Bel*

Obama zeigt Iran seine Milde

Teheran – Iranische Diplomaten, die 2007 von einem US-Kommando aus dem iranischen Konsulat in Erbil, der inoffiziellen Hauptstadt von Irakisch-Kurdistan, verschleppt worden waren, wurden vorige Woche überraschend freigelassen. Dies wird als Indiz dafür gewertet, daß US-Präsident Barack Obama eine Militäraktion gegen den Iran verhindern will. Erst wenige Tage davor war eine Äußerung von US-Vizepräsident Biden als Freibrief für einen israelischen Angriff gedeutet worden – fälschlicherweise, wie das Weiße Haus prompt betonte. *RGK*

Tödliches Aufeinandertreffen droht

Wenn die saisonale Grippewelle auf das H1N1-Virus trifft, könnte dieses mutieren

Die Schweinegrippe ist ernster als es noch vor wenigen Wochen schien: Weltweit sind 100000 Menschen mit dem H1N1-Virus infiziert, davon rund 700 in Deutschland. 441 Menschen sind dem Virus bereits zum Opfer gefallen.

Die USA und Mexiko sind nach wie vor die am stärksten betroffenen Weltregionen: 34000 Erkrankungen sind in den USA registriert, mehr als 10000 in Mexiko. Kenner munkeln, daß sich die Schweinegrippe gerade in Mittelamerika vermutlich noch wesentlich stärker ausgebreitet habe als bekannt, doch verhindere die dort übliche Behördenschlamperei genauere Zahlen und effektive Gegenmaßnahmen.

Seit 11. Juni spricht die Weltgesundheitsorganisation WHO offiziell von einer Pandemie und hat die höchste Warnstufe 6 ausgelöst. Wozu das genau gut sein soll, weiß eigentlich niemand. Im Gegenteil scheint sich allgemein eine gewisse Lässigkeit breitgemacht zu haben: Eine rasche Abkühlung des Interesses nach einer typischen Presse-Hysterie Ende April, Anfang Mai. Doch die allgemeine Entwarnung führt oft zu Leichtsinn.

So wurden an allen deutschen Flughäfen die intensiven Warnhinweise und medizinischen Untersuchungen bei Reisen aus den zentralen Ansteckungsregionen USA und Mexiko ausgesetzt. Lediglich Info-Flugblätter liegen herum, doch was die bringen, kann man sich ausmalen: nichts. Wer achtet schon auf die vielen Warnhinweise, mit denen man bei jedem Flug zwangsweise zugemüllt wird? Und wer achtet ständig auf irgendwelche Anzeichen von Grippe in seiner Umgebung? Grund für das Schleifenlassen der Zügel ist laut kommunalen Behörden, daß die Schweinegrippe nun mehr und mehr als in Deutschland heimisch gilt. Mit anderen Worten: Das Risiko, sich bei Einheimischen anzustecken, ist annähernd so hoch wie bei Reisenden aus Hochrisikogebieten.

Die Pandemie verläuft nicht explosionsartig, sondern in Etappen, in Wellen. Langsam aber stetig kämpft sie sich voran. Man könnte feuilletonistisch sagen: Sie tarnt sich mit Harmlosigkeit. In der Tat verläuft sie sichtlich weniger oft tödlich als die „normale“, sogenannte „saisonale Grippe“. Der fallen im Schnitt in Deutschland jedes Jahr mehrere Tausend Menschen zum Opfer. In der Regel liegt die Zahl der Grippetoten pro Jahr höher als die Zahl der Verkehrstoten. Diese saisonale Grippe stammt regelmäßig aus Südostasien, wo die Viren offenbar besonders günstige Bedingungen für Mutationen, Vermehrung und Übertragungswege vorfinden: Menschen und Tiere leben auf engem Raum, Hygiene wird nicht überall großgeschrieben, das schwülheiße Klima tut sein übriges.

Experten erwarten im Herbst, wenn die Schweinegrippe auf die „normale“, saisonale Grippewelle

Mehr Grippetote als Verkehrstote

trifft, vermehrte Todesfälle in allen Teilen der Welt – möglicherweise durch Gen-Austausch oder auch durch die ganz normalen Gesetzmäßigkeiten der Krankheitsdynamik: Wenn ein Körper eines Menschen nach einer überstandenen Infektion geschwächt ist und dann auf ein neues, mutiertes Virus trifft, kann das tödlich enden.

Gegen Viren gibt es keine Antibiotika im klassischen Sinn, wie sie gegen Bakterien eingesetzt werden. Einzig das Mittel Tamiflu hilft gegen Virusinfektionen, indem es ein bestimmtes Eiweiß (Neuramidase) in Schach hält, das alle Viren zur Vermehrung brauchen. Damit erhält die körpereigene Immunabwehr Zeit, sich auf die Eindringlinge einzustellen und sie zu bekämpfen.

An der Entwicklung eines speziellen Impfstoffes gegen die Schweinegrippe arbeiten Forscher mit Hochdruck, möglicherweise könnte es im Spätsommer so weit sein. Dabei kommt Forschern und Medizinern die relative Trägheit des H1N1-Virus zupaß: Es mutiert offenbar langsamer als die üblichen Grippeviren. Von allen Erkrankungen weltweit wurden nur drei Fälle bekannt, in denen Virus-Mutationen Tamiflu-Resistenzen ausbildeten. Diese Größenordnung, drei von 100000, ist laut WHO-Generaldirektor Keiji Fukuda als „Einzelfälle“ zu werten, weitere Ausbreitungen von resistenten Viren seien nicht bekannt.

In Deutschland entfällt ein Großteil der 700 Infektionen auf Nordrhein-Westfalen und Bayern. Insgesamt vier deutsche Schulen, drei in Bayern und eine in Berlin, mußten bisher wegen Infektionsfällen schließen. In manchen Fällen infizierten sich Schüler bei ihren Eltern, die von einer Amerikareise heimgekommen waren, und steckten kurz danach etwa ihren Banknachbarn an. Die Behörden und Schulleitungen tun also gut daran, lieber auf Verdacht für eine Woche zuzusperren (zumal kurz vor den Sommerferien!), als eine allzu große lokale Epidemie zu riskieren.

Eine merkwürdige dpa-Schlagzeile lautete kürzlich: „Schweine mit Schweinigeripppe-Viren infiziert“. Der Terminus Schweinegrippe ist eigentlich irreführend, weswegen manche Offizielle und Medien lieber von der „Neuen Grippe“ sprechen. Schweine sind seltener als Menschen betroffen. Das Schweinegrippevirus H1N1 – und das ist das Besondere daran – springt sehr leicht über Tierart-Grenzen hinweg. In seinem Genmaterial finden sich Sequenzen aus Schweinegrippe, Vogelgrippe und Menschengrippe.

Daß die aus Mexiko stammende „Neue Grippe“ in der Tat „auch“ eine Schweinegrippe ist, haben deutsche Wissenschaftler vom Friedrich-Loeffler-Institut nachgewiesen: Sie infizierten Schweine mit H1N1, und als diese anfingen zu niesen und zu fiebern, setzten sie gesunde Schweine hinzu, die ebenfalls erkrankten. *Anton Heinrich*



Die weitere Ausbreitung verhindern: Zwei Männer in Schutzkleidung verteilen in der Japanischen Schule in Düsseldorf Schutzmasken. Bild: ddp

Bizarre Forderung

Ungarns Premier für EU-Beitritt Israels

Der von vielen Politikern und Medien mit beflissener Besorgnis registrierte „Rechtsruck“ bei den EU-Wahlen war in Ungarn besonders deutlich: Die bürgerliche Fidesz, ein Mitglied der EVP-Fraktion, kam auf 56 Prozent, und die ultranationalistische „Partei für ein besseres Ungarn“, kurz Jobbik, erreichte knapp 15 Prozent, während die postkommunistischen „Sozialisten“ auf 17 Prozent schrumpften, und die Liberalen, ihr langjähriger Partner, geradezu pulverisiert wurden.

Doch dieser Rechtsruck war eher ein „Protestruck“ gegen die seit 2002 von Sozialisten und Liberalen getragene Regierung sowie gegen die Schamlosigkeit, mit der jene den Bürgern harte Sparmaßnahmen aufzwingen, die sich selber am meisten bereichert haben. Im Zentrum der Kritik steht derzeit Notenbank-Chef András Simor, der den Großteil seines Vermögens nach Zypern „ausgelagert“ hat.

In Anspielung auf die zahlreichen Doppelstaatsbürger in der Nomenklatura hatte Fidesz-Chef Viktor Orbán bei einem Treffen mit Fraktionskollegin Angela Merkel Ende Mai davon gesprochen, daß Ungarn von „Off-Shore-Rittern“ und Milliardären regiert werde, wobei er laut der Tageszeitung „Magyar Nemzet“ den „parteilosen“ Ministerpräsidenten Gordon Bajnai, Finanzminister Péter Oszkó und Notenbank-Chef János Simor namentlich erwähnte.

Bajnai absolvierte Ende Juni seine erste Auslandsreise und zwar nach Israel, wo er versprach, sich für einen EU-Beitritt Israels einzusetzen. Diese Nachricht wurde von den Medien daheim weitgehend unterschlagen, sorgte aber um so mehr für Unmut, als Israels Präsident Schimon Peres im Oktober 2007 vor einem Wirtschaftsforum in Tel-Aviv freimütig erklärt hatte: „Wir kaufen uns Ungarn, Rumänien und Polen ... und haben keine Probleme.“

Peres: Ungarn, Polen und Rumänien gekauft

Wenige Tage nach Bajnais Rückkehr wurde die 2007 von Jobbik gegründete „Ungarische Garde“ in zweiter und letzter Instanz gerichtlich verboten. Mitglieder der unbewaffneten Gruppierung wollen das Verbot allerdings ignorieren. Sie versammeln sich weiterhin in „Uniform“ – weiße Hemden, schwarze Hosen und ärmellose Joppen – und singen patriotische Lieder an öffentlichen Plätzen. Es kam bereits zu Zusammenstößen mit der Polizei und zu Verhaftungen. *RGK*

In Kaczynskis Partei gärt es

Ex-Justizminister Ziobro fordert nach Wahlerfolg im Juni die Führung der PiS heraus

Unerfreuliche Schlagzeilen für die Spitze der rechtskonservativen Oppositionspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) brachten die neuen Umfragen der größten Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“. Lech Kaczynski, der amtierende Staatspräsident und PiS-Kandidat für die kommende Wahl im Herbst 2010, verliert nicht mehr nur gegenüber anderen Parteien, sondern auch gegenüber Parteifreunden.

Dagegen gewinnt der neue EU-Abgeordnete der PiS, Zbigniew Ziobro, zunehmend an Popularität und könnte Kaczynski gefährlich werden. Nach einer Umfrage würden 39 Prozent der Polen ihn gern zum Präsidenten wählen, während nur 19 Prozent Kaczynski das Amt erneut zutrauen. Untermauert wird dieser Befund durch eine Umfrage der Zeitung „Rzeczpospolita“, bei der Ziobro im direkten Duell mit dem stärksten Kandidaten, Ministerpräsident Donald Tusk, immerhin 31 Prozent erreichen würde, während der derzeitige Präsident Kaczynski nur auf 26 Prozent kam.

Seit der Europawahl, bei der Zbigniew Ziobro, der ehemalige PiS-Vize, einen großen Erfolg feierte, brodelt es in der Spitze der PiS. Ein Machtwechsel zeichnet sich ab, denn mit Ziobro gibt es jemanden, der einen Lichtblick für die in das Umfragetief abgerutschte Partei bietet: In seinem Wahlkreis holte der frühere Justizminister knapp 38 Prozent und wurde damit bester Kandidat der PiS, die insgesamt 27 Prozent erreichte.

Die Stimmung wurde umso mehr angeheizt, als Ziobro kurz nach der EU-Wahl in einem Radiointerview erwähnte, daß die Kommunikation der PiS nach außen einer Neugestaltung mit möglichen personellen Konsequenzen bedürfe. Da keine Namen genannt wurden, gab dies viel Anlaß für Spekulationen und Mißstimmung. Einige Zeitungen berichteten gar von einer möglichen Spaltung der PiS falls der Konflikt eskalieren sollte.

Eine größere Konfrontation blieb dann aber doch aus, da Ziobro derzeit die Hoffnung der Partei verkörpert und viele Mitglieder hinter sich hat, wie die EU-Wahl bewiesen hat. PiS-Chef Jaroslaw Kaczynski spielte den Vorgang eher herunter und erklärte, daß er Ziobros Aussagen bereits mit ihm geklärt hätte und diese aus dem Zusammenhang genommen worden seien. Allerdings meinte er auch, Ziobro solle weitere Einmischungen eher vermeiden und „lieber Fremdsprachen lernen, weil ihm alles andere nicht immer so gut gelingt“. Solche Interviews, so der PiS-Chef sinngemäß, regten auch andere dazu an, Parteiinternes mit der Presse zu diskutieren. Dabei dachte er offenbar an den PiS-Abgeordneten Arkadiusz Mularczyk, der sich ebenfalls in den Medien über die schlechte Wahlkampagne beschwert hatte. Die ungeschickte PR hätte einigen Kandidaten der PiS ihr Mandat gekostet, auch er selbst blieb bei der Wahl erfolglos. Laut einem Internetmagazin sagte Mularczyk wörtlich: „Wir sorgen uns um die Zukunft der Partei. Wir wollen, daß sie stark ist. Es sorgt uns, daß bestimmte Personen nur auf ihren Vorteil bedacht sind.“ – Das war offene Kritik an den PR-Beratern der PiS und damit an engen Vertrauten der Kaczynski-Brüder, die bekanntermaßen gern das Zepter in der Hand behalten wollen.

Hier wird nichts anderes gefordert, als die absolute Macht der Zwillinge mit der Partei zu teilen, vielleicht auch auf die Macht zu verzichten. Entsprechend gereizt wirkte Lech Kaczynski, als er von der Presseagentur PAP gefragt wurde, ob Ziobro sein Amt übernehmen könne. „Es trägt ja jeder Soldat den Marshallstab in seinem Tornister, und könnte sich zu höchsten Aufgaben und Ämtern emporarbeiten“, erwiderte er ganz präsidial mit Napoleons Worten. Ein Wechsel sei allerdings nur möglich, wenn er, Kaczynski selbst abtreten wolle oder wenn der liebe Gott ihn zu sich rufe. *Anna Gaul*

Das darf der polnische Präsident

Er ist das Staatsoberhaupt der Republik Polen und steht an der Spitze der Exekutive. Der auf fünf Jahre direkt vom Volk Gewählte vertritt Polens Interessen im Ausland, kann internationale Verträge ratifizieren und kündigen und Botschafter einsetzen.

Der Präsident nimmt direkten Einfluß auf die Gesetzgebung, wenn er von seinem Vetorecht Gebrauch macht. Der Sejm kann sein Veto zwar ablehnen, benötigt hierfür aber drei Fünftel aller Stimmen. Bevor der Präsident ein Gesetz unterschreibt, kann er sich auch an das Verfassungsgericht wenden. Der Präsident benennt den Ministerpräsidenten unabhängig. In der Praxis berücksichtigt er allerdings, daß der Kandidat über eine ausreichende parlamentarische Mehrheit verfügt. Der Präsident ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte und kann Volksentscheide anordnen. *A. G.*

Wirtschaft braucht Wahrheit

Papst Benedikt fordert in der neuen Enzyklika einen anderen Lebensstil – Ungewöhnlich viel Zustimmung

Selten war das Lob über ein Lehrschreiben des Papstes so einhellig wie bei der jüngsten Sozialenzyklika von Papst Benedikt XVI. Das pünktlich zum G8-Gipfel in L'Aquila erschienene Dokument mit dem Titel „Caritas in Veritate" (Liebe in Wahrheit) fand bei Politikern aller Couleurs, bei Protestanten wie Katholiken zustimmende Aufnahme.

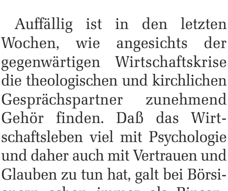
Am Tag nach dem G8-Gipfel in den Abruzzen besuchte der amerikanische Präsident Barack Obama den Papst. Gleich nach dem Erscheinen des Lehrschreibens lobte der Präsident den Papst. Obama sei beeindruckt von dem Text, erklärte sein Sicherheitsberater Denis McDonough. So war die Enzyklika bei den beiden Männern, die die höchste politische und moralischen Autorität der Welt repräsentieren, sogleich ein Gesprächsthema. Nachdem sich der amerikanische Präsident in den ersten Monaten wegen seiner Lockerung des Lebensschutzes und der Stammzellforschung durch die katholische Kirche hart kritisiert sah, sorgte das Thema einer gerechteren Welt für breitere Übereinstimmung.

Bei so viel ungewohnter Einigkeit quer durch alle politischen oder religiösen Lagers entstand bei Beobachtern schnell die Frage, ob in der Enzyklika nur Unverbindliches, Unkonkretes stehe. In der Tat fehlen in dem Lehrschreiben Vorschläge finanzieller, wirtschaftlicher oder gesetzlicher Art. Seit die Päpste Ende des 19. Jahrhunderts begannen, den Prozeß der Industrialisierung mit Lehrschreiben zu begleiten, haben sie zwar Konkretionen vermieden, aber immer wieder auf grundlegende Werte, falsche Alternativen und gravierende Mißstände hingewiesen. Papst Leo XIII. war in dieser Reihe mit seinem Schreiben „Rerum Novarum" (1891) der erste Inhaber des Stuhles Petri, der vor den Mißständen des Liberalismus und Sozialismus warnte und für die soziale Absicherung der Arbeiterschaft plädierte. Die päpstlichen Rundschreiben „Populorum Progressio" von Papst Paul VI. (1967) oder „Centisimus Annus" von Papst Johannes Paul II. (1991) setzen diese Linie fort, auf der nun auch Benedikt XVI. seine Enzyklika aufbaut. Das Streben nach Universalität, dem Einschluß aller Menschen „guten Willens" ist die Basis aller dieser Lehrschreiben der letzten 120 Jahre. Daraus gewinnen sie ihre Autorität und Langzeitwirkung. Die päpstlichen Enzykliken entwickeln auf diese Weise eine nicht zu unterschätzende, globale Langzeitwirkung.

Die universale Haltung Benedikts hat kürzlich ein Kommentator die Logik des „und" genannt: der Papst schweiße Glaube und Vernunft zusammen; ebenso das Ja zum technischen Fortschritt wie die Steuerung desselben durch Moral und Religion. Benedikt befürworte Globalisierung und lokale Teilhabe, Marktwirtschaft und Planung, Gewinnstreben und die Berücksichtigung des Gemeinwohles, Naturschutz und Menschenschutz, den interkulturellen Dialog und das Festhalten an lokalen Identitäten.

Eine solche vermittelnde Position im Zeichen von „Liebe" und „Wahrheit" läßt fast unvermeidlich dem Mißbrauch eine weite Tür offen. So war zu lesen, daß der Papst „die Gier" geißele, er verabreiche ein „Gegengift zum Absolutheitsanspruch der Technik", sage dem „ungezügelten Kapitalismus" ab oder rufe nach „Offenheit für das Absolute". Wer die (durchaus lesbare) Enzyklika im Original studiert, entdeckt schnell, daß es sich hier nur um halbe Wahrheiten handelt.

So wundert es nicht, daß selbst die papstkritische italienische Zeitung „La Republica" Benedikt nun gar mit einem „grünen Gesicht" sieht. Auch der DGB-Vorsitzende Michael Sommer fühlt sich der päpstlichen Forderung nach einer „politischen Weltautorität" nahe. Bundeskanzlerin Angela Merkel findet sich in ihrer Forderung nach einer sozial verantwortlichen Welt ermutigt. Der protestantische Landesbischof Friedrich Weber lobte die Enzyklika für ihre differenzierte Sicht, für den „Geist der Aufgeschlossenheit". Selbst katholische Bischöfe, die sich zuweilen gerne mit ihren papstkritischen Äußerungen in den Medien profilieren, geizten nicht mit Lob. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Erzbischof Robert Zollitsch nannte das Lehrschreiben „ein großartiges Werk". Das Schreiben betone die ganzheitliche Sicht des Menschen und stelle einen wichtigen Beitrag zu den Vorteilen und Gefahren der Globalisierung dar.



Auffällig ist in den letzten Wochen, wie angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise die theologischen und kirchlichen Gesprächspartner zunehmend Gehör finden. Daß das Wirtschaftsleben viel mit Psychologie und daher auch mit Vertrauen und Glauben zu tun hat, galt bei Börsianern schon immer als Binsenweisheit. Nun kommen die von Theologen und Kirchenvertretern schon jahrelang benannten Mißstände auch bei den Wirtschaftsvertretern an. Das zeigte sich letzten Mittwoch in Berlin, als Unternehmer und Manager erklärten, daß eine „neue Wertorientierung der Wirtschaft" nötig sei, die sich nicht mehr „nur am Shareholder-Value, sondern auch am Gemeinwohl orientieren muß", wie sich der Vorsitzende des Arbeitgeberverbands der Versicherungsunternehmer, Josef Beutelmann, ausdrückte.

Oder, daß es „Spielregeln und Regulierungen auf den Finanzmärkten" geben müsse, wie Anton F. Börner vom Bundesverband Großhandel erklärte. Oder, daß sich „der zügellose Kapitalismus auf den Finanzmärkten als brandgefährlich offenbart" habe, weshalb der Staat ein „starker Regelgeber" sein solle, wie Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt sagte.

Auch der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, dessen Chef Josef Ackermann von Landesbischof Huber in der Vergangenheit öfters unsachlich angegriffen worden war, zeigte sich tief beeindruckt von der Enzyklika. Gewinne müßten immer einem Zweck zugeordnet sein, erklärte er in einem Interview der „Tagespost". Die „ausschließliche Ausrichtung auf Profit" laufe Gefahr, Vermögen zu zerstören und Armut zu schaffen – nämlich dann, wenn Profit auf ungute Weise erzielt würde und sein Endzweck nicht das Allgemeinwohl sei. *Hinrich E. Bues*



Unstimmigkeiten überwunden: US-Präsident Barack Obama mit Gattin zu Gast beim Papst Bild: laif

MELDUNGEN

Zwei Stufen Hartz IV?

Nürnberg – Die Idee des Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, Heinrich Alt, manche Hartz-IV-Empfänger gegenüber anderen besser zu stellen, stößt auf Kritik. Er hatte vorgeschlagen, daß Arbeitslose, die lange in die Sozialkassen eingezahlt haben, bessergestellt werden sollten als solche, die ihr Leben lang nur Leistungen bezogen haben. „Es wäre wirklich falsch, wenn man die gesellschaftliche Spaltung ... noch vertiefen würde", verurteilt DGB-Vorstand Annelie Buntenbach die Idee. *Bel*

Streit um Urlaubsgeld

Bochum – Nachdem der Betriebsrat des Opelwerkes beim Arbeitsgericht Bochum vergeblich versucht hat, den Anspruch auf Urlaubsgeld für alle Beschäftigten kollektiv einzuklagen, will er nun Einzelklagen vorbereiten. Der Betriebsrat des mit Milliarden Steuergeldern vorerst vor der Insolvenz geretteten Unternehmens und die IG Metall bezeichnen die im Juni eingefrorene Vorauszahlung des Urlaubsgeldes als „einseitige Maßnahme der Geschäftsleitung", da der Anspruch auf Urlaubsgeld tariflich gesichert sei. Die Opel-Geschäftsleitung begründet den Einschnitt damit, daß diese Gelder zur Rettung von Opel eingebracht werden sollen. *Bel*

Peinlicher Rechenfehler

Berlin – Der „Focus" vermeldet einen peinlichen Rechenfehler beim Verkehrsministerium. Mitten in der Wirtschaftskrise wäre die Speditionsbranche 2010 beinahe mit 250 Millionen Euro zu viel belastet worden. Statt 16,3 Cent je Kilometer für jeden schweren Lkw in Rechnung zu stellen, wurden 17,2 Cent berechnet. *Bel*

CO_2-Speicherung als Alibi

Stromerzeuger wollen Kohlekraft populärer machen – Steuerzahler übernimmt die Zeche

Am 1. April war die großkoalitionäre Welt noch in Ordnung: Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) und Sigmar Gabriel (SDP) präsentierten die Kabinettsvorlage des sogenannten CO_2-Speicherungs-Gesetzes (CCS) und ernannten sich – trotz des symbolträchtigen Datums – allen Ernstes zum „Vorreiter beim Umsetzen europaweiter Klimaziele". Ein Vierteljahr später schon ließ die Union den rot-schwarzen Entwurf auf unbestimmte Zeit parlamentarisch einlagern und sich selbst von Grünen, Greenpeace und anderen umweltbewegten Vereinigungen bejubeln. Allerdings sind die jeweiligen Motive absolut gegensätzlich.

So will die Union vor der Bundestagswahl kein neues Protestpotential schaffen. In Niedersachsen und Schleswig-Holstein, wo am ehesten Lagerstätten für der Kraftwerk-Abluft entzogenes Kohlendioxid zu finden wären, hatte sich bereits massiver Widerstand angekündigt – ein zweites „Gorleben" erscheint gefährlicher als der Klimawandel durch CO_2.

Auf grün-alternativer Seite hingegen werden die Pläne, das bei der Verfeuerung von Kohle, Gas oder Öl anfallende CO_2 „klimaneutral" unterirdisch zu speichern, generell als „Feigenblatt für eine rückwärtsgewandte Kohlepolitik" der Energiekonzerne verteufelt. Dahinter steckt nicht nur die lauthals beschworene Sorge um Klima und Umwelt, sondern auch das von langfristig festgeschriebenen Milliardensubventionen beflügelte Interesse an einem Ausbau von erneuerbaren Energieträgern wie Wind und Sonne.

CO_2-Abscheidung kostet viel Energie – Ökobilanz ist mau

Neben dem merkwürdigen Gleichschritt, in dem Schwarz und Grün gegen das CCS-Projekt zu Felde ziehen, ist eine zweite höchst ungewohnte Allianz zu beobachten: Die SPD sieht in dieser Sache ausgerechnet die sonst heftig bekämpften Stromkonzerne an ihrer Seite. Deren Interesse ist offenkundig: Für den Fall, daß es nach der Bundestagswahl doch nicht zu einer Lockerung des Kernkraft-Ausstiegs kommen sollte, wollen sie vorsorgen. Das lukrative Geschäft mit Strom aus Kohle soll auch ökologisch langfristig abgesichert und die aus dem Emissionshandel entstehenden Kosten reduziert werden. Vattenfall hat bereits 200 Millionen Euro in die neue Technik investiert und rechnet, daß ein neues Kraftwerk etwa eine Milliarde Euro kosten wird. Vattenfall-Chef Lars Göran Josefsson verkauft die unterirdische Speicherung von Kohlendioxid als „Grundvoraussetzung für wirkungsvollen Klimaschutz". Die nun verzögerte gesetzliche Regelung ist für seine Pläne unverzichtbar, um CO_2-intensive Kohlekraftwerke wieder populärer zu machen. Denn nach geltender Rechtslage würde die langfristige Lagerung von CO_2 sowohl mit Abfallgesetzen (Deponierungsverbot) als auch mit dem Bergrecht kollidieren.

Hinter dieser politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Gemengelage bleiben die Sachargumente zur Beurteilung der CCS-Technologie weitgehend im Verborgenen. Erste Erkenntnisse aus drei Pilotanlagen – „Schwarze Pumpe" (Vattenfall), Staudinger (Eon/Siemens), Niederaußem (RWE/Linde/BASF) – lassen einen flächendeckenden Einsatz frühestens um 2020 erwarten. Dann könnten 70 Prozent des bei der Verbrennung in Kraftwerken entstehenden CO_2 abgeschieden werden. Nach Angaben des Bundesamts für Geowissenschaften reichen die in Deutschland nutzbaren unterirdischen Lagerstätten für etwa 23 Milliarden Tonnen CO_2, das entspräche den Emissionen von maximal 60 Jahren.

Nach dem neuen Gesetzentwurf müßten die Stromerzeuger für die nächsten 30 Jahre alle Sicherheitsrisiken tragen. Was danach geschieht, obliegt dann den nächsten Generationen. Angeblich sollen innerhalb von 1000 Jahren nur zehn Prozent des CO_2 entweichen. Potentiell gefährliche ist es nur, wenn man es konzentriert einatmet.

Kritiker weisen darauf hin, daß durch diese Technik der thermische Wirkungsgrad um etwa zehn Prozentpunkte sinkt, also je nach Kraftwerkstyp 30 bis 50 Prozent mehr Brennstoff verfeuert werden muß. Ferner verschlechtern Transport und Lagertechnik die Öko-Bilanz, so daß am Ende der mögliche Gewinn für Klima und Umwelt recht bescheiden ausfällt – für Stromkunden und Steuerzahler eine teure, vielleicht zu teure Zeche. *H.-J. Mahlitz*

Spiel mit dem Öl

Preisentwicklung ist nicht immer logisch

Mit Logik hat das nicht mehr viel zu tun, das hat schon so mancher Kunde an der Zapfsäule feststellen müssen. Mitten in der Wirtschaftskrise stieg der Benzinpreis erst an. Jetzt, zu Beginn der Schulferien, sinkt er wieder, obwohl das normalerweise um diese Zeit anders ist. 99 Cent für einen Liter Diesel, das gab es schon länger nicht mehr.

Was den deutschen Endverbraucher verwundert, hat auch internationale Gründe. Der Ölpreis liegt inzwischen bei etwa 60 US-Dollar pro Barrel. Gegenüber den Höchstpreisen vor einem Jahr von über 140 Dollar ist das mehr als nur eine Halbierung. Vor einigen Wochen lag er hingegen kurzfristig wieder bei über 73,50 Dollar, obwohl er zwischenzeitlich schon bei 33 Dollar gelegen hatte. Grund war die wiedererwachte Lust am Spekulieren. Einzelne Händler hatten es geschafft, ohne reale Warenabnahme des Öls die Weltmarktpreise wieder in die Höhe zu treiben. Doch seit die US-Terminaufsicht verkündet hat, Spekulationen bei Öl, Gas und anderen Rohstoffen stärker zu überwachen und auch der Öffentlichkeit transparenter zu machen, scheint allein diese Ankündigung erste Wirkung zu zeigen. Nur am Finanzplatz London, der noch weniger reguliert wird als die in den USA, gab es seitdem vereinzelt noch Ausreißer.

Spekulanten wurden ausgebremst

Derweil gibt es erste Meldungen, daß die Wirtschaftskrise auch die Ölstaaten im Nahen Osten erreicht habe. Auch durch den niedrigen Ölpreis der letzten Monate sind zwei große saudische Unternehmen in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Bei 100 Banken haben die Saad- und die Algosaibi-Gruppe rund 15,7 Milliarden Dollar Schulden. Da die Finanzen dieser zu 90 Prozent im Familienbesitz stehenden Unternehmen äußerst intransparent sind, könnten die Finanzierungsschwierigkeiten bei Saad und Algosaibi auch zu Auswirkungen auf die Kreditvergabe der Banken bei anderen saudischen Unternehmen führen. Während des Öl-Booms gaben die Geldhäuser nur allzu willig und ohne genauere Prüfung Kredite. Nun droht selbst in Nahost eine Kreditklemme. *Bel*

In einem Boot

Von Rebecca Bellano

Wir haben die Jüngeren ja großgezogen." Dieses Argument des Bundesvorsitzenden der Rentnerinnen- und Rentner-Partei für die Belastung der jüngeren Generationen durch die Rentengarantie hinterläßt einen bitteren Beigeschmack. Man fühlt sich an das Argument des SED-Regimes für den Mauerbau erinnert. Hiernach habe die DDR jedes Recht gehabt, ihre Arbeitskräfte am Verlassen des Landes zu hindern, denn schließlich habe sie diese ausgebildet.

Natürlich bezweifelt niemand, daß die heutigen Rentner ihre Kinder, die heutigen Arbeitnehmer, groß gezogen haben, doch in einer Gesellschaft teilt man sich auch die Lasten. Daß die junge Generation das als selbstverständlich ansieht, ist daran zu erkennen, daß sich in der aktuellen Debatte fast nur Vertreter von Verbänden, in denen Senioren stark vertreten sind, zu Wort meldeten. Interessanterweise sind es aber nicht die Rentner an sich, sondern ihre Lobbyisten, die ziemlich einseitige Positionen vertreten. Die meisten Rentner erkennen den Versuch der großen Parteien, ihre Stimmen zu erkaufen, und sehen sehr wohl, daß die Probleme, die auf die jüngeren Generationen zukommen, schwer von ihnen allein zu schultern sind. „Wir sitzen alle in einem Boot", ist hier ein wahrer Satz.

Treu und Glauben

Von Hinrich E. Bues

Es ist noch gar nicht so lange her, da konnten viele mit dem alten hanseatischen Kaufmannsprinzip von „Treu und Glauben" nichts mehr anfangen. Doch das Wirtschaftsleben beruht seit jeher auf Vertrauen, Fairneß und Gerechtigkeit.

Wenn Manager von heute lieber Slogans wie „Hauptsache, der Gewinn stimmt" folgen, dann schaden sie sich im Grunde selbst. Das erleben wir gerade in der gegenwärtigen globalen Wirtschaftskrise, die noch keineswegs vorbei ist.

Die neue Sozialenzyklika von Papst Benedikt XVI. will in dieser Krise eine neue Orientierung, neue Hoffnung geben. Mit dem Titel „Caritas in Veritate" erinnert das Oberhaupt der katholischen Kirche an die zwei grundlegenden Tugenden der Liebe und Wahrheit. Damit soll der Mensch wieder in den Mittelpunkt des Wirtschaftslebens gerückt werden. Bewußt werden die Manager nicht an den Pranger gestellt. Aber in einer global vernetzten Wirtschaft kann uns das Schicksal chinesischer Wanderarbeiter nicht egal sein. Unmenschliche Arbeitsbedingungen, Zerstörung der Umwelt, all das rächt sich über kurz oder lang.

Liebe und Wahrheit sind große Worte. Aber beginnt das nicht oft im Kleinen, im eigenen Alltag? Wo man etwa einer Verkäuferin, die einem versehentlich zu viel Wechselgeld herausgegeben hat, den überschüssigen Betrag ohne Zögern zurückgibt. Oder wo der Manager einer Landesbank natürlich freiwillig und schnell auf seine knapp drei Millionen Euro „Bonus" verzichtet, wenn er im Jahr 2008 Milliarden Euro seiner Kundengelder „versenkt" hat. So sähe Wirtschaft mit einem menschlichen Angesicht aus.

Diese Hetze gibt zu denken

Von Hans Heckel

Man ist geneigt, die maßlosen Attacken und Beleidigungen, denen Deutschland seit der schändlichen Ermordung einer schwangeren Ägypterin in einem deutschen Gerichtssaal ausgesetzt ist, als billige Retourkutschen abzutun und zu vergessen. Daß ägyptische Medien oder der iranische Präsident Deutschland mangelnde religiöse Toleranz oder Schwächen in der Rechtsstaatlichkeit vorwerfen, ist lächerlich.

Im Falle des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad fällt die Zurückweisung besonders leicht. Die bestialischen Todesurteile in seinem Land sind bestens bekannt. Zudem steckt ihm der Aufstand der vergangenen Wochen noch im Mark. Für Machthaber wie ihn gilt das paranoide Aufstacheln von Feindbildern seit jeher als das geeignetste Mittel, um das Volk wieder hinter sich zu bringen, das in großen Teilen die Geduld mit dem Großsprecher verloren hat.

Was aus Ägypten herüberschallt, bereitet da schon mehr Sorge, zumal es hier kein gefährdeter Politiker ist, der aufhetzt. Es sind die Medien: Wäre es umgekehrt, wäre eine junge Deutsche im Nahen Osten grausam ermordet worden, schlügen die Wellen der Islamfeindschaft jetzt hoch in Deutschland, heißt es dort. Doch die Ermordung einer Muslimin sei den Deutschen egal, behaupten die Kairoer Zeitungen.

Den Mord an zwei jungen deutschen Frauen im Jemen vor einem Monat haben die ägyptischen Kommentatoren offenbar schon vergessen. Auch die Abschlachtung deutscher Touristen 1997 in Luxor und wenig später in Kairo hat in ihrem Gedächtnis keine Spuren hinterlassen. Kam es damals, kommt es heute zu Haßmärschen und Boykottaufrufen gegen Ägypten oder Jemen in Deutschland? Natürlich nicht.

Es ist diese unverdauliche Mischung aus Aggressionsbereitschaft und Selbstmitleid, die abstößt und zu denken gibt. Dies betrifft beileibe nicht nur den Iran oder Ägypten.

Als mit dem neuen Zuwanderungsgesetz die Kenntnis von kläglichen 300 Wörtern in deutscher Sprache verlangt wurde, skandalisierte die türkische Zeitung „Hürriyet": „Nazi-Behandlung für Moslems. Es fehlt nur noch der gelbe Stern!" Im gleichen Tenor werden in einem Land, in dem religiöse und ethnische Minderheiten schweren Benachteiligungen ausgesetzt sind, regelmäßig blanke Selbstverständlichkeiten in Deutschland angeprangert.

In kaum einem Land der Welt genießen Zuwanderer von ihrem Eintreffen an soziale und medizinische Versorgung zum Nulltarif, auch die Religion ist frei in Deutschland. Rassistische Beleidigungen von Einheimischen gegen Fremde werden bestraft, das selbe in der anderen Richtung bleibt unbehelligt. Doch statt Anerkennung für ihre Fürsorglichkeit und Selbstbescheidung, ja teilweise Selbstbenachteiligung einzufahren, ernten die Deutschen bei solchen Scharfmachern nur Aggression, Verachtung und ungerechte Verurteilungen wie jetzt. Das alles sollte Anlaß sein, über unser Verhältnis zu uns selbst und zu manchen Fremden neu nachzudenken.



Mißbrauchte Trauer: Vor dem Dresdner Rathaus trafen sich Trauernde, um der erstochenen Ägypterin Marwa El Sherbiny zu gedenken. „Hetze gegen den Islam stoppen" war auf einigen Schildern zu lesen. Diese Worte griffen Politiker und Medien in muslimischen Ländern begierig auf, um gegen Deutschland zu polemisieren.

Bild: ddp

Gastkommentar:

Statt Umfragehörigkeit ist politische Führung gefordert



Von PHILIP BAUGUT

Merkel oder Steinmeier, Schwarz-Gelb oder Rot-Rot-Grün? Im Superwahljahr 2009 hat die Demoskopie Konjunktur. Was aus der Küche der Meinungsforscher kommt, interessiert machthungrige Politiker ebenso wie spekulationsfreudige Journalisten, die den Bürgern die neuesten Zahlen servieren. Die Berichterstattung über die angebliche Stimme des Volkes hat sich seit dem Jahr 1980 mehr als verzehnfacht.

Für Aufregung, Glückshormone und Depression sorgt regelmäßig die sogenannte Sonntagsfrage nach der Parteipräferenz. Doch die Ergebnisse sind mit Vorsicht zu genießen, weil die Parteibindung der Wähler stark abgenommen hat, sie also unberechenbarer sind. Davon zeugen falsche Vorhersagen, etwa zur Bundestagswahl 2005, nach der die Demoskopie in der Kritik stand. Daß Wahlforscher heute dennoch ständig gefragt sind, verdanken sie ihren wichtigsten Auftraggebern, den Medien. Im selben Boot sitzen die ARD und Infratest dimap, das ZDF und die Forschungsgruppe Wahlen, der „Stern" und Forsa, die „FAZ" und Allensbach.

Die Institute sollen das Material für spektakuläre Exklusivmeldungen liefern. So läßt sich mit einer einzigen Umfrage der Niedergang der SPD eindrucksvoll und mühelos thematisieren. Die Momentaufnahme, wer im Parteien- und Kandidatenwettbewerb führt, verspricht den Medien auch mehr Aufmerksamkeit als der inhaltliche Streit, der die Wahlkampfberichterstattung jedoch prägen sollte. Unter ökonomischem Druck schielen Journalisten somit verstärkt auf aktuelle Umfragen. „Diese ersetzen die eigene Sicht", kritisiert die Berliner „Tagesspiegel"-Korrespondentin Tissy Bruns die journalistische Bequemlichkeit.

> Forsa-Chef Güllner bezeichnete Müntefering als »Apparatschik«

Angesichts der Partnerschaft von Medien und Meinungsforschung besteht die Gefahr, daß Journalisten die Schattenseiten der Demoskopie übersehen. Noch immer werden Erhebungen mit weniger als 1000 Befragten veröffentlicht, obwohl diese nicht alle Wahlberechtigten repräsentieren. Und selbst bei dieser Mindestzahl beträgt die statistische Fehlerspanne 2,6 Prozentpunkte nach oben oder unten. Problematisch ist auch die vorherrschende Methode der Datenerhebung, das Telefoninterview. Zwar sind so täglich schnell und billig Ergebnisse erhältlich, doch die Auskunftsbereitschaft der Wahlberechtigten ist größer, wenn sich die Gesprächspartner in die Augen schauen. So aufwendig erhebt aber nur Allensbach seine Daten. Deutschlands ältestes Meinungsforschungsinstitut ist anders als die meisten seiner Mitbewerber nicht auf Gewinnmaximierung angelegt.

Die Unabhängigkeit der Forschung ist gerade bei der viel beachteten Sonntagsfrage wichtig, weil die Meinungsforscher die ermittelten Rohdaten noch interpretieren müssen. Wie entschlossen die Befragten zur Wahl einer bestimmten Partei sind, ist so eine Frage, die jedes Institut nach einem geheimen „Schlüssel" beantwortet. An dieser Stellschraube können die Institute drehen, um ihren Auftraggebern aus den Parteien entgegenzukommen. So verwundert nicht, daß Meinungsforscher zur Zielscheibe von Kritik werden. Als „Giftmischerin vom Bodensee" beschimpfte der damalige SPD-Bundesgeschäftsführer Günter Verheugen Allensbach-Gründerin Elisabeth Noelle-Neumann, die Grande Dame der Demoskopie, deren Rat Altkanzler Helmut Kohl schätzte.

Das Verhältnis von Forsa-Chef Manfred Güllner zur SPD ist besonders brisant. Bei den Genossen stand er mit seinen Zahlen einst hoch im Kurs. Altkanzler Gerhard Schröder versorgte das Institut seines Freundes aus Juso-Zeiten mit lukrativen Aufträgen. „Der Güllner sagt mir heute, was die Menschen in sechs Wochen von uns denken", lobte er den Soziologen, der im Kanzleramt ein und aus ging. Dieser revanchierte sich gelegentlich mit der passenden Umfrage für die SPD, die er mehrere Jahre im Kölner Stadtrat vertrat. Doch seit der Abwahl von Rot-Grün liegt Güllner mit seiner Partei über Kreuz. Bei Forsa schneiden die Sozialdemokraten so schlecht ab, daß der Dresdner Kommunikationswissenschaftler Wolfgang Donsbach von einer „systematischen Abweichung" spricht. Auch weil er nicht mehr mit Aufträgen aus dem Willy-Brandt-Haus rechnet, knöpft sich der 67jährige nun führende Genossen vor. Parteichef Franz Müntefering sei ein „stalinistischer Apparatschik", dessen Vorgänger Kurt Beck eine „Witzfigur". Dem schleswig-holsteinischen SPD-Spitzenkandidaten Ralf Stegner bescheinigt der Forsa-Chef, er werde „von den Menschen als Kotzbrocken wahrgenommen". Die Grenze vom Meinungsforscher zum Meinungsmacher hat Güllner damit weit überschritten.

Die Institute sollten jedoch gerade in Wahlkämpfen darauf achten, sich nicht parteipolitisch vereinnahmen zu lassen. Will die Partei „Die Linke" den gesetzlichen Mindestlohn propagieren, darf sie nicht noch den Wortlaut der Umfrage bestimmen, die sie in Auftrag gibt. Weil bei komplexen Themen leicht manipuliert werden kann, liegt die demoskopische Qualitätskontrolle in den Händen der Journalisten. Doch der Stuttgarter Kommunikationswissenschaftler Frank Brettschneider resümiert mit Blick auf die Wahlkampfberichterstattung der Jahre 2002 und 2005: „Den genauen Fragewortlaut, die statistische Fehlerspanne und die Art der Befragung erfahren die Leser und Zuschauer nur sehr selten." Auch Dieter Roth, der Chef der Forschungsgruppe Wahlen, kritisiert, daß die Zahlen „in einem nicht zu vertretenden Absolutheitscharakter in die Öffentlichkeit gelangen".

> Die eigentliche Stärke der Demoskopie liegt im Blick zurück

Der unkritische Umgang mit Umfragen ist insofern nicht dramatisch, als ihre Veröffentlichung den Wahlausgang nicht entscheidet. Daß Wähler auf der Seite der Umfragesieger stehen wollen, ist wissenschaftlich ebenso wenig erwiesen wie die Behauptung, die Zurückliegenden profitierten von einem Mitleidsbonus. Nur die kleine Gruppe der politisch hochinteressierten taktischen Wähler fällt auf der Basis von Umfragen ihre Entscheidung. Dabei spielen Koalitionsüberlegungen und die Fünf-Prozent-Hürde eine Rolle. Um die FDP darüber zu hieven, gaben ihr schon viele Unionsanhänger sogenannte Leihstimmen. Entscheidend für die Wirkung von Wahlumfragen aber ist, was Journalisten daraus machen.

Die Demoskopie ist ein seriöses Geschäft, solange die Meinungsforscher der Versuchung widerstehen, ihre Kunden aus Politik und Medien mit spektakulären und geschönten Zahlen zu erfreuen. Die Stärke der Meinungsforschung ist nicht die tägliche Stimmungsabfrage, sondern der fundierte Blick zurück: Analysen von Wahlmotiven und Wählerwanderungen sollten daher mehr Aufmerksamkeit erhalten als der krampfhaft anmutende Versuch, sich einem entfernten Wahltermin zu nähern.

Die Demoskopie muß von kritischem Journalismus begleitet werden. Je skeptischer die Öffentlichkeit Umfragen begegnet, desto schwerer haben es Populisten à la Lafontaine, ihre plumpen Positionen als Mehrheitsmeinung zu verkaufen. Nur wenn die Güte von Umfragen erkennbar ist, sollte die ermittelte Bevölkerungsmeinung bei den Politikern überhaupt Gehör finden.

Politische Führung bedeutet, sich nicht der öffentlichen Meinung zu unterwerfen. Dafür sind die Wähler zu „volatil", wie Demoskopen deren Unberechenbarkeit nennen. Gut so, denn in einer Umfragedemokratie blieben Politiker die unangenehmen Antworten auf die Fragen der Zukunft schuldig.

Erstaunliche Gemeinsamkeiten

In einer Ausstellung werden die Werke von Max Beckmann und Lovis Corinth einander gegenübergestellt

Zwei Malern, wie sie gegensätzlicher nicht scheinen können, ist eine Ausstellung des Buchheim-Museums am Starnberger See gewidmet: Max Beckmann und Lovis Corinth. Die Gegenüberstellung ihrer Werke offenbart Erstaunliches.

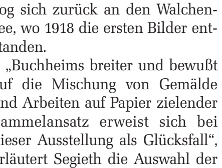
Rund 150 Gemälde, Arbeiten auf Papier, illustrierte Bücher und Dokumente aus der Sammlung Buchheim werden in der Ausstellung präsentiert. Wenn auch kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird, so zeigt die Gegenüberstellung doch viele Gemeinsamkeiten. „Beide Maler“, erläutert die Kuratorin des Buchheim-

Beide Maler waren Einzelgänger

Museums, Clelia Segieth, „waren Einzelgänger, verfolgten trotz massiver Widerstände beharrlich ihre künstlerischen Ziele und hielten in einer Zeit an der Figuration fest, als abstrakte Tendenzen begannen, das Kunstgeschehen zu bestimmen.“ In der Berliner Sezession, auf deren Ausstellungen Max Beckmann (1884–1950) und Lovis Corinth (1858–1925) ihre Arbeiten zeigten, werden sich die Künstler begegnet sein. Auch bei dem Verleger und Kunsthändler Paul Cassirer waren beide vertreten und erhielten von ihm Aufträge für Buchillustrationen.

Ein Vergleich der Gemälde zeigt allerdings die gravierenden Unterschiede in den Positionen. „Beckmann ist kein Naturschilderer“, so Segieth, „ihn bewegen von Beginn an existenzielle Fragestellungen. Doch auch Corinth hält nicht an der bloßen Impression, an der Oberfläche fest: Die skizzenhafte Unmittelbarkeit seiner Malerei vermittelt stets den Eindruck, als seien die Bildgegenstände nur vorübergehende Erscheinungen.“

Die Erlebnisse im Ersten Weltkrieg, in dem Beckmann 1914 als freiwilliger Sanitätshelfer an der Ostfront und im Jahr darauf in Flandern diente, hinterließen unübersehbare Spuren in seinem Werk. „Beckmann setzt sich dem Kriegsgeschehen bewußt aus“, erläutert Segieth. „Sein Verhältnis zum Krieg ist ambivalent. Doch betrachtet er die Ereignisse als Möglichkeit, Einblick in das Innerste des Menschen zu gewinnen, stellt doch der Krieg für ihn eine außergewöhnliche Situation, eine ‚Erscheinungsform des Lebens‘ dar ‚wie Liebe, Krankheit und Wollust‘.“ „Und genau so, wie ich ungewollt und gewollt der Angst, der Krankheit und der Wollust, Liebe und Hass nachgehe – nun, so versuche ich es eben jetzt mit dem Kriege“, schrieb Beckmann in einem Brief vom 24. Mai 1915.







Lovis Corinth und Max Beckmann: Wie die Künstler sich sahen — Bild: Buchheim Museum der Phantasie

Während Beckmann sich nach dem Krieg auf die Suche nach neuen künstlerischen Ausdrucksmöglichkeiten begibt, zieht Corinth sich in die Idylle der Walchenseelandschaften zurück. Zu Beginn des Krieges, der als Folge die von dem Verehrer der Hohenzollern Corinth bedauerte Abdankung Kaiser Wilhelms II. mit sich brachte, malte der Ostpreuße immer wieder Männer in Kriegsmontur. Nach dem Ende dann lag nicht nur Deutschland am Boden, sondern auch die von Corinth gemalten Rüstungen – „Kommentar eines deutsch gesinnten Romantikers, der die Realität des Krieges mit seinen modernen Massenvernichtungswaffen und dem Hinschlachten Abertausender nicht mehr fassen konnte. Zu viel totes Fleisch, verwesende Leiber und verstümmelte Körper“ (Segieth). Als Maler reflektiert Corinth die Nachkriegszeit nicht weiter, allerdings geht er in seinen Lebenserinnerungen ausführlich und temperamentvoll auf die Entwicklungen ein. „Die Zukunft ist schwarz, schrecklich“, schrieb Corinth am 1. November 1918. „Vor lauter Feinden ist kein Ausblick. Und doch fühle ich mich noch als Preuße und erhoffe von diesem Staate noch die einzige, wenn auch noch so kleine Rettung. Selbst der Kaiser – so schwer er sich versündigt hat, soll bleiben und vielleicht hilft etwas die Kraft des Militärs – wenn es nicht auch schon untergraben ist.“ Und zwei Tage später: „Ohne daß man nur das Geringste tun kann, werden die Verhältnisse immer verzweifelter. Wird Deutschland von der Landkarte gestrichen?“ Der Maler Corinth zog sich zurück an den Walchensee, wo 1918 die ersten Bilder entstanden.

„Buchheims breiter und bewußt auf die Mischung von Gemälde und Arbeiten auf Papier zielender Sammelansatz erweist sich bei dieser Ausstellung als Glücksfall“, erläutert Segieth die Auswahl der Arbeiten, „denn gerade in den Krisensituationen, die beide Künstler durchliefen – Corinth erlitt 1911 einen Schlaganfall, Beckmann im Ersten Weltkrieg einen Zusammenbruch – kam der Kalt-

Gelungene Mischung von Gemälden und graphischen Arbeiten

nadelradierung in beider Werk eine befreiende und stilbildende Funktion zu. Corinth entwickelt dabei eine offene malerische Textur, die sich auch seiner Malerei mitteilt und seine Bildräume öffnet. Bei Beckmann hingegen verfestigen sich die Bildgegenstände, Offenheit und Weite verbleiben Sehnsucht, Ahnung.“

Ein letztes verbindet die zwei Künstler dann doch wieder: ihre Selbstporträts, die sich zwischen Selbsttest und Egomanie bewegen.

Silke Osman

Das Buchheim Museum, Museum der Phantasie / Sammlung Buchheim, Am Hirschgarten 1, 82347 Bernried, ist von April bis Oktober dienstags bis sonntags und an Feiertagen von 10 bis 18 Uhr, von November bis März von 10 bis 17 Uhr geöffnet, Eintritt 8,50/3,50 Euro.

KULTURNOTIZEN

Adolf Hoelzel wiederentdeckt

Stuttgart – Mit Adolf Hoelzel beginnt ein neues, eigenes Kapitel der modernen Malerei. Der 1853 in Olmütz (Mähren) geborene und 1934 in Stuttgart verstorbene Künstler fand Bildlösungen, die an ein Kaleidoskop erinnern, bei dem er die Vielfalt der Farben und Formen im Bild zur Einheit werden ließ. Immer wieder wurde eine Neuentdeckung dieses bahnbrechenden Werks angemahnt, von dem das Kunstmuseum Stuttgart mit fast 400 Werken die weltweit größte Sammlung besitzt. Zum 75. Todestag des Künstlers zeigt das Kunstmuseum nun bis zum 1. November eine umfangreiche Ausstellung, dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, mittwochs und freitags bis 21 Uhr, Eintritt 8/6,50 Euro. *PAZ*

Romy Schneider im Schloß

Bad Pyrmont – Eine über 50 Jahre zusammengetragene Privatsammlung zum Leben der Schauspielerin Romy Schneider (1938–1982) wird erstmals im norddeutschen Raum vorgestellt. Die Sammlung Gisela Schubert mit Film-Postkarten, Programmen und Plakaten wird ergänzt durch Filmkostüme der Theaterkunst GmbH Berlin. Die Ausstellung ermöglicht einen Blick auf die Karriere Romy Schneiders als Schauspielerin, sie vermittelt aber auch ein deutliches Bild ihrer Persönlichkeit. Zu sehen im Museum im Schloß Bad Pyrmont bis zum 6. September, dienstags bis sonntags von 10 bis 17 Uhr. Jeweils mittwochs wird darüber hinaus ab 29. Juli in den Kronen-Lichtspielen, Altenaustraße 1, ein Spielfilm mit Romy Schneider gezeigt. *PAZ*

Doepler porträtierte auch Immanuel Kant

Datierung und Herkunft eines Gemäldes in der Sammlung im Jagdschloß Grunewald sind bei Experten umstritten

Im Jagdschloß Grunewald in Berlin werden bis zum 31. Oktober nächsten Jahres Bildnisse vom Barock bis zum späten Biedermeier präsentiert. Unter den 46 Porträts brandenburgisch-preußischer Herrscher und Persönlichkeiten zog das Bildnis des Königsberger Kriegs-, Domänen-, und Kommerzienrats Carl Gottlieb Bock (1746–1829) von dem Maler Gottlieb Doepler das Interesse des Verfassers dieser Zeilen auf sich. Im Begleitheft zur Ausstellung schreibt Carola Zimmermann, wissenschaftliche Volontärin in der Abteilung Schlösser und Sammlungen der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, daß Doepler ein Schüler der Berliner Akademie war, „jedoch wahrscheinlich seit dem späten 18. Jahrhundert in Königsberg“ wirkte und dort Bock „um 1810“ porträtierte. Nach den Recherchen von Gerd Bartoschek, Kustos für deutsche und niederländische Malerei, und dem durch sein Buch über das Königsberger Schloß bekannten Architekturhistoriker Wulf D. Wagner besaß Bock eine umfangreiche Gemäldesammlung, die, als er in finanzielle Schwierigkeiten geriet, von König Friedrich Wilhelm III. angekauft wurde. Um 1801/02 wird sie in einem „Bilderkabinett“ des Schlosses erwähnt. 1804/05 (nicht um 1820, wie im Begleitheft angegeben) wurde sie dann der dort ansässigen Kunst- und Zeichenschule geschenkt.

Wie gelangte das Bild in die Sammlung?

Während sich im Begleitheft bei anderen ebenfalls nach 1945 angekauften Porträts Angaben zum Erwerb und zur Herkunft finden, fehlen solche bei dem Werk Doeplers. Dem von Helmut Börsch-Supan verfaßten, aber vergriffenen Führer „Jagdschloß Grunewald“ von 1981 ist zu entnehmen, daß das Gemälde „1966 erworben“ wurde. Auf Nachfrage war von Bartoschek zu erfahren, daß das Bild von der Westberliner Kunsthandlung Wilhelm Weick angekauft wurde. „Zur weiteren Herkunft wissen wir leider nichts.“

Da der Porträtierte in Königsberg lebte, könnte das Bild, so vermutet der Verfasser, aus dem 1944/45 untergegangenen Stadt am Pregel stammen. Vielleicht kann noch der auf der Rückseite des Bildes befindliche Vermerk „G. E. Henschel rest [auravit] 1913“ weiterhelfen.

Im Jagdschloß Grunewald haben aus dem Königsberger Schloß schon 1958 das Bildnisrelief des Tiedemann Giese von dem aus Sachsen gebürtigen Bildhauer Hans Schenck-Scheußlich aus dem Jahr 1530 und das bisher im Depot des Schlosses Charlottenburg magazinierte Gemälde „Apotheose auf den Großen Kurfürsten“ des in Königsberg geborenen Malers Michael Willmann von 1682 Asyl gefunden.



Gottlieb Doepler: Bildnis Carl Gottlieb Bock (Ausschnitt) — Bild: spsg

Nun kennt man Gottlieb Doepler – auch Doeppler, Doebler oder Döbler geschrieben – als Meister eines noch bedeutenderen Porträts, und zwar von keinem Geringeren als dem Philosophen Immanuel Kant. Das einst in der Loge zum Totenkopf und Phoenix in Königsberg hängende Gemälde, dessen Zuschreibung an Doepler und Datierung 1791 auf Tradition beruht, ist seit 1945 verschollen. Eine wahrscheinlich von dem Königsberger Maler Johann Heinrich Stobbe um 1791 angefertigte Kopie, die 1955 in München auftauchte, erwarb 1963 die Stadt Duisburg in New York für das „Haus Königsberg“, nunmehr Museum Stadt Königsberg.

Börsch-Supan datierte das Bock-Porträt um 1810: „Der Stil verbindet eine noch aus diesem Jahrhundert stammende Großzügigkeit mit einer trockenen Sachlichkeit, die bereits auf das Biedermeier verweist.“ Auf Nachfrage teilte der Kunsthistoriker mit, er habe die Datierung nach der Tracht des Kommerzienrates vorgenommen. Das von Doepler geschaffene Kant-Porträt erwähnen er und Zimmermann, die erklärt, die Lebenszeit des Malers in keinem Künstlerlexikon gefunden zu haben, nicht. Der um 1762 in Berlin geborene Maler und Kupferstecher Doepler war ein Schüler des 1784 nach Aufenthalten in London und Rußland in die preußische Hauptstadt gekommen und als Porträtist durch den Hof geförderten schottischen Malers Francis Edward Cunningham (1741–1793). Von Doepler wurden auf den Berliner Akademie-Ausstellungen von 1786 bis 1789 Ölgemälde und Stiche, darunter Porträts Friedrich des Großen und seines Neffen und Nachfolgers Friedrich Wilhelm II., gezeigt.

Der Gutsbesitzer David Minden teilt in seinem „Vortrag über Porträts und Abbildungen Kants“ von 1868 mit, daß Doepler sich „1791 kurze Zeit in Königsberg aufhielt, bevor er nach Berlin zurückkehrte“ und daß es „nicht unwahrscheinlich“ ist, daß „Cunningham, welchen Friedrich Wilhelm II. 1788 an seinen Hof zog, um mehrere Porträts der königlichen Familie zu malen“, „persönlich zu einer Aufnahme Kants nach Königsberg aufgefordert war, indessen die weite Reise scheute und seinen Schüler entsendete“. Bereits der an der Königsberger Universität lehrende Historiker Friedrich Wilhelm Schubert schreibt in seiner Kantbiografie von 1842, daß Doepler „auf einer größeren Reise sich längere Zeit in Königsberg aufhielt“ und Kant ihm 1791 „saß“.

Gegen die Datierung des Bock-Porträts „um 1810“ spricht der überlieferte Freitod Doeplers im Jahr 1795. David Minden schreibt: „Döblers Aufenthalt in Königsberg kann nur von kurzer Dauer gewesen sein, da keiner der Zeitgenossen seiner weiter erwähnt. Er ging nach Berlin zurück und entleibte sich daselbst 1795.“ Doepler kann also Bock nicht „um 1810“, sondern muß ihn vor 1795 porträtiert haben, wahrscheinlich wie Kant bei seinem Aufenthalt in Königsberg um 1791.

Heinrich Lange

Er flog als erster über den Ärmelkanal

Der am 1. Juli 1872 in Cambrai geborene Franzose Auguste Louis Charles-Joseph Blériot begann schon früh, sich mit der Fliegerei zu beschäftigen. Seine Hoffnung galt dabei dem Konzept des Eindeckers, von dessen Überlegenheit und Leistungsstärke er überzeugt war. Seine ersten zehn Konstruktionen waren weniger erfolgreich. Sein elftes Flugzeug, die „Blériot XI“, entstand durch die Ersetzung des 23-PS-Motors der „Blériot X“ durch ein 25-PS-Aggregat. Bei dem Flugkörper handelte es sich um eine Holzkonstruktion mit Stützstreben und Stoffverspannung.

Mit diesem elften Flugzeug wollte er als erster Mensch den Ärmelkanal überqueren. Die „Daily Mail“ hatte für die erste Kanalüberquerung einen Preis von 1000 Pfund ausgelobt, was ungefähr 100 000 Euro entspricht. Der Versuch gelang. Vor 100 Jahren, am 25. Juli 1909, flog Blériot von Calais nach Dover. Der Flug dauerte 37 Minuten, die durchschnittliche Flughöhe betrug 100 Meter. Damit war militärisch wie kommerziell der Durchbruch des Flugzeuges erreicht.

Unmittelbar nach seinem Flug erhielt Blériot 100 Bestellungen für seinen Typ XI. Insgesamt wurden 800 Maschinen gebaut. Am 24. August 1909 stellte Blériot mit seinem Flugzeug einen neuen Geschwindigkeitsweltrekord mit 74 Stundenkilometern auf. Eine „Blériot XI“ überquerte am 23. September 1910 erstmals den 2006 Meter hohen Simplon-Paß und am 24. Januar 1913 die Pyrenäen. In Großbritannien und Italien wurde das Flugzeug in Lizenz gebaut. Eine gebraucht gekaufte zweisitzige „Blériot XI“ wurde das erste Flugzeug der Schweizer Luftwaffe; sie war bis 1917 im Dienst. Technologisch war Blériot mit seinem Eindecker seiner Zeit weit voraus. Denn bis zum Ersten Weltkrieg hielten die Fliegermächte am Doppeldecker fest, und während des Ersten Weltkrieges wurde an der Front sogar der Dreidecker eingeführt.



Louis Blériot Bild: Wikipedia

Louis Blériot war nicht nur ein erfolgreicher Konstrukteur, sondern auch Unternehmer. Er ließ seine Flugzeuge in Serie bauen und wurde zum ersten kommerziellen Flugzeughersteller, einschließlich Tochterbetrieb in Großbritannien. 1914 erwarb er Armand Deperdussins Flugzeugfirma „Société Pour les Appareils Deperdussin“, die er in „Société Pour L' Aviation et ses Dérives“ umbenannte, so daß das eingeführte Kürzel SPAD erhalten blieb. Sie baute während des Ersten Weltkrieges die besten französischen Jagdmaschinen. Nach dem Ersten Weltkrieg gründete Blériot eine weitere Firma, die „Blériot-Aéronautique“, die nicht nur Bomber, sondern auch Passagierflugzeuge baute. Blériot starb am 2. August 1936 in Paris. *Hans Lody*

Tod und Elend auf den Rheinwiesen

Über eine Million Deutsche vegetierten im Sommer 1945 in US-Lagern – Jahrzehntelang tabuisiert

Zwischen März und Mai 1945 gerieten über drei Millionen deutsche Soldaten in US-amerikanische Gefangenschaft. Die Hoffnung, besser behandelt zu werden als im Osten, erfüllte sich bei weitem nicht für alle. Die Schrecken der Rheinwiesenlager sind bis heute nicht vollständig erforscht.

3,4 Millionen deutsche Soldaten waren nach dem 8. Mai 1945 in US-amerikanischer Kriegsgefangenschaft, manche waren schon im Herbst 1944 in US-Gewahrsam gekommen, weitere 250 000 im Januar 1945 nach dem Scheitern der Ardennen-Offensive. Als am 21. April der Ruhrkessel kapitulierte, nahmen die US-Truppen weitere 325 000 Deutsche gefangen. Statt diese vielen Gefangenen ordnungsgemäß unterzubringen und zu verpflegen, wurden sie in improvisierte Lager entlang des Rheins verbracht, die dort seit März auf Weisung von General Dwight Eisenhower eingerichtet wurden.

Deren Schema war simpel: In der Nähe von Dörfern mit Bahnanschluß wurden auf freiem Feld mit Stacheldraht je zehn bis 20 Lagerbereiche für jeweils bis zu 10 000 Mann abgegrenzt. Das Wort „Lager“ ist indes bereits eine Beschönigung, weil noch nicht einmal Baracken existierten. Angrenzende Gebäude dienten zur Verwaltung der Camps, anfänglich existierten vielfach weder Latrinen noch Krankenreviere. Da die Gefangenen zu allem Übel auch noch ihre Feldausrüstung abgeben mußten, konnten die meisten der Unglücklichen noch nicht einmal Zelte errichten, sondern vegetierten in Erdlöchern unter freiem Himmel.

Laut verbindlichem Völkerrecht müssen Kriegsgefangene alsbald nach dem Ende der Kampfhandlungen entlassen werden. Nur wenn im Einzelfall der begründete Verdacht auf Mitwirkung an Kriegsverbrechen besteht, kann die Haft fortdauern, die dann aber eher einer normalen Untersuchungshaft entspricht. Der ganze Sinn und die einzige Rechtfertigung der Kriegsgefangenschaft besteht schließlich darin, die entwaffneten feindlichen Soldaten an der Wiederaufnahme des Kampfes zu hindern. Kriegsgefangenschaft nach Kriegsende ist darum ein Widerspruch in sich.

Man kann in der Tat davon ausgehen, daß fast alle Gefangenen des Ruhrkessels die 17 Tage bis zum Kriegsende auch bei minimaler Verpflegung und unter freiem Himmel überlebt hätten. Der massive Völkerrechtsverstoß besteht darin, daß die US-Verantwortlichen nicht nur bei weitem nicht alle Kriegsgefangenen bald nach dem 8. Mai entließen, sondern sogar noch bis Juni 1945 neue Rheinwiesenlager einrichteten. Insgesamt 18 gab es im Sommer 1945, drei davon lagen auf dem Gebiet des späteren Nordrhein-Westfalens, eines bei Heilbronn (es war zugleich das einzige, das nicht im Wortsinne ein „Rhein“-Wiesenlager war), die übrigen 14 im Gebiet des späteren Rheinland-Pfalz.

Eine Wortklauberei sollte den Rechtsbruch kaschieren

Nur sehr zögernd besserten sich die katastrophalen Lebensverhältnisse. Manche Lager erhielten erst im Juni überhaupt Latrinen, Küchen und Krankenreviere. Bis zu diesem Zeitpunkt waren schon viele Tausende der über eine Million Insassen dieser Lager elend an Hunger und Seuchen zugrunde gegangen.

Am 12. Juni übergaben die US-Verantwortlichen das Kommando der Lager im Gebiet der britischen Zone an die Briten, bis 12. Juli wurden weitere Lager den Franzosen überstellt. Diese entließen die meisten arbeitsunfähigen Gefangenen und verbrachten die übrigen als „lebende Reparationen“ zur Zwangsarbeit nach Frankreich – Juristen qualifizieren auch das als klaren Völkerrechtsverstoß, zumal viele dort lebensgefährliche Arbeiten tun mußten, etwa beim Minenräumen.

Als fatal erwies sich für die Insassen der Rheinwiesenlager, daß die USA ihnen vielfach den Status als Kriegsgefangene rundheraus verweigerten, sondern die Deutschen als „Disarmed Enemy Forces“ (DEF) einstuften. Ihnen meinte man mit dieser Einstufung den Schutz der einschlägigen Genfer Konvention von 1929 vorenthalten zu können, was um so fragwürdiger ist, als der DEF-Status (dem im britischen Verantwortungsbereich der Status des Surrendered Enemy Personal/SEP entsprach) erst nach dem 8. Mai 1945 erfunden wurde.



Foto: Ullstein

Unter freiem Himmel: Deutsche Kriegsgefangene auf den Rheinwiesen in Sinzig bei Remagen

Bis heute sind etliche Fragen über die Rheinwiesenlager ungeklärt. Das betrifft zuallererst die Zahl der Umgekommenen. Die Spannweite der Behauptungen und Schätzungen ist hier bezeichenderweise noch größer als im Falle „Dresden“. Offiziell etwa 5000 Tote konzedieren die USA, von 5000 bis maximal 10 000 spricht die offiziöse bundesdeutsche Geschichtsschreibung. Am oberen Ende der Skala steht der kanadische Autor James Bacque, der von mindestens 800 000 Toten spricht. Diese enorme Zahl würde freilich eine gravierende Manipulation bei den Vermißtenangaben erfordern. Tatsächlich behauptet Bacque, vereinfacht gesagt, daß rund eine Million angeblich im Osten vermißter deutscher Landser in Wirklichkeit im Westen, zumeist eben in diesen Lagern, ums Leben gekommen sei.

Diese Argumentation hat sich nicht durchsetzen können, dennoch halten viele Autoren, darunter die Militärhistoriker Franz W. Seidler und Alfred de Zayas die offiziösen Verlustzahlen für viel zu niedrig – immerhin gibt es Berichte von Überlebenden, wonach in einzelnen Lagern auf dem Höhepunkt des Elends mehrere Hundert Gefangene täglich starben. Die beiden Historiker sprechen darum von Gesamtverlusten in der Größenordnung von 50 000 bis 100 000 Menschenleben. Daß im Bereich der Rheinwiesenlager offenbar bis heute keine Exhumierungen vorgenommen werden dürfen, hat zur Unklarheit beigetragen und auch Spekulationen Vorschub geleistet.

Konrad Badenheuer

Die Marke mit den vier Ringen

Vor 100 Jahren gründete der Preuße August Horch die spätere Audi Automobilwerke GmbH

Vor mehr als 100 Jahren, nämlich bereits 1899, gründete der 1868 in Winningen an der Mosel in der preußischen Rheinprovinz geborene Maschinenbauingenieur August Horch das Unternehmen „Horch & Cie. Motorwagen Werke“. Horchs Autos waren innovativ, und das Unternehmen expandierte. Um den Kapitalbedarf zu decken, wandelte Horch sein Unternehmen in eine Aktiengesellschaft um. Das Ergebnis war, daß er nicht mehr Herr im Haus, sondern nur noch der technische Direktor war. Er überwarf sich mit Vorstand und Aufsichtsrat und schied aus dem Unternehmen aus.

Nur wenige Wochen nach der Trennung, nämlich am 16. Juli 1909, gründete Horch mit der August Horch Automobilwerke GmbH ein neues Automobilwerk. Zwischen seinem nunmehrigen und seinem früheren Unternehmen entsprang ein Rechtsstreit um den Namen „Horch“. August Horchs neue Firma gewann in der ersten Instanz, verlor jedoch in der zweiten und schließlich endgültig vor dem Reichsgericht. Was dann geschah, wissen wir von August Horch selber:

„Wir beriefen eine Sitzung ein, die in der Wohnung von Franz Fikentscher stattfand, und brüteten lange über einem anderen Namen. Uns war klar, daß diese Sitzung niemand verlassen durfte, bevor unser Werk einen Namen hatte. Was da alles an möglichen und unmöglichen Bezeichnungen auftauchte, läßt sich nicht beschreiben.

In einer Zimmerecke saß bescheiden ein Sohn von Franz Fikentscher und büffelte an seinen Schulaufgaben, das heißt, er tat so, in Wirklichkeit hörte er mit der gesammelten Inbrunst eines Jugendherzens dieser hochinteressanten und hitzigen Unterhaltung zu. Wahrscheinlich hatte er schon seit einiger Zeit etwas auf dem Herzen, schluckte es aber immer wieder hinunter. Aber plötzlich brach der zurückgehaltene Vulkan aus ihm heraus, und er schrie begeistert herüber: ‚Vater – audiatur et altera pars! Vater, wäre es nicht richtig, anstatt Horch Audi zu sagen?‘ Es war heraus, und wir saßen schlankweg begeistert da. Der Firmenname wurde am 25. April 1910 in das Handelsregister eingetragen: Audi-Automobilwerke GmbH.“

Audi ist die Befehlsform von audire (hören)

Damit ist der Markenname „Audi“ erklärt, aber noch nicht das Markenzeichen, die vier Ringe. Wie die heutige Finanzkrise brachte auch die Weltwirtschaftskrise die Automobilbranche ins Schlingern, und auch schon damals mischte der Staat mit. Auf Betreiben der Sächsischen Staatsbank, die ihr Engagement im Automobilbau des Freistaates in Gefahr sah, schlossen sich am 29. Juni 1932 die Audiwerke, die Horchwerke und die Zschopauer Motorenwerke/DKW zur Auto Union AG zusammen. Gleichzeitig wurde mit den Wanderer Werken ein Kauf- und Pachtvertrag zur Übernahme ihrer Automobilabteilung abgeschlossen. Als Logo des Zusammenschlusses wurden entsprechend seinen vier Wurzeln vier verschlungene Ringe gewählt.

Die Auto Union war mit ihrer Gründung nach der Adam Opel AG der zweitgrößte Kraftfahrzeugkonzern in Deutschland. Die Markenbezeichnungen Audi, DKW, Horch und Wanderer wurden beibehalten. Jede der vier Marken erhielt innerhalb des Konzerns ein spezielles Marktsegment zugeordnet: DKW – Motorräder und Kleinwagen; Wanderer – Automobile der Mittelklasse; Audi – Automobile im gehobenen Mittelklassesegment; Horch – Luxusautomobile der Oberklasse.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das sächsische Unternehmen erst verstaatlicht und dann aufgelöst. Das, was die Sowjets von den Produktionsanlagen der Auto Union nicht in ihre Heimat verschafften, wurde in der DDR zweigeteilt. Die Kraftfahrzeugproduktionsstätten wurden zum Bau des „Trabant“ 1957 im VEB Sachsenring Automobilwerke Zwickau zusammengefaßt. Das DKW-Motorradwerk in Zschopau wurde 1952 zu „Motorradwerke Zschopau“ (MZ).

Zu diesem Zeitpunkt waren bereits viele ehemalige Mitarbeiter der Auto Union – darunter der ehemalige Vorstandsvorsitzende Richard Bruhn und dessen Stellvertreter Carl Hahn, der Vater des gleichnamigen späteren VW-Vorstandsvorsitzenden – in den Westen und hier vor allem nach Bayern geflohen. Dort wurde in der alten Garnisonsstadt Ingolstadt erst Ende 1945 ein Depot für Auto-Union-Ersatzteile eingerichtet und dann 1949 die Auto Union GmbH gegründet. Mit Krediten der bayerischen Staatsregierung und Marshallplan-Geldern wurde die Autoproduktion wieder aufgenommen. Aufgrund der Verarmung Deutschlands durch den Zweiten Weltkrieg konzentrierte man sich in Ingolstadt auf die Herstellung von DKW-Motorrädern und -kleinwagen mit Zweitaktmotoren. Als Logo erhielten die Autos die vier Ringe der Auto Union.

Vier Ringe für Audi, DKW, Horch und Wanderer

Im Jahre 1958 kaufte die Daimler-Benz AG 88 Prozent der Auto Union und im darauffolgenden Jahr auch noch die verbliebenen 12 Prozent. Damit schloß in gewisser Hinsicht der Kreis, denn August Horch hatte, bevor er sich 1899 selbständig machte, für Carl Benz gearbeitet.

Mit dem Wohlstand wuchs im Wirtschaftswunderland die Nachfrage nach Autos mit Viertakt- statt Zweitaktmotoren. Die neuen Herren der Auto Union aus Untertürkheim überarbeiteten daraufhin die Karosserie des großen DKW F102, kombinierten dessen Frontantrieb mit einem von ihnen mitgebrachten Viertaktmotor und brachten das Ergebnis unter der Typenbezeichnung „Audi“ 1965 auf den Markt. Im Gegensatz zum F102 mit seinem Zweitaktmotor verkaufte sich die neue Kombination aus Frontantrieb und Viertaktmotor gut. Das Motorenangebot wurde erweitert, so daß zur Unterscheidung sich die Kombination aus „Audi“ und der PS-Zahl durchsetzte.

Ebenfalls Mitte der 60er Jahre verkaufte Daimler-Benz die Auto Union an VW. Der Gefahr, zur verlängerten Werkbank Wolfsburgs zu werden, entgingen die Ingolstädter Ende der 60er Jahre mit der Präsentation des neuentwickelten Audi 100, mit welchem dem VW-Konzern der Einstieg in die obere Mittelklasse gelang.

1969 fusionierte die Auto Union GmbH mit der NSU AG Neckarsulm zur Audi NSU Auto Union AG. Und 1985 wurde die Aktiengesellschaft in „Audi“ umbenannt. Seitdem ist Audi nicht mehr nur Produkt-, sondern auch wieder Herstellername, werden Audis wieder bei Audi hergestellt.

Manuel Ruoff

Ein Zivilist unter Offizieren

Carl Friedrich von Goerdeler war der Wunschkandidat der Männer des 20. Juli fürs Amt des Reichskanzlers

Vor 125 Jahren wurde Carl Friedrich von Goerdeler geboren. Vom Kaiserreich bis zur frühen NS-Zeit machte der Sproß einer alten preußischen Beamtenfamilie eine Karriere als Verwaltungsfachmann und Kommunalpolitiker ohne größere Brüche. Doch dann wurde er zu einem der führenden Männer des nationalkonservativen Widerstandes gegen Adolf Hitler.

Am 31. Juli 1884 kam Carl Friedrich von Goerdeler in der Stadt Schneidemühl in der Provinz Posen zur Welt. Nach einem Jurastudium und dem Assessorexamen arbeitete er ab 1911 in der Stadtverwaltung von Solingen. Im darauffolgenden Jahr wählte ihn die Stadtverordnetenversammlung für zwölf Jahre in das Amt des Beigeordneten. Im Ersten Weltkrieg widmete sich Goerdeler – nun als Angehöriger der Armee – weiterhin Verwaltungsaufgaben. Nach dem Ausbruch der Novemberrevolution kämpfte er als Freikorpsmitglied gegen den Spartakusbund, bevor er in die Verwaltung der Stadt Solingen zurückkehrte. Politisch engagierte sich der nationalkonservative Monarchist, der erst allmählich mit der Weimarer Republik seinen Frieden schloß, in der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP).

Goerdeler zog es zurück nach Ostdeutschland. So wechselte er 1920 auf den Posten des Zweiten Bürgermeisters von Königsberg. 1930 machte seine Karriere einen Sprung, der Goerdeler Ostdeutschland wieder verlassen ließ. Leipzigs Vereinigter Bürgerblock aus DNVP, Zentrum und Vertretern konservativer Kleinparteien wählte ihn mit Unterstützung einzelner Sozialdemokraten und Nationalsozialisten zum Oberbürgermeister.

Goerdeler war anglophil und wirtschaftsliberal, staatliche Eingriffe und Beschäftigungsprogramme auf Pump waren ihm zuwider. Ihm schwebte eher ein solide haushaltender, mit den Geldern der Steuerzahler sparsam umgehender „schlanker“ Staat vor. Das verband ihn mit dem Zentrumspolitiker Heinrich Brüning, der 1930 Reichskanzler wurde. Brüning wurde auf Goerdeler aufmerksam und bot ihm das Amt des Preiskommissars an. Staatliche Preiskontrollen sind ein Eingriff in die Wirtschaft, und so zögerte Goerdeler, aber nach einem Gespräch mit dem Reichspräsidenten nahm er das Amt denn doch an. Diese Entscheidung für Brüning führte zum Bruch mit dessen deutschnationaler Opposition und zum Parteiaustritt Goerdelers.

Carl Goerdeler: Vor dem Volksgerichtshof, der ihn zum Tode verurteilte Foto: dpa

Goerdelers Reaktion auf die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten war wie die vieler Konservativer ambivalent. Einerseits gefiel ihm der autoritärere Führungsstil, die Stärkung der Exekutive gegenüber der Legislative, die hierarchischere Gliederung und der verstärkte Kampf gegen die Fesseln von Versailles. Andererseits störten ihn der Straßenterror von SA und SS. Darüber hinaus mißfielen ihm als Wirtschaftsliberalen die starken Eingriffe in die Wirtschaft.

Auch hinsichtlich seines eigenen Betätigungsfeldes sah er die „Machtergreifung“ zwiespältig. So begrüßte er das Ende der „überspitzten demokratischen Gedankengänge“ der alten Weimarer Zeit, lehnte aber auch die „uns wesensfremden faschistischen“ ab. Seines Erachtens lag das Wohl in der Mitte.

Goerdeler trat nicht der NSDAP bei, blieb aber trotzdem im Amt, was man durchaus als Kompliment für sein verwaltungstechnisches Können und seine kommunalpolitische Arbeit interpretieren kann. Wie zu Zeiten Brünings machten ihn die Nationalsozialisten 1934 sogar wieder zum Preiskommissar. Spätestens bei einer Aussprache mit Hitler 1935 wurde Goerdeler jedoch klar, daß er mit seiner wirtschaftsliberalen Kritik an deren Autarkie- sowie auf Pump finanzierten Beschäftigungs- und Aufrüstungspolitik bei den neuen Machthabern in Deutschland auf taube Ohren stieß. Er zog die Konsequenz und trat als Reichspreiskommissar zurück.

Als Folge der Unzufriedenheit mit der NS-Politik bereitete er fernerhin den Wechsel aus der Politik in die Privatwirtschaft vor, in concreto aus Leipzigs Rathaus ins Direktorium von Krupp. Auslöser für Goerdelers Rücktritt als Oberbürgermeister im Jahre 1936 wurde die Beseitigung eines Denkmals für den jüdischen Komponisten Felix Mendelssohn Bartholdy vor dem Gewandhaus. Der Abriß geschah gegen eine ausdrückliche Weisung Goerdelers, während er nach Skandinavien reiste, um unter anderem in Helsinki einen Vortrag über Wirtschaft, Preise und Währung zu halten.

Den Wechsel in das Kruppdirektorium vereitelte Adolf Hitler, indem er Gustav Krupp von Bohlen und Halbach zu verstehen gab, daß er einen Mann mit den wirtschaftspolitischen Ansichten Goerdelers nicht in der Schwerindustrie sehen möchte. Durch sein NS-kritisches Engagement geriet Goerdeler in Kontakt mit einem Kreis oppositioneller Demokraten um den Industriellen Robert Bosch. Dieser machte ihn offiziell zum Finanzberater seiner Firma und schickte ihn auf ausgiebige Auslandstouren mit dem Ziel, im Gespräch mit ausländischen Politikern und Entscheidungsträgern die internationale Lage zu sondieren und Sympathien für die Opposition in Deutschland zu werben.

Bis zum Weltkrieg entwickelte sich Goerdeler zu einem der führenden Köpfe im nationalkonservativen Widerstand gegen die NS-Herrschaft. So hatte die Gestapo bereits wenige Tage *vor* dem Hitlerattentat vom 20. Juli 1944 gegen ihn Haftbefehl erlassen, ohne seiner allerdings sofort habhaft zu werden. Goerdeler teilte die Weltanschauung der Hitlerattentäter, lehnte jedoch deren Tat ab. Auch den Tyrannenmord hielt er für unmoralisch. Zudem sah er die Gefahr einer zweiten Dolchstoßlegende. Statt dessen hätte er eine Verhaftung mit anschließendem rechtsstaatlichen Prozeß vorgezogen. Nichtsdestotrotz wollten ihn die Männer des 20. Juli zum Reichskanzler machen.

Das Attentat mißlang, und Adolf Hitler nahm unter seinen Gegnern keine großen Differenzierungen vor. Am 12. August 1944 wurde Goerdeler in seiner Heimat, in die er geflohen war, in einem Gasthof erkannt und verhaftet. Am 8. September wurde er vom Volksgerichtshof wegen „Verrats am Volke“ zum Tode verurteilt. Nachdem die Nationalsozialisten die Hoffnung aufgegeben hatten, ihm weitere Geheimnisse zu entlocken, wurde Goerdeler am 2. Februar 1945 auf Drängen des Reichsjustizministers und möglicherweise auf unmittelbaren Befehl Hitlers im Strafgefängnis Berlin-Plötzensee enthauptet.

Manuel Ruoff

Hochmeister im Kulturzentrum Ostpreußen

Freyberg führte das Oberhaupt des Deutschen Ordens durch die Ausstellung »Ein Franke zieht ins Preußenland«

Der Hochmeister des Deutschen Ordens, Bruno Platter, hat dem Kulturzentrum Ostpreußen im barocken Deutschordensschloß in Ellingen einen Besuch abgestattet. Auf Einladung von dessen Direktor Wolfgang Freyberg sah er sich die Jahresausstellung „Ein Franke zieht ins Preußenland – Siegfried von Feuchtwangen, die Marienburg und der Deutsche Orden“ an.

Der Hochmeister war äußerst angetan von der facettenreichen und informativen Präsentation, die besonders durch zahlreiche aussagekräftige Exponate bereichert ist. Die Deutschordensschatzkammer in Wien, die dem Hochmeister untersteht, hat ebenfalls einige Leihgaben beigesteuert. Zusammen mit dem Hochmeister besuchten Fürst und Fürstin von Wrede sowie die Familiaren (Laienmitglieder) des Deutschen Ordens aus Ellingen die Ausstellung, die noch bis zum 29. November 2009 läuft.

Der 1944 in Südtirol geborene Abt Bruno Platter trat 1964 in den Orden ein und bekleidet das traditionsreiche Amt seit dem Jahr 2000. Die Ordensleitung wird seit 1923 durch Priester ausgeübt, die auf einem Generalkapitel für sechs Jahre gewählt werden. Eine Wiederwahl ist möglich, wie sie auch im Falle Platters 2006 geschehen ist.

Das Hochmeisteramt reicht bis in die Gründungszeit des Ordens zurück, der zunächst als Spitalbruderschaft 1190 in Akkon im Zuge des Dritten Kreuzzuges (1189–1192) gegründet worden war. Acht Jahre später wurde die Bruderschaft in einen geistlichen Ritterorden umgewandelt. Seit dieser Zeit gibt es gesicherte Hinweise auf die Existenz des Amtes des Hochmeisters.

Die Kreuzritter sahen sich aber im 13. Jahrhundert einem übermächtigen Gegner gegenüber und mußten immer mehr Verluste an Mensch und Territorium hinnehmen, bis letztlich 1291 mit dem Fall von Akkon die letzte Bastion des abendländischen Kreuzzugsheers im Orient verlorenging. Der Deutsche Orden verlegte seinen Hauptsitz dann zuerst nach Venedig, und ab 1309 befand sich



Platter und Freyberg (von links) Foto: Göllner

die Machtzentrale in der Marienburg an der Nogat.

Mit der ersten Gründung einer Ordensburg im Preußenland 1228 begann die fast 300jährige Machtausübung des Ordens in diesem Gebiet, es entstand ein christlich-deutscher Ordensstaat an der Ostsee. Albrecht von Brandenburg, seit 1511 Hochmeister, wandelte 1525 unter dem Einfluß der Lehre Luthers den Ordensstaat in ein evangelisches, erbliches Herzogtum um.

Kaiser Karl V. ernannte daraufhin den im Reich verbliebenen Deutschmeister zum „Administrator des Hochmeistertums“, daraus entstand der Kurztitel „Hoch- und Deutschmeister“. Residenz wurde das fränkische Mergentheim. Frankreichs Revolutionskriege leiteten im ausgehenden 18. Jahrhundert eine große Krise im Orden ein. Nach der Säkularisation verlor der Orden seinen territorialen Besitz in den anderen deutschen Staaten und existierte nur im Habsburgerreich weiter. Sitz des Hochmeisters wurde nun Wien, das es heute noch ist. Durch den Untergang der Donaumonarchie 1918 brach für den Orden eine seiner wichtigsten politischen Stützen weg. In den Nachfolgestaaten drohte die Enteignung des Deutschen Ordens als vermeintliches Eigentum des Hauses Habsburg. Nur durch einen geschickten Schachzug des damaligen Hochmeisters Erzherzog Eugen, der 1923 auf sein Amt verzichtete und den Bischof von Brünn Norbert Klein zum Hochmeister wählen ließ, konnte die Auflösung abgewendet werden.

Einen weiteren Schicksalsschlag mußte der Orden kurze Zeit später durch den Nationalsozialismus bewältigen. Der Orden wurde im Deutschen Reich verboten. Nach dem Zweiten Weltkrieg begann der Wiederaufbau. Der Orden widmete sich vermehrt wieder seiner ursprünglichen Hauptaufgabe, der Krankenpflege. Er unterhält heute in Österreich, Italien, Slowenien, der Bundesrepublik Deutschland sowie in Tschechien und der Slowakei mehrere Krankenhäuser, Kindergärten, Altenheime und ähnliche Einrichtungen.

Enrico Göllner

Der Alte Fritz kehrt heim

Der preußische General und konservative Politiker Friedrich August Ludwig von der Marwitz beschreibt in seinen „Nachrichten aus meinem Leben“ (1832) den Eindruck, den der 73jährige preußische König Friedrich der Große auf die Berliner Bevölkerung macht:

„Er kam geritten auf einem großen weißen Pferde. Sein Anzug war derselbe wie auf der Reise, nur daß der Hut ein wenig besser konditioniert, ordentlich aufgeschlagen und mit der Spitze nach vorn, echt militärisch aufgesetzt war. Hinter ihm waren eine Menge Generale, dann die Adjutanten, endlich die Reitknechte. Das ganze Rondell und die Wilhelmstraße waren gedrückt voll Menschen, alle Fenster voll, alle Häupter entblößt, überall das tiefste Schweigen und auf allen Gesichtern ein Ausdruck von Ehrfurcht und Vertrauen, wie zu dem gerechten Lenker aller Schicksale. Der König ritt ganz allein vorn und grüßte, indem er fortwährend den Hut abnahm. Diese Bewegung dauerte fortwährend, und so wie er sich bedeckt hatte, sah er schon wieder andere Leute und nahm den Hut wieder ab. Er hat ihn vom Halleschen Tor bis zur Kochstraße gewiß 200mal abgenommen.

Durch dieses ehrfurchtsvolle Schweigen tönte nun der Hufschlag der Pferde und das Geschrei der Berlinischen Gassenjungen, die vor ihm her tanzten, jauchzten, die Hüte in die Luft warfen oder neben ihm hersprangen und ihm den Staub von den Stiefeln abwischten. Bei dem Palais der Prinzessin Amalie in der


Friedrich II. zu Pferde Bild: Internet

Wilhelmstraße angekommen, war die Menge noch dichter, denn sie erwartete den König da. Der Vorhof war gedrängt voll, doch in der Mitte, ohne Anwesenheit irgendeiner Polizei, geräumiger Platz für ihn und seine Begleiter. Er lenkte in den Hof hinein, die Flügeltüren gingen auf und die alte lahme Prinzessin Amalie, auf zwei Damen gestützt, die Oberhofmeisterin hinter ihr, wankte die flachen Stiegen hinab, ihm entgegen. So wie er sie gewahr wurde, setzte er sich in Galopp, hielt, sprang rasch vom Pferde, zog den Hut, umarmte sie, bot ihr den Arm und führte sie die Treppe wieder hinauf. Die Flügeltüren gingen zu, alles war verschwunden, und noch stand die Menge, entblößten Hauptes, schweigend alle Augen auf den Fleck gerichtet, wo er verschwunden war, und es dauerte eine Weile, bis ein jeder sich sammelte und ruhig seines Weges ging.

Und doch war nichts geschehen! Keine Pracht, kein Feuerwerk, keine Kanonenschüsse, keine Trommeln und Pfeifen, keine Musik, kein vorangehendes Ereignis! Nein, nur ein 73jähriger Mann, schlecht gekleidet, staubbedeckt, kehrte von seinem mühsamen Tagewerk zurück. Aber jedermann wußte, daß dieser Alte auch für ihn arbeite, daß er sein ganzes Leben an diese Arbeit gesetzt und sie seit 45 Jahren noch nicht einen einzigen Tag versäumt hatte! Jedermann sah auch die Früchte seiner Arbeiten, nah und fern, rund um sich her, und wenn man auf ihn blickte, so regten sich Ehrfurcht, Bewunderung, Stolz, Vertrauen, kurz alle edleren Gefühle des Menschen.“ *PAZ*

Alte Lok

Zu: „Eine Schlesierin braucht Hilfe“ (Nr. 28)

Apropros alte Lokomotive: Liebhaber alter Eisenbahntechnik können ihre Urlaubsreise nach Föhr, Amrum oder auf die Halligen bis zum 15. August an den Wochenenden mit der historischen Schichau Dampflokomotive 528079-7, Baujahr 1943, von Niebüll nach Dagebüll (Mole) antreten. Elbing lebt weiter! **Günter Kolossa, Kiel**

Nur geringes Interesse an unser Geschichte

Zu: „Geschichtsvergessenes Land“ (Nr. 21)

Wer an dem schicksalhaften Werdegang unseres deutschen Volkes interessiert ist, wird dankbar sein für diesen Artikel, der den Lesern einen Überblick ermöglicht auf eine ihnen bisher unbekannte Entwicklung Deutschlands seit 1867 bis zum heutigen Staatsgebilde, der Bundesrepublik.

Leider zeigt ein Großteil der in ihr lebenden Menschen nur ein geringes Interesse an der Geschichte unseres Landes. Das gilt bedauerlicherweise auch für die staatstragenden Kräfte der BRD.

Daß das so ist, hat sicherlich mehrere Gründe. Einer davon dürfte sein, daß das von den Siegermächten uns vorgeschriebene Geschichtsbild von der historischen Wahrheit weitgehend abweicht. Denn diese ist hierzulande „volkspädagogisch unerwünscht“!

Obendrein nervt unsere Bürger/innen die nicht enden wollende Vergangenheitsbewältigung. Das ihnen dabei unberechtigt abverlangte Schuld- bzw. Schamgefühl für die zwölf Jahre NS-Zeit hat sie irgendwie abgestumpft, was ihr Desinteresse an der Geschichte unseres Landes durchaus verständlich macht. **Hermann Langer, Pappenheim**

Alles nur Wählerfang

Zu: „Verordnetes Wohlfühlklima“ (Nr. 26)

Die Parteien lassen erkennen, daß sie das Ergehen unseres Landes und seine Zukunft gar nicht berühren. Es geht allein darum, was zu tun ist, um möglichst viele Wähler zu sammeln. Die Linkspartei ist dabei Spitzenreiter, aber die SPD folgt dichtauf, und auch die Union verdient keine Lorbeeren. Aber natürlich müssen wir auch sehen, daß Parteien ihre Interesse nur verwirklichen können, wenn sie Wahlen gewinnen. Dafür scheint jedes Mittel recht. Und wollen wir denn nicht getäuscht und betrogen werden? Für Kritikfähige gibt die Integrationspolitik einen Hinweis. Warum wählen unsere Türken in ihrer großen Mehrheit die SPD? Sicher doch nicht, weil die SPD leidenschaftlich die Interessen der Deutschen vertritt. **Hansheinz Gutherz, Berlin**

Mehr Lehrer statt Reformen

Zu: „Los statt Leistung“ (Nr. 25)

Linke Schulpolitik macht alles möglich. Verstand wird zu ihr nicht benötigt, dafür reicht ein Kilo Ideologie, und daran mangelt es Linken selten. Ihr Lieblingsbaby sind Reformen, die nur kein Geld kosten dürfen, aber die Schulen in Unruhe versetzen und viele Lehrkräfte demotivieren.

Schüler für die Gymnasien per Los zu bestimmen, ist Blödsinn, egal mit wie viel Prozent. Ein Losverfahren unter für eine Schulart als geeignet festgestellten Schülern hat dann Sinn, wenn nicht genügend Schulplätze vorhanden sind. Aber das war es auch schon.

Schulen brauchen keine Reformen, sondern Geld, mehr Geld. Dann fiele kein Unterricht mehr aus, wir hätten kleinere Klassen und könnten besonders die Hauptschulen und den gesamten Förderbereich so mit Lehrern versorgen, daß auch in diesen Lehrbereichen mit Erfolg gearbeitet werden kann. **Martin Hildenbrand, Dresden**

Warum ist auch die CDU dagegen?

Zu: „Bundestag drückt sich“ (Nr. 23)

Die deutsche politische Klasse wird sich gefallen lassen müssen, daß viele Bürger meinen, daß vor dem Mauerfall weit mehr ihrer Mitarbeiter bei der Stasi waren, was auch für die Polizei und die Lehrer in Brandenburg gilt.

Daß auch die Union gegen eine Überprüfung ist, ist nicht zu begreifen, hat doch besonders sie die Folgen der Stasi-Wühlarbeit in der alten Bundesrepublik zu spüren bekommen. Aber vielleicht fürchtet sie ja auch eine Überprüfung bei ihren Ost-Mitgliedern. Wir werden es nicht erfahren. Nur daß die linken Parteien eine Überprüfung befürchten und sie darum ablehnen, ist nachzuvollziehen. **Franz Mieklei, Hamm**



Bedrückende Symbolik: Im Zeichen des Roten Sterns wurden weltweit mehr Menschen umgebracht als im Zeichen des Hakenkreuzes. Dennoch schmückt dieses Symbol immer noch als Blumenbeet (Bildmitte!) ausgerechnet den Ort der Potsdamer Konferenz von 1945. Bild: pa

Leicht zu ersetzen

Zu: „‚Ich kann Kanzler‘ – aalglatte Sieger ohne Profil“ (Nr. 26)

Bewerber, Jury und Publikum waren alle sehr nett, und das Ergebnis hat gebracht, was zu erwarten war. Die Bewerber waren Produkte unserer Zeit und kauten wider, was den Zeitgeist ausmacht. Sie hätten wohl jederzeit Politiker ersetzen können, von denen es kaum einen gibt, der nicht leicht zu ersetzen wäre.

Der zweite Sieger geriet total ins Schwimmen, als er Auskunft darüber geben sollte, wie seine großartigen sozialen Problemlösungen zu bewältigen wären. Auch dieses Verhalten kennen wir aus der Politik ja bis zum Überdruß. **Manfred Holzer, Minden**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muß. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Was uns eine Reiseführerin im Schloß Cecilienhof verschwieg

Zu: „Monströse Beschlüsse“ (Nr. 27)

Ich bin am 3. Dezember 1937 in Königsberg geboren und lebe schon seit 1964 in den Vereinigten Staaten. Obwohl meine Frau, eine geborene Amerikanerin, und ich bereits vor zwei Wochen von einer einmonatigen Deutschland- und Österreichreise zurückkehrten, haben wir einen Vorfall, den wir am 15. Mai in Potsdam miterlebten, noch immer nicht ganz verdaut, um mich gelinde auszudrücken.

An jenem Tag machten meine Frau und ich eine Schlösserrundfahrt mit der Reisegesellschaft „Alter Fritz – die Tour mit den grünen Bussen“ in Potsdam und nahmen somit an Führungen in Sanssouci und im Neuen Palais teil. Danach ging es weiter zum Schloß Cecilienhof.

Dort angekommen, erzählte uns die Reisebegleiterin ganz kurz die Geschichte des Schlosses Cecilienhof und zeigte uns dann die Fenster des Arbeitszimmers Stalins sowie das Blumenbeet mit dem Sowjetstern, das von Stalin finanziert worden war.

Auf weitere Fenster des Gebäudes zeigend erklärte sie: „Und dort drüben befindet sich der Raum, in dem 1945 die Potsdamer Konferenz stattfand, an der Churchill, Truman und Stalin teilnahmen. Churchill mußte nach kurzer Zeit wegen einer Wahl nach England zurückkehren. Anstatt Churchill kam dann aber Attlee zurück, der den Vertrag unterzeichnete.“ Sie lächelte etwas und schloß mit dem lapidaren Satz „So, und jetzt müssen wir gehen und weiterfahren.“

Ich konnte es kaum fassen, daß sie uns, wir waren etwa 40 Personen, zum Weitergehen anmahnte, und platzte mit laut vernehmbarer Stimme heraus, so daß mich auch niemand überhören konnte: „Entschuldigung bitte, aber sollten Sie an dieser Stelle nicht erklären, was in diesem Protokoll vereinbart und unterzeichnet wurde, nämlich die Vertreibung von 15 Millionen Deutschen aus ihrer Heimat in Ostpreußen, Pommern, Schlesien, im Sudetenland und in einigen Ländern Osteuropas? Ich war einer jener Deutschen, denn ich bin in Königsberg in Ostpreußen geboren. Das war die größte Vertreibung aller Zeiten, oder das größte ‚ethnic cleaning‘ aller Zeiten, um einen Ausdruck aus meiner neuen Heimat zu benutzen.“

Die ganze Gruppe, mit Ausnahme einiger Spanier, die nur wenig Deutsch verstanden, starrte mich an und einige ältere Leute nickten mir zu. Die Reisebegleiterin, offensichtlich etwas verdattert, murmelte nur: „Vielleicht hätte ich noch etwas sagen sollen, aber jetzt müssen wir weiter.“

Eine ältere Dame kam mit Tränen in den Augen auf mich zu, ergriff meine rechte Hand mit beiden Händen und sagte „Ich bin Ihnen ja so dankbar, daß Sie das gesagt haben. Sie als Amerikaner können das ja tun, denn wir Deutsche reden immer nur vom Leid der anderen und niemals über unser Leid.“ **Gunter Nitsch, Chicago, IL, USA**

Irren ist menschlich

Zu: „Agnes Miegel wird entsorgt“ (Nr. 19)

Unsere Dichterin Agnes Miegel hat uns mit viel Heimatliebe in ihrer ansprechend-ausdrucksvollen Art unser geliebtes, schönes Ostpreußen rührend nahe gebracht, so daß wir Heimattreuen ihrer immer in Verehrung und Dankbarkeit gedenken werden.

Wir unvollkommenen Menschen unterliegen manchen Täuschungsmanövern, wo Gutes im Vordergrund ist und bitter Schlechtes verdeckt hinterrücks geschieht. In der Nazizeit war es besonders schlimm.

Meine liebe gute Oma befand zum Beispiel in ihrer Gutgläubigkeit, daß Hitler schon wissen würde, was zu tun ist. Sein bitterböses Tun blieb so vielen verborgen. Man irrte sich in ihm.

Selbst unser großer Goethe, dessen Klarheit und Wahrheit ich so liebe, irrte sich einst und bedauerte: „Wie konnte ich nur ...“ Er hatte sich Schiller gegenüber zunächst abweisend verhalten, bis er ihn dann näher kennenlernte und ihn schätzte, so daß sich Freundschaft ergab.

Ich habe besagtes Gedicht gelesen: Auch Agnes Miegel blieb vom Irrtum nicht verschont! – Ja, irren ist menschlich!

Möge Gott uns schenken, daß immer wieder mit Herz und natürlichem Verstand in ruhigen Erläuterungen irrtümliches Verhalten erkannt und beendet wird. **Elfi Hardt, Bad Münder**

Türkische Funktionäre gegen Integration

Zu: „Landnahme statt Integration?“ (Nr. 22)

Daß Türken die Zuwanderer sind, die meist an einer Integration gar nicht interessiert sind und auch am wenigsten für die Bildung ihrer Kinder leisten, ist bekannt. Auch, daß es Türken gibt, die einer Kultur verhaftet sind, die nicht zu unserer Lebensweise und unseren Gesetzen paßt, ist wohl keinem Deutschen fremd. Natürlich kennen wir auch nahezu alle aus der Türkei stammende Mitbürger, die uns lieb sind und die sich integriert haben und deren Kinder mit Erfolg unsere Schulen besuchen. Und dann gibt es noch die Spezies der Funktionäre von türkischen Vereinen, von denen Kenan Kolat wohl einer der Übelsten ist.

Hätten die Vereine der Türken von Anbeginn an die Integration ihrer Landsleute voll unterstützt und gefördert, wären diese wohl nicht als Gruppe die Schlußlichter in unserer Gesellschaft. Ihre Funktionäre streben nach eigener Macht, sind für Absonderung und sperren sich gegenüber allen unseren Bemühungen, ihre Landsleute zu Mitbürgern werden zu lassen.

Es scheint hohe Zeit, daß deutsche Politiker das zur Kenntnis nehmen. **Markus Thernann, Bonn**

Nur klare Regeln verhindern Islamisierung

Zu: Leserbrief „Der Bischof nimmt es hin“ (Nr. 25)

In Ostpreußen wurden die Kulturschätze aus den Kirchen von den Siegern nach 1945 entfernt, danach zogen Getreidespeicher oder Schweineställe ein. Heute ist viel Mühe und vor allem Geld notwendig, um endlich wieder christliche Kirchen aus ihnen zu machen.

Sollten aus Kirchen in Europa Moscheen werden, dann trifft vor allem die obersten Kirchenfürsten die Hauptschuld, wie zum Beispiel die Einlassungen des Landesbischofs in Bayern beweisen.

Verwerflich ist, daß Moscheen in Europa nicht nur zur Ausübung des islamischen Glaubens dienen, sondern zur Verunglimpfung des christlichen Glaubens und der abendländischen Kultur.

Multikulti, von Linken in allen Bevölkerungsschichten und Parteien jahrzehntelang gefördert, konnte nur zu Parallelgesellschaften in Europa führen. Jeder geschichtsbewußte Mensch hat diese Entwicklung vorausgesehen. Nur klare Regeln und ein ständiger Dialog können zur Verbesserung der Verhältnisse führen. **Doris Richter, Berlin-Neukölln**

Arme Nachkommen

Zu: „Raubbau an der Zukunft“ (Nr. 26)

Schlimmer noch als die neuen Schulden ist die Erkenntnis, daß diese Schulden von unserer Generation wenigstens in Teilen nicht zurückgezahlt werden. Schauen wir uns die nahe Vergangenheit an, dann sehen wir, daß auch in wirtschaftlich allerbesten Zeiten Schulden aufgenommen wurden. Es galt schon als Erfolg, wenn es einmal weniger waren. Unsere Nachkommen werden uns verfluchen. **Rudolf Pötter, Pirmasens**

Willkür von polnischen und russischen Zöllnern an inner-ostpreußischer Grenze

Zu: Reise nach Ostpreußen

Meine Frau und ich sind seit kurzem aus dem nördlichen Ostpreußen zurück. Wir fuhren, wie immer, mit dem eigenen Pkw. Doch diesmal stand die Fahrt unter keinem guten Stern.

Das erste Problem gab es bei der Einreise in den russisch verwalteten Teil in Heiligenbeil beim dortigen Zoll. Nachdem es in den vergangenen Jahren nie Probleme gab, mußte diesmal sämtliches Gepäck „gewogen“ werden. Dies erfolgte auf einer uralten Dezimalwaage, die der Bedienstete nicht einmal richtig bedienen konnte. Aber das war unwichtig, er nannte eine Phantasiezahl, 100 Kilo, als ermitteltes Gewicht. Wir waren zwei Personen, jeweils 35 Kilo sind zulässig und so forderte er 120 Euro von uns. Das Gepäck bestand überwiegend aus Kinderspielzeug und gebrauchter Wäsche unseres Enkelkindes, welches derzeit hier zu Besuch weilt.

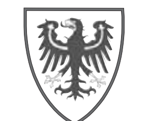
Wir weigerten uns, die Summe zu bezahlen und verlangten den Schichtleiter. Bald darauf erschien ein Offizier und bekundete, es sei völlig unerheblich, welchen Wert das Gepäck habe. Wir weigerten uns weiterhin, die unverhältnismäßige Summe zu zahlen. Daraufhin sollten 30 Kilo bis zu unserer Ausreise dort eingelagert werden. Der Offizier verschwand zunächst, kehrte nach etwa zehn Minuten zurück. Nun sein „Friedensangebot“: Zehn Kilo Übergepäck bezahlen, aber unbedingt wieder alles einladen. Offensichtlich hatte niemand aus seiner Schicht Bedarf an Kindersachen.

Sicherlich wissen wir um die Willkür dort, aber es gab noch eine Steigerung bei der Ausreise über Preußisch Eylau.

Wir hatten zunächst Glück bei dem russischen Posten am Einlaßtor, so daß uns der große Warteplatz mit etwa 60 bis 80 Pkw erspart blieb. Vor uns befanden sich fünf (!) Fahrzeuge. Hier war nun langes Warten angesagt, doch diesmal lag es weniger an den Russen als an den polnischen Kollegen.

Es wirkte wie ein Bummelstreik. Die polnischen Grenzer und Zöllner bewegten sich gerade so, als wenn jeder Schritt extreme Schmerzen verursachen würde. Jedes Fahrzeug wurde genauestens gefilzt, selbst die Einfüllöffnungen für Bremsflüssigkeit und Scheibenwaschanlage wurden durchsucht. Die Zöllner waren mit Hammer und Schraubendreher ausgestattet, so manches Fahrzeug erhielt schon mal eine Beule bei der Filzung. Immerhin schafften es die Zöllner, daß in jeder Stunde sogar ein einziges Fahrzeug abgefertigt wurde. Es war völlig unerheblich, in welcher Abfertigungsspur man sich befand. Jeden Pkw ereilte die gleiche Prozedur. **Ralf Möllering, Melle**

Das Ostpreußenblatt



Nr. 29 – 18. Juli 2009

Neue Zeitung aus Königsberg

Vor kurzem erschien die erste Ausgabe der zweisprachigen russisch-deutschen Zeitung „Königsberger Allgemeine“. Was aufgrund des Titels wie die Neuauflage der einst bedeutendsten Zeitung in der Pregelmetropole, der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“, anmutet, ist ein Monatsblatt, das allgemein über das Leben in der heutigen Stadt, aber auch über Neuigkeiten in der Region berichten will. In vielen bunten Bildern erzählt es von Politikerbesuchen, Feierlichkeiten und Museumsausstellungen.

Im Gespräch mit der *PAZ* sagte Chefredakteur Michael Paley, der jahrelang als Materialverwalter der Gebietsverwaltung tätig war, daß es sich bei der Juli-Ausgabe um ein „Pilotprojekt“ handele. Er sei sich bewußt, daß die bloßen Nachrichten bei monatlicher Erscheinungsweise bereits veraltet sind, deshalb werde die Redaktion die Ereignisse nach ihrer Bedeutung zusammenfassen und bewerten. Die Absicht des Herausgebers ist, das Königsberger Gebiet im Westen bekannter zu machen, um so Touristen und Investoren anzulocken. Denn die Kosten für die erste Nummer haben russische Firmen, zu denen Paley gute Kontakte unterhält, übernommen. 5000 Exemplare wurden in Deutschland gedruckt und zum Teil kostenlos verteilt. Gleichzeitig erschienen die Texte auch im Internet. Inwieweit die Geldgeber weitere Ausga-

Werbung für das Königsberger Gebiet

ben finanzieren werden, steht noch in den Sternen.

Ziel der Redaktion ist es, einen möglichst engen Kontakt und Austausch mit den Lesern herzustellen. Paley hat seit Jahren Freunde in Deutschland; in seiner Freizeit zeigte er Besuchern die Region.

Die Leser sollen die Möglichkeit erhalten, ihre persönlichen Erinnerungen und Erfahrungen zu schildern. Chefredakteur Paley sieht die Zeitung als „Brücke von Königsberg nach Europa“. Seine Vision geht jedoch noch weiter. Es geht ihm darum, Erhaltengebliebenes zu bewahren, möglicherweise in einem Internet-Archiv, auf das jeder, ob Museum oder an der Heimat Interessierter, zugreifen kann. Ob sich ein solch umfangreiches Projekt, bei dem auch Funde aus kleinen Privatsammlungen oder die aus Verstecken Aufnahme finden sollen, realisieren läßt, bleibt abzuwarten.

Laut „Königsberger Expreß“ ist das Erscheinen der „Königsberger Allgemeinen“ eine Überraschung. Niemand wußte etwas darüber. Versuche dieser Art habe es in den vergangenen Jahren immer wieder gegeben, wie zum Beispiel einen „Königsberger Anzeiger“, der aber nach drei oder vier Nummern wieder eingestellt wurde. Chefredakteurin Elena Lebedewa weiß, wovon sie spricht. Für eine kleine Zeitung wie die ihre ist es sehr schwierig, neue Leser in Deutschland zu finden, besonders, wenn die Mittel für Werbemaßnahmen begrenzt sind. Ob sich ein Konkurrenzblatt zum „Königsberger Expreß“ durchsetzen werde, sei daher fraglich. *MRK*

Bedrohtes Prachtstück

Das letzte Schiff der Kosmischen Flotte der Sowjetunion soll verschrottet werden

Das Ozeanmuseum im Zentrum Königsbergs gilt als eines der wichtigsten Museen in der Region. Die Existenz eines seiner bedeutendsten Exponate, des am Pregelufer liegenden Forschungsschiffs „Kosmonaut Viktor Pazajew“, ist bedroht.

Das letzte Schiff der Kosmischen Flotte der Sowjetunion, „Kosmonaut Viktor Pazajew“, sollte verschrottet werden. Schon seit acht Jahren liegt nun dieses wissenschaftliche Forschungsschiff, der ganze Stolz des Ozeanmuseums, an der Anlegestelle mitten in Königsberg vertäut. Es ist wohl das einzige Forschungsschiff mit Satellitenverbindung, das Museumsexponate an Bord beherbergt. Die Übergabe ans Museum bewahrte das Schiff damals vor dem bitteren Schicksal, das die übrigen 18 Schiffe der Kosmischen Flotte der ehemaligen Sowjetunion ereilte.

Zur Zeit sind auf dem Schiff Ausstellungen untergebracht, die einzigartige Exponate zeigen, wie das Modell des Raketenträger-Komplexes „Energia“ und des Raumschiffs „Buran“, Anlagen zur Trinkwasseraufbereitung bei Schwerelosigkeit, medizinische Apparate ebenso wie Gegenstände des Museums Sternenstädtchen bei Moskau. Bis heute finden mit Hilfe des Schiffes Vorführungen der mobilen Satellitenverbindung zwischen dem Flugleitzentrum und Internationalen Raumstationen statt.

Das Schiff hat eine bewegte Geschichte: Im Jahr 1968 wurde es als Holzfrachter „Semjon Kosinow“ gebaut. 1977/78 wurde es zum Forschungsschiff umgebaut und erhielt den Namen „Kosmonaut Viktor Pazajew“. Am 24. November 1978 wurde es der Akademie der Wissenschaften übereignet. In den folgenden 16 Jahren unternahm das Schiff 14 wissenschaftliche Expeditionen in den zentralen und südlichen Atlantik. Bis 1994 gehörte das Schiff zum Kommando der Weltraummissionen Saljut-6, Sojus-34, Saljut-7 und anderen. Seine Aufgabe bestand darin, die Kommunikation mit den Kosmonauten und Bahnen von Satelliten und interplanetaren Sonden und Raumstationen zu kontrollieren und die gesammelten Daten zum Flugleitzentrum zu übertragen. Am 14. April 2001 wurde das Schiff am Museumsanleger in Königsberg festgemacht, und schon am 23. April wurde auf ihm die Ausstellung „Kosmische Odyssee“ eröffnet.



„Kosmonaut Viktor Pazajew“: Noch liegt das stillgelegte Forschungsschiff am Pregelufer. Foto: Tschernyschew

Das Schiff trägt den Namen des Kosmonauten Viktor Pazajew, der einen Großteil seines Lebens in Stallupönen verbracht hat. Viktor Pazajew kam 1971 während eines Flugs als wissenschaftlicher Ingenieur an Bord des Raumschiffs Sojus-11 und

Das Schiff gehörte zur legendären »Sternenflotte«

der Orbitalstation Saljut-1 auf tragische Weise ums Leben. Der Flug dauerte 23 Tage. Beim Abstieg kam es zur Dekompression des Raumschiffs Sojus-11 und die Besatzung, darunter Georgij Dobrowolskij, Wladislaw Wolkow und Viktor Pazajew, kam ums Leben. Heute ist in Königsberg eine Straße nach ihm benannt, das Denkmal „Eroberer des Weltraums“, das sich auf dem Prospekt Mira befindet, erinnert an die Kosmonauten. In Stallupönen gibt es ein Museum zu Ehren Pazajews.

Das Forschungsschiff „Kosmonaut Viktor Pazajew“ ist ein wichtiger Teil der Leistungen der Sowjetunion bei der Erforschung des Weltraums. Seinerzeit gehörte das Schiff zur Abteilung der Kosmischen Flotte, doch der Zerfall der Sowjetunion und die schwere ökonomische Lage des Landes zu Beginn der 90er Jahre führte zu einer Umstrukturierung der Flotte.

Der Weltraumforschungsdienst der Akademie der Wissenschaften der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nahm seine Arbeit im Jahr 1962 auf. Die Kosmische Flotte hatte einst 19 Schiffe, sie wurde bekannt als „Sternenflotte“. Heute existiert davon nur noch das Schiff „Kosmonaut Viktor Pazajew“.

Vor kurzem wurde bekannt, daß das Schicksal des letzten Schiffes der einst bedeutenden sowjetischen Weltraumflotte unter keinem guten Stern steht. Denn in diesem Jahr wurden die Mittel für den Unterhalt des Schiffes um die Hälfte gekürzt, auf sechs Millionen Rubel (rund 137 000 Euro). Dies führte zur Entlassung eines Teils des Personals. Für die Schicht auf dem Schiff stehen nun nur noch zwei Mitarbeiter zur Verfügung: ein Steuermann und ein Mechaniker. Damit verliert das Schiff seine Funktionsfähigkeit. Im Museum geht man davon aus, daß die „Kosmonaut Viktor Pazajew“ das gleiche Schicksal drohen wird wie den anderen, die bereits verschrottet wurden. Damit wäre die „Sternenflotte“ der Sowjetunion endgültig Geschichte.

Jurij Tschernyschew

Gedankenaustausch beim Generalkonsul

Empfang im deutschen Generalkonsulat in Königsberg – Konsul Fenster aufgeschlossen für die Geschichte

„Der Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Kaliningrad und Frau Andrea Marschall-Fenster geben sich die Ehre, am Donnerstag. dem 4. Juni 2009, 18.00 Uhr bis 20.00 Uhr, zu einem Empfang einzuladen.“

Diese Einladung ging an die deutsche Gemeinschaft der Stadt Königsberg. Das Ereignis hatte eigentlich schon drei Wochen vorher stattfinden sollen, aber da der Generalkonsul Aristide Fenster schwerer erkrankt war, hatte es verschoben werden müssen. Eigentlich ist er ja schon seit dem 1. September vergangenen Jahres offiziell im Amt. Die Akkreditierung brauchte ihre Zeit und erfolgte erst zum Jahresanfang. Auch mußte erst eine Wohnung gesucht werden, so daß erst jetzt seine persönliche Vorstellung bei den „Deutschen“ erfolgen konnte.

Der Garten grenzt an den Oberteich

Anwesend waren etwa 45 Personen – hauptsächlich Geschäftsleute und deren Ehefrauen, die schon seit Jahren in Königsberg oder anderswo im Königsberger Gebiet tätig sind. Man kennt einander, weil man sich monatlich an jedem vierten Dienstag im Monat im Deutsch-Russischen Haus zum Wirtschaftskreis traf. Diese Treffen waren immer ein willkommener Anlaß, sich zum Erfahrungsaustausch und besserem Kennenlernen zusammenzufinden. Leider ist die Hamburger Handelskammer nicht mehr bereit, diese Treffen zu organisieren. Schon im Mai dieses Jahres fand kein Treffen mehr statt. Dies wurde beim Empfang allseits bedauert und man versucht nun, eine andere Lösung zu finden, um solche Treffen weiterhin zu organisieren.

Als Vertreter der Kirchen war von der römisch-katholischen Kirche der gebürtige Ostpreuße Priester Eduard Prawdzik anwesend – ein interessanter Zeitgenosse. Er hat unter anderem 30 Jahre als Missionar auf den Philippinen zugebracht. Jetzt ist er, obwohl bereits pensioniert, schon seit Jahren in Tapiau tätig. Ein Mensch mit interessantem Lebenslauf und aufgeschlossenem Charakter. Vermißt wurde der neue Propst der Evangelisch-Lutherischen Kirche für die Propstei Königsberg, Jochen Löber. Des weiteren waren der erste und der zweite Direktor des Deutsch-Russischen Hauses, Viktor Hoffmann und Juri Portinjagin, anwesend.



Hoffmann, Portinjagin, Generalkonsul Fenster und Matt Bild: Matt

Die Wohnung des neuen Generalkonsuls ist sehr schön gelegen. Der Garten grenzt direkt an den Oberteich. Es ist ein Reihenhaus in einer geschlossenen Anlage in der Kurortnajastraße, unweit der Adresse des neuen Konsulats in der Thälmannstraße 14. Dieses Gebäude ist nun schon lange im Besitz der Bundesrepublik Deutschland, aber über konkrete Umbaupläne ist immer noch nichts zu erfahren.

Die Wohnung ist geräumig, aber für die vielen Personen war es dann doch ein bißchen eng. Weil es draußen recht kühl war, gingen nur wenige Leute auf die große Terrasse. Die Gespräche waren vielseitig und aufschlußreich.

Der neue Generalkonsul Aristide Fenster scheint für die Geschichte Ostpreußens sehr aufgeschlossen zu sein – mehr als seine Vorgänger auf jeden Fall. *Armin Matt*

Serbendeutsche musikalisch aktiv

Der Chor »Lorelei« sang auf dem Kulturtag der Deutschen Minderheit in Neusatz und im Tonstudio von Radio Subotica

Für den Deutschen Volksverband in Subotica (Maria-Theresiopel) im allgemeinen und seinen Chor „Lorelei“ gab es im vergangenen Monat gleich zwei kulturelle Höhepunkte. Der eine fand am 13., der andere am 17. Juni statt.

Im serbischen Neusatz (Novi Sad) an der Donau fand am 13. Juni der mittlerweile dritte Kulturtag der Deutschen Minderheit statt. Der Deutsche Volksverband mit Sitz in Subotica (Maria-Theresiopel) trat mit dem Chor des Verbandes „Lorelei“, mit einem Sketch der Mitglieder der Jugendtheatergruppe des Verbandes „Junge Nibelungen“, mit dem Musikduo „Schalling“ sowie mit den beiden Fünfjährigen Nelli und Astrid auf.

Am 17. Juni hat der Chor „Lorelei“ Tonaufnahmen in Studio von Radio Subotica gemacht. Der Chor hat deutsche Volkslieder wie „Nun ade, du mein lieb Heimatland“ und die „Volkshymne der Donauschwaben“ gesungen.

Die Geschichte des Deutschen Volksverbandes reicht bis zum 14. Dezember 1996 zurück. An jenem Tag wurden der Verband ins Leben gerufen, eine Satzung ausgearbeitet sowie der Vorsitzende, der Vizevorsitzende, ein Schriftführer und ein Kassenverwalter sowie ein fünfköpfiger Vorstand gewählt. Die staatliche Anerkennung durch das zuständige Ministerium folgte dann am 21. März 1997.

Ziele des Verbandes sind der Schutz der Interessen der Deutschen Minderheit in Serbien, der Erhalt der deutschen Identität, die Pflege der deutschen Sprache, der Sitten und Kultur der Donauschwaben in Serbien sowie die Entwicklung und Unterstützung der guten Beziehungen zwischen den Deutschen und anderen Völkern der Woiwodina und Serbiens. Der Verband will sich dafür einsetzen, daß die Deutschen in der Woiwodina zu ihrem Deutschtum stehen und sich ohne Angst als solche bekennen. Er will die Einheit der Deutschen Volksgruppe in der Woiwodina stärken und in der Woiwodina Gedenkstätten errichten zur Erinnerung an die Verbrechen und das große Unrecht, das an den Donauschwaben begangen wurde. Er will verhindern, daß die noch vorhandenen Gräber vernichtet werden und damit jede Spur der jahrhundertelangen Anwesenheit der deutschen Volksgruppe in dieser Region verwischt wird. Der Verband soll eine Stätte sein, an der sich Bürger anderer Nationalitäten mit den Angehörigen der deutschen Volksgruppe treffen, um die deutsche Sprache, deutsche Kultur, und deutsche Bräuche kennenzulernen, damit Vorurteile gegen die Deutschen abgebaut werden können.



Fotos (2): Rudolf Weiss

„Lorelei“: Der Chor des Deutschen Volksverbandes am 13. Juni auf dem Kulturtag (links) und am 17. Juni bei Radio Subotica

Die Geschichte der Donauschwaben, deren Interessen der Verband vertritt, reicht bis in die Frühe Neuzeit zurück. Nach dem Ende der Türkenherrschaft (1526–1686) waren viele Landstriche in Ostmittel- und Südosteuropa entvölkert. Die Habsburgermonarchie baute hier im 18. und frühen 19. Jahrhundert neue Siedlungen. Während dieser Zeit wanderten aus Süddeutschland Tausende von Menschen aus und siedelten sich in einigen Gebieten des damaligen Ungarn an. Obwohl viele der Auswanderer nicht aus dem schwäbischen Raum stammten, bürgerte sich später für die deutschen Siedler der Name Donauschwaben ein.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden in Südosteuropa die Staatsgrenzen neu gezogen: Ein Teil der aus Deutschland stammenden Menschen lebte nun in Rumänien, Ungarn und Jugoslawien. Mit den Verträgen von St. Germain und Trianon wurden die donauschwäbischen Siedlungsgebiete aufgeteilt. Nach der Volkszählung von 1941 lebten 656 000 Donauschwaben in Ungarn, 558 000 in Jugoslawien und 328 000 in Rumänien. Der Zweite Weltkrieg wurde ein Opfergang, auch für die Donauschwaben.

Ihre schwerste Heimsuchung erfolgte durch Ausrottungsmaßnahmen in Hunger- und Vernichtungslagern, durch Verschickungen zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion, durch totale Enteignung und Entrechtung sowie durch die in den Potsdamer Beschlüssen festgelegte „Umsiedlung“, eine Aktion, die diesen Namen nicht verdient und in Wahrheit ein Akt brutaler Verschleppung und Vertreibung war. Wohlgemerkt war selbst in den Potsdamer Beschlüssen, was die Donauschwaben angeht, nur vom „Transfer“ der Deutschen aus Ungarn die Rede. Die Deutschen in Rumänien und Jugoslawien wurden gar nicht erwähnt.

Die Zahl der Opfer ist immer noch nicht genau bekannt, die Überlebenden haben Zuflucht und neue Heimat in mehr als 15 Staaten in aller Welt gefunden. Mehr als 479 000 von ihnen leben heute in der Bundesrepublik Deutschland, 346 000 in den USA, Kanada und Südamerika, 123 000 in Österreich, weitere in Frankreich, in Australien und in einigen anderen Ländern. Im ehemaligen Jugoslawien sind es noch zirka 15 000, in Ungarn rund 220 000 und in Rumänien etwa 25 000. *PAZ*

Nähere Informationen erteilt Rudolf Weiss, Telefon 00381 64 152 7 152, E-Mail: de.weiss@tippnet.co.yu

---

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist schon erfreulich, wenn sich alte Familienfreunde melden und darauf hinweisen, daß wir ihnen einmal geholfen haben, ein dankbares Erinnern auch nach Jahr und Tag. Und wenn dann noch eine überraschende Mitteilung hinzukommt, daß sich wieder einmal ein unerwartetes Wiederfinden ereignet hat, dann ist die Freude um so größer, auch wenn wir nicht direkt daran beteiligt sind. Der Kirchliche Suchdienst in Stuttgart hat es bewirkt, und mit dieser Organisation arbeiten wir ja eng zusammen, hatten schon gemeinsam manche Erfolge zu verzeichnen. Wenn unsere Ostpreußische Familie hierbei aber auch mitspielt, so liegt es daran, daß der Schreiberin, die von dem Wiederfinden berichtet, durch uns das Einleben in Deutschland erleichtert wurde. Denn Frau **Dora Flak** aus Schwerin war ein „Wolfskind“, kam erst vor einigen Jahren aus Litauen in die Bundesrepublik und fühlte sich in ihrem neuen Wohnsitz sehr allein. Damals wandte sie sich an uns und schilderte ihr Schicksal. Es meldeten sich Landsleute, die sofort mit ihr Verbindung aufnahmen. Jetzt konnte Dora Flak helfen und Dankbarkeit und Freude miterleben, denn ihre in Litauen verbliebene Freundin **Margot Duda** aus Kaunas fand ihren Vetter **Siegfried Schwarz** wieder, mit dem sie als Kind in Königsberg gespielt hatte. Nach 65 Jahren gab es ein Wiedersehen an dessen heutigen Wohnort Rünthe bei Bergkamen im Ruhrgebiet. Und davon berichtet uns Dora Flank mit der Bitte, dies in unserer Kolumne zu veröffentlichen. Was ich nur zu gerne tue, denn unsere Ostpreußische Familie freut sich immer, wenn wir von einem ersehnten Wiederfinden berichten – das ist dann immer wie eine kleine Sternstunde!

Ein altes Foto liegt als Beweis für eine gemeinsame glückliche Kindheit vor. Es zeigt die zweijährige Margot mit einem Blumenkranz auf dem Blondhaar und daneben ihren dreijährigen Cousin Siegfried, aufgenommen 1939 auf einem Kinderfest in Königsberg, der gemeinsamen Heimatstadt, wohl kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Siegfrieds Vater fiel schon bei Kriegsbeginn, die Mutter wurde später mit Siegfried und seiner älteren Schwester nach Kavern, Kreis Preußisch Eylau, evakuiert, floh von dort aus beim Russeneinfall nach Heiligenbeil und weiter über das Frische Haff. Zuerst nach Pillau, dann mit einem Frachtkahn zur Halbinsel Hela mit anschließender Flucht über See auf der „Orion“ nach Kopenhagen. Es folgten drei Jahre Lagerleben hinter Stacheldraht im jütländischen Grove, bis die Witwe mit ihren beiden Kindern in die damalige britische Zone einreisen durfte. Nach einigen Jahren in der Lüneburger Heide, in denen Siegfried eine Schreinerlehre absolvierte, ging er dann wegen besserer Arbeitsbedingungen in das Ruhrgebiet, wo sein weiteres Leben in ruhigeren Bahnen verlief. Der ehemalige Chemikant der Scheringwerke lebt heute mit seiner Frau **Christa** in Rünthe bei Bergkamen.



Foto: privat

Bernd Dauskardt (links) mit Martin Helm und dessen Ehefrau

Ganz anders verlief das Schicksal seiner Cousine Margot: Ihre Familie wurde beim Russeneinfall und in den folgenden Hungerjahren ausgelöscht. Als Zehnjährige schlug sich das Mädchen allein in Litauen durch, bettelte, arbeitete unter erbarmungswürdigen Umständen, wechselte aus Angst vor Entdeckung ihrer deutschen Herkunft immer wieder die litauischen Familien, bis sie bei zwei Schwestern endlich etwas Geborgenheit fand und sogar die Schule besuchen konnte. Sie hieß nun **Rita Dudaski**, erhielt ein neues Geburtsdatum, wurde Schneiderin, heiratete, bekam einen Sohn. Heute lebt sie mit ihrer Familie in Kaunas, hat ihre Muttersprache längst verlernt – verlernen müssen –, hat aber nie die Erinnerung an ihre Kindheit verloren. Und die wird wachgehalten durch den Zusammenschluß der „Wolfskinder“ im Verein „Edelweiß“. So fand sie endlich den Mut und damit auch den Weg, nach noch lebenden Verwandten zu suchen. Ihre Freundin Dora Falk unterstützte sie nach ihrer Übersiedlung nach Norddeutschland und leitete die Suchaktion ein. Über den Evangelischen Suchdienst erfuhr zuerst ein in Amerika lebender Vetter von seiner Cousine und benachrichtigte sofort seine Verwandten in Deutschland. Für Siegfried Schwarz war das wie ein Wunder, hatte er doch immer gehört, daß Margot nicht mehr lebe. Sofort wurde ein Wiedersehen vereinbart, das vor kurzem in Bergkamen stattfand. Dora Flak stand ihrer Freundin immer zur Seite, auch als Dolmetscherin, aber Tränen brauchen keine Übersetzung!

Für uns aber ist dies wieder einmal der untrügliche Beweis: Es kann immer noch ein Wiedersehen geben, auch nach 65 Jahren!

Daß es oft nur ein falsch geschriebener Name ist, der eine erfolgversprechende Suche verhindert, haben wir schon oft erfahren müssen. Vor allem, wenn von russischer Seite der Name eines Kindes registriert wurde, kann es durch die unterschiedliche Schreibweise zu Fehlern kommen, die sich fatal auswirken. So haben sich die aus der Elchniederung stammenden Brüder **Martin** und **Lothar Helm** erst nach einem halben Jahrhundert gefunden, obwohl beide durch das Rote Kreuz nach Angehörigen suchten. Martin blieb in Nordostpreußen, Lothar lebte in der Bundesrepublik – es war schließlich ein deutscher Lehrer, der die beiden zusammenbrachte. Des Rätsels Lösung: Lothar Helm war unter seinem richtigen Namen registriert, sein Bruder stand aber als „Martin Schelm“ in der Suchkartei. Der ältere Lothar hatte als Soldat bei Kriegsende deutschen Boden erreicht, sein kleiner Bruder aber war mit der Mutter auf der Flucht vom elterlichen Hof in Brittanien noch im nördlichen Ostpreußen von den Russen eingeholt worden, sie überlebte die Schrecken nicht. Martin blieb alleine zurück, streunte herum, ging betteln, fand Menschen, die ihm auf dem weiteren Lebensweg halfen, der in der Heimat verlief. Bei der Registrierung war aus dem H ein Ch geworden, aus Chelm wurde dann später Schelm. Heute trägt der in Trakehnen Lebende seinen richtigen Namen, wie uns Herr **Bernd Dauskardt** aus Hollenstedt mitteilt, der Martin Helm auf jeder Ostpreußenreise besucht. Es zieht ihn immer wieder dorthin, wo sein Vater **Heinrich** Dauskardt im Januar 1945 gefallen ist, in das nördliche Ostpreußen – und so lernte er Martin Helm kennen als „letzten echten Ostpreußen im jetzigen Oblast Kaliningrad“. Die Freude ist groß, wenn der Freund aus der Bundesrepublik ihn in seinem Haus besucht, das am Ausgang von Trakehnen in Richtung Birkenmühle/Romenten liegt. Dort lebt Martin Helm mit seiner russischen Frau – er hat eben seine Wurzeln in der Heimat, und kehrte auch nach dem Besuch bei seinem inzwischen verstorbenen Bruder in der Bundesrepublik nach Trakehnen zurück. Herr Dauskardt wird ihn in wenigen Wochen wiedersehen, und ich werde ihm herzliche Grüße der Ostpreußischen Familie an den in der Heimat verbliebenen Landsmann mitgeben.

Wenn man von seinen Vorfahren kaum etwas weiß, nur einige Namen und Ortsangaben hat, dann erwächst doch in einem der Wunsch, etwas über die Familie und ihr Umfeld zu erfahren. So ergeht es Frau **Dorothea Seggebruch** aus Meerbeck, die noch in Ostpreußen geboren wurde, aber als Vierjährige die Heimat verlassen mußte. Da ihr Vater als vermißt gilt, sie ihre Mutter zu deren Lebenszeiten kaum befragt hat, ist sie auf andere Informanten angewiesen, die sie im Kreise unserer Ostpreußischen Familie erhoffte – und sie wurde nicht enttäuscht. Denn schon kurz nachdem ihre Fragen nach den Familien **Neumann** aus Karpau und **Milkereit** aus Bartenstein in Folge 23 erschienen waren, meldeten sich schon die ersten Anrufer, und im Laufe der nächsten Tage kamen weitere hinzu, die vor allem das Umfeld beider Familien erhellen konnten. Frau Seggebruch war besonders überrascht und erfreut, daß dies besonders die väterliche Familie betraf, von der sie bisher kaum etwas wußte. Ihr Vater **Kurt Neumann** hatte als Maschinist in der Genossenschaftsmolkerei von Nautzken gearbeitet. Es meldete sich eine Leserin, deren Bruder auch dort beschäftigt gewesen war. Der Großvater war Schmiedemeister auf dem Gut Karpau, Kreis Wehlau, gewesen. Von der Familie des ehemaligen Gutsbesitzers bekam sie viel Interessantes über Karpau zu hören, auch an die Schmiede konnte man sich erinnern, aber leider nicht mehr an den Großvater. In Bezug auf die mütterliche Linie konnte sich sogar eine Verwandtschaft ergeben. Da ihr Großvater **Karl Milkereit** Oberschweizer gewesen war, konnte Frau Seggebruch viel über diesen Beruf erfahren, auch hier meldeten sich Angehörige der Gutsfamilie, bei der er tätig gewesen war. Das ist zuerst einmal der mir telefonisch übermittelte Überblick über das, was in diesem Fall geschehen ist. Wir dürften da noch mehr hören. (Dorothea Seggebruch, Volksdorf 6 in 31715 Meerbeck, Telefon 05721 / 2378.)



Ruth Geede Foto: Pawlik

Auch Herr **Erhard H. Pletz** kann Positives berichten. Im November hatte er um eine Veröffentlichung seiner Frage nach dem Fronteinsatz der 161. Infanterie Division (Ostpreußische) gebeten, die auch erfolgte. In dieser Einheit diente sein Bruder **Herbert**, der im Juli 1944 in Moldawien fiel. Zuerst erhielt Herr Pletz mehrere Anrufe, die aber nichts Konkreteres erbrachten. Doch dann meldete sich ein Leser aus Bayern, der sich intensiv mit der Geschichte dieser Einheit befaßt. Mit diesem steht Herr Pletz nun in Verbindung und hat schon interessantes Material erhalten.

Eure

Ruth Geede

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



ZUM 104. GEBURTSTAG

Robatzek, Auguste, geb. **Schwarmer**, aus Brodau, Kreis Neidenburg, jetzt Matthiasstraße 15, 50389 Wesseling, am 25. Juli

ZUM 100. GEBURTSTAG

Jerwin, Helene, aus Ortelsburg, Rothesteinstraße 42, 37242 Bad Sooden-Allendorf, am 23. Juli

Rinio, Emilie, geb. **Mrotzek**, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Hinter der Mühle 22, 77974 Meißenheim, am 20. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

Schemmerling, Elisabeth, geb. **Bohlien**, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, jetzt Pfarrer-Reiff-Straße 23, 52441 Linnich/Welz, am 9. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Markschat, Elisabeth, geb. **Sahm**, aus Wehlau, Schwarzenorter Straße, jetzt Buchenweg 28, 40723 Hilden, am 14. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Daus, Hilde, geb. **Arnold**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, jetzt Wacholderhof 1, 29525 Uelzen, am 25. Juli

Pankow, Margarete, geb. **Wagner**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Josef-Kohtes-Straße 28, 40670 Meerbusch-Strümp, am 26. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Lettau, Herta, geb. **Stadie**, aus Rumeyken, Kreis Lyck, jetzt Am Schützenplatz 2, 29525 Uelzen, am 20. Juli

Piepereit, Emma, aus Lyck, jetzt Tanneneck 3, 24816 Hamwedel, am 20. Juli

Staats, Erwin, aus Gollen, Kreis Lyck, jetzt Grootmoor 130, 22175 Hamburg, am 26. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Diester, Heinz, aus Kühnbruch, Kreis Wehlau, jetzt Mühlenstraße 8, 27809 Lemwerder, am 6. Juli

Gelberg, Gisela, geb. **Meyhöfer**, aus Wehlau, Kreis Wehlau, jetzt Birkenstraße 40, 40233 Düsseldorf, am 10. Juli

Göbel, Christel, geb. **Schulz**, aus Lyck, Hindenburgstraße 40, jetzt Gartenstraße 20, Seniorenheim, 32805 Horn-Bad Meinberg, am 24. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Behrendt, Hedwig, geb. **Zich**, aus Wehlau, Ripkeimer Straße, jetzt Fichtenstraße 3, 58332 Schwelm, am 10. Juli

Lowski, Alfred, aus Goldbach, Kreis Wehlau, jetzt Reutlinger Straße 6, 89079 Ulm, am 22. Juli

Rose, Elfriede, geb. **Riechert**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Zielrebenweg 9, 79400 Kandern, am 26. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Hein, Christel, aus Königsberg, Barbarastraße 51, jetzt Bernauerstraße 106, 13355 Berlin, am 20. Juli

Krokowski, Johanna, geb. **Wieczorek**, aus Heinrichsdorf und Soldau, Kreis Neidenburg, jetzt Amalienweg 1, 24119 Kronshagen, am 21. Juli

Kulick, Herta, geb. **Werbun**, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, jetzt Bergstraße 35, 15745 Wildau, am 22. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Klinger, Paul, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Am Spitalacker 8, 63571 Gelnhausen, am 22. Juli

Krause, Ella, geb. **Kösling**, aus Parnehnen und Kawernicken, Kreis Wehlau, jetzt Hagener-Haupstraße 22, 21684 Stade, am 17. Juli

Matthes, Christel, aus Wehlau, Grabenstraße, jetzt Suderallee 41, 25524 Itzehoe, am 22. Juli

Nadrowski, Anna, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Leezener Weg 15, 22417 Hamburg, am 23. Juli

Petzold, Elly, geb. **Skerra**, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, jetzt Osterstraße 46, 32105 Bad Salzuflen, am 22. Juli

Schätzke, Otto, aus Wosnitzen, Kreis Sensburg, jetzt Kolpingstraße 21, 48329 Havixbeck, am 15. Juli

Schulz, Waltraut, geb. **Liebe**, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, jetzt Martinusstraße 25, 41468 Neuss, am 20. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Augustin, Ella, geb. **Wolff**, aus Argenbrück, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Zwickauerstraße 1, 38446 Wolfsburg, am 23. Juli

Bessel, Werner, aus Zohpen, Kreis Wehlau, jetzt Seestücken 26, 21077 Hamburg, am 30. Juni

Elfert, Werner, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Beißstraße 79, 12249 Berlin, am 25. Juli

Finneisen, Gertrud, geb. **Kowalewski**, aus Sprindenau, Kreis Lyck, jetzt Bayernstraße 39, bei Güldner, 96231 Bad Staffelstein, am 20. Juli

Funk, Gertraud, geb. **Ehresmann**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, jetzt Am Blöcken 34, 24111 Kiel, am 8. Juli

Graap, Erna, geb. **Küchen**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Kissinger Straße 5, 12157 Berlin, am 25. Juli

Haentjes, Margarete, geb. **Nilsen**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, jetzt Duckterather Busch 18, 51469 Bergisch-Gladbach, am 30. Juni

Hoff, Helmut, aus Plauen und Klein Plauen, Kreis Wehlau, jetzt Bildackerstraße 7, 73660 Urbach, am 5. Juli

Hoffmann, Gerda, geb. **Retat**, aus Schirrau, und Neu Schirrau, Kreis Wehlau, jetzt Rheinstraße 30, 56581 Ehlscheid, am 4. Juli

Jeglinski, Gerhard, aus Herrenbach, Kreis Lyck, jetzt Hebbelstraße 50, 50968 Köln, am 24. Juli

Lux, Ida, geb. **Spang**, aus Weidenkreuz, Kreis Ebenrode, jetzt Rosenweg 30 a, 26160 Bad Zwischenahn, am 21. Juli

Marzischewski, Heinz, aus Schönhorst, Kreis Lyck, jetzt Reimund-Hansen-Straße 4, 23843 Bad Oldesloe, am 23. Juli

Matzeit, Ella, geb. **Broszeit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Lerchenstraße 6, 86830 Schwabmünden, am 25. Juli

Menzemer, Lieselotte, geb. **Karaschewski**, aus Regeln, Kreis Lyck, jetzt Keltenring 2, 82024 Taufkirchen, am 22. Juli

Meyer, Edith, geb. **Gaedtke**, aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, jetzt Höpenhöfen 128, 27367 Bötersen, am 20. Juli

Niebler, Gertrud, geb. **Ryck**, aus Auglitten, Kreis Lyck, jetzt Aachener Straße 27, bei Bouttot, 72293 Glatten, am 21. Juli

Schmidt, Gisela, geb. **Nötzel**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, jetzt St. Jürgenweg 35, 24768 Rendsburg, am 10. Juli

Soeding, Frieda, geb. **Flöder**, aus Langendorf, Podollen, Kreis Wehlau, jetzt Kahrweg 3, 58256 Ennepetal, am 30. Juni

Stankewitz, Gertrud, geb. **Heppner**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Gosekuhle 22, 44143 Dortmund, am 26. Juli

Stützer, Christel, geb. **Paukstadt**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, jetzt Dorfstraße 38 a, 06618 Schönburg, am 24. August

Westphal, Ingeborg, geb. **Ströhl**, aus Wehlau, Freiheit, jetzt Robert-Koch-Straße 12 A, 23843 Bad Oldesloe, am 10. Juli

Wittke, Marianne, geb. **Gathmann**, aus Wehlau, Pinnauer Straße, jetzt Lindenstraße 62 a, 27356 Rotenburg, am 22. Juli

Wohlers, Barbara, geb. **Wiemer**, aus Schurfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Lärchenhof 6, bei Claßen, 56645 Nickenich, am 23. Juli

Zabel, Margarete, geb. **Krüger**, aus Kandien, Kreis Neidenburg, jetzt 505 Hwy K. South Hartford, WI 53027/USA, am 25. Juli

Zempelin, Liselotte, geb. **Boden**, aus Groß Gardienen, Kreis Neidenburg, jetzt Wettiner Straße 49 A, 42287 Wuppertal, am 20. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bahrenhop, Ruth, geb. **Jokschus**, aus Stadtheide, Kreis Tilsit, Thorner Weg 19, jetzt Wiesengrund 1, 23611 Bad Schwartau, am 21. Juli

Bessel, Christel, geb. **Gergaut**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, jetzt Erikaweg 2, 45529 Hattingen, am 2. Juli

Block, Irene, geb. **Mielke**, aus Roddau und Perkuiken, Kreis Wehlau, jetzt Hölderlinstraße 79, 44805 Bochum, am 3. Juli

Böhm, Arthur, aus Bönkenwalde, Kreis Heiligenbeil, jetzt Heideweg 6, 24598 Bootstedt, am 22. Juli

Borg, Werner, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, jetzt Calauer Straße 12, 15926 Luckau, am 17. Juli

Bratka, Walter, aus Seehag, Kreis Neidenburg, jetzt Bunzlauer Weg 29, 53721 Siegburg, am 25. Juli

Buettner, Heinz, aus Neidenburg, jetzt Billigerstraße 16, 53879 Euskirchen, am 21. Juli

Czycholl, Arno, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Blütenweg 10, 21635 Jork / Niederelbe, am 22. Juli

Degener, Rudolf, aus Koppershagen, Kreis Wehlau, jetzt Sandhöhe 11, 25337 Elmshorn, am 3. Juli

Dombrowski, Lothar, aus Skomanten, Kreis Lyck, jetzt Grabenstraße 6, 42697 Solingen, am 26. Juli

Ehresmann, Helmut, aus Frischenau, Kreis Wehlau, jetzt Weißdornweg 7, 24582 Bordesholm, am 20. Juli

Engel, Traute, geb. **Ritter**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, jetzt Wilseder Ring 35, 21079 Hamburg, am 12. Juli

Falkus, Christel, aus Grenzdamm, Kreis Neidenburg, jetzt Jungbrunnenweg 77, 33609 Bielefeld, am 26. Juli

Friebe, Renate, geb. **Sillus**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, jetzt Gartenweg 7, 68775 Ketsch, am 23. Juli

Frobin, Herta, geb. **Emminger**, aus Trankwitz, Kreis Samland, jetzt Heimstraße 5, 44536 Lünen, am 25. Juli

Gast, Ursel, geb. **Walendy**, aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt Tannenbergstraße 12, 45881 Gelsenkirchen, am 23. Juli

Gierz, Eleonore, geb. **Zintarra**, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, jetzt Grauhorst Straße 23, 38440 Wolfsburg, am 23. Juli

Grabow, Ilse, geb. **Schilter**, aus Safronken, Kreis Neidenburg, jetzt Tiefbauweg 1 a, 44879 Bochum, am 20. Juli

Groen, Edith, geb. **Glomb-Bremer**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, jetzt Cirksenastraße 8 a, 26721 Emden, am 24. Juli

Hauser, Hildegard, geb. **Rietenbach**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Karlstraße 51 a, 78166 Donaueschingen, am 26. Juli

Heiser, Rolf, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, jetzt Ernst-Reuter-Straße 7 a, 55130 Mainz, am 9. Juli

Heybowitz, Georg, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, jetzt Zum Wendeplatz 3, 24253 Prasdorf, am 22. Juli

Jacob, Wolfgang, aus Groß Allendorf, und Ziegelhöfchen, Kreis Wehlau, jetzt Emil-Nolde-Straße 46, 38448 Wolfsburg, am 15. Juli

Kaminski, Otto, aus Groß Tauersee, Kreis Neidenburg, jetzt Wilhelmstraße 46, 46562 Voerde, am 22. Juli

Kasper, Johanna, geb. **Lau**, aus Königsberg, jetzt Juggestraße 26, 59302 Oelde, am 21. Juli

Koch, Christa, geb. **Schöneburg**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, jetzt Breite Straße 15, 06217 Merseburg, am 13. Juli

Kolat, Irmgard, geb. **Krause**, aus Schorkenicken, Kreis Wehlau, jetzt Thomaring 19, 79618 Rheinfelden, am 9. Juli

Kühl, Helga, geb. **Kuss**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, jetzt Cap-Arcona-Weg 15, 23730 Neustadt, am 26. Juli

Mülling, Edith-Maria, geb. **Ludwandowski**, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 3, jetzt Steinweg 84-86, 38518 Gifhorn, am 20. Juli

Neufeld, Irmgard, geb. **Steppuhn**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Clara-Razka-Weg 63, 48155 Münster, am 22. Juli

Niederbröker, Margot, geb. **Wachowski**, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, jetzt Bindingstraße 9, 32257 Bünde, am 24. Juli

Niederlehner, Horst, aus Mekken, Kreis Ebenrode, jetzt Hauptstraße 60, 23898 Sandesneben, am 21. Juli

Petereit, Heinrich, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, jetzt Püttenhorst 125, 21035 Hamburg, am 24. Juli

Prinz, Heinz, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, jetzt Achterstraße 7, 23774 Heiligenhafen, am 23. Juli

Rieske, Marianne, aus Wiehl/Oberbergischer Kreis, jetzt Augustastraße 1 c, 53721 Siegburg, am 17. Juli

Rohr, Edith, geb. **Klatt**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, jetzt Agnes-van-Brakel-Straße 7, 41748 Viersen, am 2. Juli

Rosenthal, Margarete, geb. **Bratz**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Neumannstraße 52, 90763 Fürth, am 26. Juli

Sabatin, Horst, aus Wehlau, Pflegerkolonie, jetzt Frösleer Hof 2, 24939 Flensburg, am 7. Juli

Schmuchel, Christel, geb. **Zuehlsdorf**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, jetzt Eichenweg 2, 63683 Ortenberg, am 23. Juli

Schneider, Irmgard, geb. **Spanda**, aus Waldburg, Kreis Ortelsburg, jetzt Hof Mühlbach, 57319 Bad Berleburg, am 22. Juli

Schultz, Edelgard, geb. **Malessa**, aus Ortelsburg, jetzt Johannes-Radke-Straße 73, 40595 Düsseldorf, am 25. Juli

Schulz, Thea, geb. **Dieckmann**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, jetzt Bruno-Bürgel-Straße 19, 28759 Bremen, am 18. Juli

Sperber, Elfriede, geb. **Sommer**, aus Schönrade und Reichau, Kreis Wehlau, jetzt Uhlandstraße 10, 32791 Lage, am 7. Juli

Sprinkmeyer, P. Adalbert, aus Rogallen, Kreis Lyck, jetzt Augustinerplatz 2, 54524 Klausen, Mosel, am 22. Juli

Stalling, Herbert, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, jetzt Rotkehlchenstraße 3, 28832 Achim, am 20. Juli

Toll, Roland, aus Tapiau, Neustraße, Kreis Wehlau, jetzt Flensburger Straße 68, 25348 Glückstadt, am 6. Juli

Tomski, Gerhard, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Mühlemattweg 5, 79539 Lörrach, am 26. Juli

Tulley, Ernst, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, jetzt Beerenberg, 1, 21077 Hamburg, am 2. Juli

Vollstedt, Hilda, geb. **Szameit**, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, jetzt Bergstraße 7, 24594 Hohenwestedt, am 20. Juli

Weiss, Margot, aus Rockeimswalde, Kreis Wehlau, jetzt Tondernstraße 32, 23556 Lübeck, am 13. Juli

Wolff, Helmut, aus Goldbach, Kreis Wehlau, jetzt Sonnenhalde 42, 72829 Engstingen, am 16. Juli



Schulz, Franz, aus Grunau und Neu Streitswalde, Kreis Heiligenbeil, und Frau Monika, geb. **Gruhn**, jetzt Am Rischkamp 4, 31195 Lemspringe, am 19. Juli



Winter, Gerhard, aus Buchwalde, Kreis Mohrungen, und Frau Ursel, geb. **Malke**, aus Görken, Kreis Mohrungen, jetzt Seydlitz Straße 16 A, 10557 Berlin, am 26. Juli



Perbandt, Christian, aus Schirten, Kreis Heiligenbeil, und Frau Silvia, geb. **Klein**, jetzt Stegefeld 1, 31275 Lehrte, am 21. Juli

»Wir gratulieren« auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Einbettung – die Toten von Marienburg

Neumark (Stare Czarnowo) – Eine Einbettung ziviler deutscher Kriegsopfer findet am Freitag, 14. August, 14 Uhr, auf der deutschen Kriegsgräberstätte Neumark (Stare Czarnowo) bei Stettin statt. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. wird dort die kürzlich bei Marienburg geborgenen Gebeine von 2180 zivilen deutschen Kriegsopfern beisetzen. Im Rahmen des Begräbnisses, zu dem auch zahlreiche Gäste aus Polen und Deutschland erwartet werden, sollen die namentlich unbekannten Kriegsopfer zur letzten Ruhe gebettet werden. Mit dieser Beisetzung auf der Kriegsgräberstätte soll den namenlosen Toten eine würdige Ruhestätte gegeben werden und dazu beitragen, dass auch dieses Kapitel der Geschichte nicht in Vergessenheit gerät.
Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen bittet alle Landsleute, die sich zu diesem Zeitpunkt dort aufhalten, sowie die in der Nähe wohnenden Landsleute (zum Beispiel aus Mecklenburg-Vorpommern), dieser Einbettung beizuwohnen. Geben Sie den Toten ein würdiges Geleit. *PAZ*

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Freitag, 17. Juli, 11.15 Uhr, Phoenix: Die Gustloff – Flucht über die Ostsee.

Freitag, 17. Juli, 17.45 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze – 1944. General de Gaulle im befreiten Paris.

Sonnabend, 18. Juli, 20.15 Uhr, Phoenix: Stauffenberg – Die wahre Geschichte.

Sonnabend, 18. Juli, 22.30 Uhr, Phoenix: Der Junker und der Kommunist.

Sonntag, 19. Juli, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 19. Juli, 22.05 Uhr, N24: Auf der Suche nach Hitlers Leichnam.

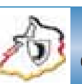
Dienstag, 21. Juli, 18.30 Uhr, Phoenix: Der Untergang der Lusitania.

Mittwoch, 22. Juli, 21 Uhr, Arte: Operation Skorpion – Die Spionin Heidrun Hofer.

Donnerstag, 23. Juli, 22.05 Uhr, N24: History – Flucht über die Ostsee.

Donnerstag, 23. Juli, 23 Uhr, SWR: Aenne Burda – Eine Frau erobert die Welt.

Freitag, 24. Juli, 17.45 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze – 1934. Das Attentat auf König Alexander I. von Jugoslawien.



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Geschäftsstelle: Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0, E-Mail: schmelter@ostpreussen -info.de, Internet: www.ostpreussen-info.de.

BJO – Ostpreußenfahrt. Vom 19. bis 29. Juli 2009 führt der BJO eine Fahrt ins südliche Ostpreußen durch. Auf dem Programm stehen u. a. Mohrungen, Hohenstein, Paddeln auf dem Oberländischen Kanal, Wanderungen und Geländespiele. Auskunft und Anmeldung: Stefan Hein, Stiftskamp 20, 44263 Dortmund, Telefon (0231) 5677842, Mobil: (0151) 19436447, E-Mail: bjo@ostpreusseninfo.de. Weitere Informationen auch im Internet: www.ostpreussen-info.de – **BJO-Reiterfreizeit** – 13. bis 22. August veranstaltet der BJO eine Reiterfreizeit im südlichen Ostpreußen. Neben den Reitstunden stehen auf dem Programm unter anderem: Marienburg, Sorquitten, Heiligelinde, Nikolaiken und Paddeln auf der Kruttinna. Auskunft und Anmeldung: Gernot Danowski, Telefon (0176) 21897145 oder E-Mail: gernot.danowski@gmx.de. Das vollständige Programm im Internet unter www.ostpreussen-info.de.



BADEN-WÜRTTEMBERG

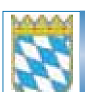
Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Vom 31. Juli bis 10. August führt die Gruppe eine Ostpreußenbusfahrt nach Königsberg, Memelland, Masuren, Westpreußen und an die Küste Pommerns durch. Nähere Informationen bei Rosemarie S. Winkler, Telefon (06281) 8137.

Ludwigsburg – Montag, 27. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Stammtisch in den „Kronenstuben“, Kronenstraße 2.

Stuttgart – Dienstag, 28. Juli, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe mit Frau Lüttich im Haus der Heimat, Kleiner Saal. Unter „Die Gedanken sind frei“ werden bedeutende ostpreußische Persönlichkeiten vorgestellt.

Ulm / Neu-Ulm – Sonnabend, 18. Juli, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Schabbernachmittag in den „Ulmer Stuben“.



BAYERN

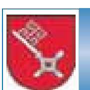
Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Mittwoch, 22. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Orangerie“. Thema: „Sommer in Pommern: Usedom – Greifswald – Stralsund – Stettin“.

Ingolstadt – Sonntag, 19. Juli, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8, Ingolstadt.

Landshut – Dienstag, 21. Juli, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Biergarten Zur Insel. – Dienstag, 4. August, Wanderung auf die „Ostpreußen-Hütte“ im Salzburger Land (Rückkehr am 5. August). – Die Gruppe kann inzwischen auf ihr 60jähriges Bestehen zurückblicken. Zur Gedenkfeier kamen viele Gäste ins Gasthaus Zur Insel. So unter anderem der Landesvorsitzende Friedrich-Wilhelm Böld, der Stadtvertreter Königsbergs Klaus Weigelt, die Stadträtin Anna-Maria Moratzschek, Stadtrat Hans-Peter Summer, Bezirksvorsitzender Hans-Jürgen Kudczinski (Oberbayerns), Bezirksvorsitzender Johannes Behrendt (Schwabens), Frau Holz, die Leiterin der Frauengruppe Münchens, die Leiterin der Landshuter Tafel Frau Hochban, die Vorstände der Nieder- und Oberschlesier mit ihrer Ehrenvorsitzenden Ursula Stephan, der Sudetendeutschen aus Landshut, die Vorsitzenden der benachbarten Gruppen Karlsfeld, Straubing, Fürstenfeldbruck und Waldkraiburg. Ingrid Leinhäupls – Vorsitz der Gruppe und des Bezirks Ostbayerns – freundschaftlicher Begrüßung folgte ein Dankeschön an die Stadt Landshut für stete, tatkräftige Unterstützung der Vertriebenen in vielen Situationen. Mit Rückblick auf die Gründungszeit, verantwortlich war das Ehepaar Benedigt, und das Schicksalsjahr 1945 wurde auch Trauriges von der Flucht im eiskalten Winter gegenwärtig. Die Vertreter des Stadtrates gratulierten und überbrachten die besten Grüße des Oberbürgermeisters Hans Rampf. Friedrich-Wilhelm Böld meinte, das 60. Jubiläum einer Landsmannschaft sollte gar nicht gefeiert werden beziehungsweise erforderlich sein. Mit der Öffnung der EU-Grenzen zu den östlichen Nachbarn sind es die Vertriebenen als erste, die mit dem Gefühl der Heimat im Herzen, vielen der dort neu angesiedelten Menschen die Hand zur Versöhnung reichen. Mit dieser „Volksdiplomatie“ – insbesondere nach der Deutschen Vereinigung – knüpfte man Kontakte und schafft gut nachbarschaftliche Verhältnisse. Lisbeth Schirmer erhielt einen Blumenstrauß für ihre besonderen Verdienst und Bemühungen beim Erhalt und Fortführen der Gruppe. Wolfgang Siebert, der Kassenwart, las die Grußworte der Schlesier vor und Christel Weiß (Zweiter Kulturwart) trug das Gedicht „Eine Handvoll Heimaterde“ vor. Klaus Weigelt sprach ein paar allgemeine Worte zum Fest und schilderte den Status Königsbergs – damals und heute. Dem Traum an der Samlandküste folgte die Zerstörung, restlos entfremdet ist das gegenwärtige Kaliningrad. Auch die Vernichtung kultureller Werte ganzer Generationen ist spürbar. Die Gründung einiger Städte (zum Beispiel Neugablonz, Geretsried, Neustraubling, Traureuth, Waldkraiburg) in Bayern zeitig ein Miteinander und Bemühen zum Wiederaufbau und Schaffen neuer Werte im schönen Bayernland. Zum Abschluß wurden gemeinsam bayerische und ostpreußische Lieder gesungen, sie unterstrichen nochmals den gelungenen Verlauf der Feierstunde.

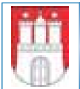
Weißenburg-Gunzenhausen – Freitag, 24. Juli, 19 Uhr, Gemeinsamer Sommerabend der Landsmannschaften im Kastaniengarten der Gaststätte Röschelskeller, Gunzenhausen.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heitberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 468222.

Bremen – Montag, 10. August, Busfahrt „Kleine Heidetour“ der Frauengruppe. Alle Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft (auch Herren) sind wieder eingeladen zur Teilnahme an dieser sommerlichen Ausflugsfahrt. Abfahrt 9 Uhr ab ZOB Breitenweg. Rückkehr zirka 19 Uhr. Programm: Besuch des Heidegartens in Schneverdingen, Führung im Pietzmoor, Schneverdingen, Spaziergang und Führung durch die Heide mit Eintopfessen (Gulaschsuppe), Buchweizentorte im „Schafstall“ mit Kaffee satt, Gelegenheit zu einer Kutschfahrt (nicht im Preis enthalten). Preis für Busfahrt, Bewirtung laut Programm und Führungen: 39 Euro. Anmeldungen bis zum 21. Juli an Frau Richter, Telefon 405515, oder direkt bei JWD-Busreisen, Telefon 4854633, erbeten. Bezahlung bei Anmeldung auf Konto: JWD-Reisen, Jürgen Wiebking, Kontonummer: 80097454, Sparkasse Bremen, BLZ 29050101. Nachdem zur Busfahrt zum Spargelessen in das Uchter Moor nicht alle Anmeldewünsche erfüllt werden konnten, wird auf die Notwendigkeit einer frühen Anmeldung ausdrücklich hingewiesen. – Die Frauengruppe gibt bekannt, daß ihre Zusammenkünfte nicht mehr im Hotel Westfalia stattfinden, da dort der Restaurantbetrieb aufgegeben wurde. Ab sofort finden die Treffen im Hotel Zur Post, Bahnhofsplatz 11, statt. Die Geschäftsstelle ist zu erreichen in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (04 21) 3 46 97 18.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonntag, 16. August, 14 Uhr, Besuch der Freilicht-Theateraufführung der Dittchenbühne in Elmshorn. Gespielt wird „Das Jahr IX“, ein historisches Schauspiel unter der Regie von Vilija Neufeldt. Tagesablauf: 14 Uhr Abfahrt des Busses Kirchenallee, 15 Uhr Kaffee und Kuchen, 16 Uhr Theateraufführung, 18.30 Uhr Rückfahrt. Gesamtpreis 28 Euro, 18 Euro ohne Busfahrt. Anmeldung und nähere Informationen bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520. – Sonnabend, 22. August, 7.45 Uhr, Abfahrt ZOB, Busfahrt mit dem Landesverband der vertriebenen Deutschen (LvD) nach Berlin zur zentralen Auftaktveranstaltung zum „Tag der Heimat“ im ICC Berlin. Diesjähriges Leitwort: „Wahrheit und Gerechtigkeit – ein starkes Europa“. Bundeskanzlerin Angela Merkel hält die Festrede. Gesamtpreis inklusive Fahrt und Teilnahme am Programm 35 Euro. Informationen und Anmeldungen beim LvD, Haus der Heimat, Teilfeld, Telefon (040) 346359, oder Willibald Piesch, Telefon (040) 6552304, und Ursula Zimmermann, Telefon (040) 4604076.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 1. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant im Ärztehaus Billstedt, Möllner Landstr. 27, 22111 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017. Im Juli und August ist Sommerpause, es finden keine Veranstaltungen statt.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 27. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Motto: „Die Zeit der Rosen geht schnell vorüber ... – Betrachtungen über die Natur, die Tiere und die Menschen im Sommer“.



HESSEN

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Gießen – Freitag, 14. August, 11 Uhr, Treffen der Gruppe am Mathematikturm zur Busfahrt an den Edersee. – Das letzte Treffen vor den Sommerferien war den ostdeutschen Nobelpreisträgern gewidmet. Die Referentin Annemarie Busch hatte drei Preisträger aus der Fülle der in Stockholm Geehrten ausgewählt. 1908 wurde der Ehrenpreis für Medizin an Paul Ehrlich verliehen. Geboren 1854 in Strehlen, Niederschlesien, beschäftigte er sich mit der Färbung makroskopischer Gewebepräparate sowie der Wertbestimmung der Serumpräparate. Er arbeitete mit Robert Koch und Emil Behring zusammen. 1909 wurde das Salvasan entdeckt, das zur Behandlung von Syphilis eingesetzt wird. 1911 wurde ihm der Titel „Wirklicher Geheimrat“ verliehen und von nun an wurde er mit Exzellenz angesprochen. Fritz Haber, geboren 1868 in Breslau, wurde 1918 der Nobelpreis für Chemie zuerkannt. Schon in der Schulzeit führte er Chemieexperimente durch. Bekannt wurde er durch die Analyse und die Verbrennung von Hydrocarbon. Er schuf die Grundlage für die sogenannte Ammoniak-Synthese. Ihm gelang die Herstellung von Ammoniak, das zur Herstellung von Schießpulver und Kunstdünger benötigt wird. Georg Dehmelt, geboren 1922 in Görlitz, bekam 1989 den Nobelpreis für Physik verliehen. Radiobasteln war eine Lieblingsbeschäftigung in der Schulzeit. Es folgte Wehrdienst mit Abstellung zum Wehrmachtsstudiengang für Physik. Es folgte Studium bei Plank und Heisenberg. Sein Aufgabengebiet war die experimentelle Physik. Dehmelt – der 1961 die usamerikanische Staatsbürgerschaft erhielt – wurde 1989 gemeinsam mit Wolfgang Paul mit der Hälfte des Nobelpreises für Physik ausgezeichnet. Die andere Hälfte ging an Norman Foster Ramsey.

Hanau – Sonnabend, 18. Juli, 15.30 Uhr, Sommerfest der Gruppe in der „Sandelmühle“, Philipp Schleißner Weg 2a. Gleichzeitig feiert dort die Frauengruppe ihr 50jähriges Bestehen. Kaffee und Kuchen werden von der Gruppe gespendet. Der Musiker der Gruppe, Lm. Schulz, wird mit seinen Melodien für die richtige Stimmung sorgen. Lustige Beiträge sind willkommen. Gäste sind herzlich willkommen.

Kassel – Dienstag, 11. August, erstes Treffen nach der Sommerpause. Thema steht noch nicht fest.

Wiesbaden – Sonnabend, 25. Juli, 15 Uhr, Sommer-Gartenfest der Gruppe im Erbenheim, „Kleingartenverein am Wasserwerk“. Am Grill werden Steaks und Würstchen zubereitet. Dazu gibt es wieder hausgemachten Kartoffelsalat. Zuvor werden Sie mit Kaffee und Raderkuchen verwöhnt. Zur Unterhaltung tragen der Frauenchor, kleine Spiele und Musik bei. Anmeldungen sind unbedingt bis zum 17. Juli erforderlich bei Familie Schetat, Telefon (06122) 15358. Dieses Fest findet bei jeder Witterung statt. – **Das Monatstreffen** stand unter dem Thema: „Johann Gottfried Herder – seine geschichtliche Einstellung zu Mensch und Welt“. Dieter Schetat erzählte vom Leben des 1744 in Mohrungen geborenen Universalgenies, das Theologe, Kritiker, Historiker, Sammler, Sprachgestalter, Übersetzer, Erzieher und geistiger Wegbereiter der Literatur war. Bedeutungsvoll für Herders Schaffen und Wirken waren das pietistische Elternhaus und die zu jener Zeit herrschende Sicht der Aufklärung. Sein Anliegen wurde es, den aufklärerischen Ideen Grenzen zu setzen, denn er war überzeugt, daß nicht der Verstand, sondern Gefühle und Intuition letzte und zuverlässige Kräfte des Erkennens sind, das in Gott mündet. Er sah die christliche Religion als „wirkliche Ordnung und Sicherheit der Welt“. Sie ist für ihn nicht nur eine Lehre, sondern wahrhaftiger Sinn des Lebens. Sein Credo: „Laß jeden nach seiner Überzeugung glauben, und wenn du ihn ändern willst, so fordere nicht, so tadle und kritisiere nicht, sondern überzeuge ihn.“ Einfluß auf seine geistige Entwicklung nahmen vor allem die beiden Königsberger Philosophen Immanuel Kant und Johann Georg Hamann, zu denen er ein freundschaftliches Verhältnis hatte. In Hamburg begegnete er Lessing und in Straßburg Goethe, der ihn als Generalsuperintendenten an den Weimarer Hof holte, wo er mit Schiller und Wieland zusammenkam. In Weimar lebte Herder fast 30 Jahre bis zu seinem Tode am 18. Dezember 1803. Aus der Ehe mit Caroline Flachsland gingen acht Kinder hervor. Seine ersten bedeutenden Arbeiten, die „Fragmente über die neuere deutsche Literatur“ und die „Kritischen Wälder“ schrieb Herder in Riga, wo er fünf Jahre als Prediger an der Domschule arbeitete. In seiner berühmten Volksliedersammlung „Stimmen der Völker in Liedern“ befindet sich ein sizilianisches Schifferlied, das später als Vorlage für das Weihnachtslied „O Du fröhliche“ diente, und zu dem Johannes Daniel Falk den Text schrieb. Mit seinem Werk „Journal meiner Reise im Jahr 1769“ wurde er bald zum Mittelpunkt jener Epoche machenden Strömung, die sich nach einem Drama des Dichters Friedrich Maximilian von Klinger „Sturm und Drang“ nannte. Sie war das Verlangen nach einem neuen, würdigeren Weltzu-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

61. Deutscher Genealogentag

Bielefeld – Vom 11. bis zum 14. September findet der 61. Deutsche Genealogentag statt. Unter dem Motto „Genealogie und Industriegeschichte“ bietet das Programm jedem Familienforscher etwas. 43 Fachvorträge in den Bereichen: Genealogie und Industriegeschichte, Archive in der Region Ostwestfalen-Lippe, Gräber und Friedhofskultur, Aktuelle Aspekte der Computergenealogie, Genealogie in Ostwestfalen-Lippe, Workshops und Schnupperkurse zu den verschiedenen Bereichen der Familienforschung. Dazu kommt eine riesige Ausstellung mit über 50 genealogischen Vereinen, Verlagen, Programmherstellern und Dienstleistern. Die Teilnahme kostet pro Tag fünf bzw. für alle vier Tage 15 Euro. Informationen im Internet: www.genealogentag.de

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

stand. Herder widmete sich besonders den Themen Sprache und Geschichte und gab entscheidende Anstöße zur Schaffung nationaler Literatursprachen. Er zählte die durch Generationen gewachsene Sprache zu den stärksten Kräften des menschlichen Geistes. Sie sollte nicht aus der Grammatik, sondern lebendig gelernt werden, nämlich akustisch: „fürs Ohr und durchs Ohr". Das Hauptziel des großen Ostpreußen blieb jedoch die Geschichtsphilosophie. Dabei ging es ihm um das Volk, geprägt von einer ethisch begründeten Kultur. An der Spitze standen für ihn die natürlichen Gemeinschaften, nämlich Familie und Volk. Vor allem den slawischen Völkern hat er den entscheidenden Auftrieb zum nationalen Selbstbewußtsein gegeben. Innerhalb seines 1784 bis 1791 geschriebenen Hauptwerks „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit" nimmt Herder sich der teils vergessenen, teils zu jener Zeit unterdrückten Völker an. Die eigentliche Aufgabe des Menschen ist für Herder die „Humanität", zu der der Mensch seiner Natur nach organisiert sei. So kommt er im dritten Teil der „Ideen zur Philosophie der Menschheit" zum Kernsatz seines gesamten Wollens und Wirkens: „Der Mensch allein ist begabt zu einer ihn selbst entwickelnden Wirksamkeit!" Wenn auch manches von den Ideen und Erkenntnissen Herders überholt erscheinen mag, so sind seine Gedanken und Denkanstöße für die Geistesgeschichte bis in die Gegenwart von weitreichender und zukunftweisender Bedeutung und Wirkung.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgruppe – Sonnabend, 25. Juli, ostpreußisches Sommerfest der deutschen Vereine in Ermland und Masuren im Freilichtmuseum Hohenstein. Wie seit 17 Jahren wird dazu von Mecklenburg-Vorpommern eine Busreise nach Osterode vom 20. bis 26. Juli 2009 organisiert. Besichtigungen sind in Elbing, Allenstein, Ortelsburg, Mohrungen, Neidenburg, Osterode und Danzig vorgesehen, dazu in Frauenburg ein Orgelkonzert im Dom mit Besuch am Gedenkstein für die Opfer der Flucht über das Eis. Per Schiff geht es über das Frische Haff nach Kahlberg und zurück sowie über die fünf Rollberge des Oberländer Kanals. – Für folgende Busreisen 2009 sind außerdem noch Plätze frei: Thorn-Posen 29. Juni bis 3. Juli, Krakau-Lemberg-Breslau 8. bis 17. Juli sowie Königsberg 6. bis 12. August. - Auskunft unter o.g. Anschrift / Telefon.

Neubrandenburg – Sonnabend, 3. Oktober 2009, von 10 bis 17 Uhr, 14. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern in Neubrandenburg, Jahn-Sport-Forum (Schwedenstraße / Kulturpark). Alle Landsleute und Heimatgruppen von nah und fern werden um entsprechende Terminplanung, zahlreiche Teilnahme und tüchtige Werbung für dieses große Wiedersehen gebeten. Wie immer ist für das leibliche Wohl und reichlich Parkplätze gesorgt und ein schönes Tagesprogramm in Vorbereitung. Hotels: Hotel am Ring, Große Krauthöferstraße 1, Telefon (0395) 5560 (Preise: DZ 65 Euro, EZ 55 Euro inklusive Frühstück, bei Gruppen Rabatt, Kennwort: „Ostpreußentreffen"), Parkhotel, Windbergsweg 4, Telefon (0395) 55900; Hotelberatung Neubrandenburg Bettina Rennack, Telefon (039606) 20499.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Bad Bevensen – Die Gruppe traf sich zum einem Sommerfest im Kurhaus. Neben den in großer Zahl erschienenen Mitgliedern konnte der Vorsitzende Kurt Arndt auch eine ansehnliche Anzahl von Gästen begrüßen. In seiner Begrüßung ging der Vorsitzende auf die Ereignisse vor 55 Jahren, dem 17. Juni 1953, ein und würdigte das Aufbegehren für eine demokratische Entwicklung in der damaligen DDR. Neben einer ausgiebigen Kaffeetafel wurde mittels Liedern, Gedichten und Geschichten der Heimat gedacht, wobei die Bienenbüttler Tanzgruppe „Die Bühne" die Anwesenden sogar mit einem ostpreußischen Volkstanz erfreute. Der Vorsitzende dankte allen, die zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen hatten, und mit einem Lied endete ein schöner und eindrucksvoller Nachmittag.

Braunschweig – Dienstag, 11. August, die diesjährige Tagesbusfahrt geht ins Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg. Es sind noch Plätze frei. Der Preis pro Busfahrt, Besichtigung und Führung im Landesmuseum beträgt 20 Euro. Anmeldungen bitte an Horst Neumann, Telefon (0531) 338640.

Celle – Die diesjährige Tagesfahrt der Landsmannschaft Ostpreußen, Kreisgruppe Celle führte in die Stadt Minden. Der Zweite Vorsitzende und Reiseleiter, Uwe Jäckel, begrüßte hierzu die 31 Teilnehmer. Manfred Kirrinnis, Erster Vorsitzender der Celler Gruppe, schloß sich der Begrüßung an und lobte dabei die gute Beteiligung. Erstes Ziel in Minden war das Preußen-Museum, in dem die gemeinsame Geschichte Westfalens mit Brandenburg-Preußen dargestellt wird. Das Museum befindet sich in der ehemaligen „Defensionskaserne" von 1829. Unter der fachkundigen Führung der Historikerin Stefanie Hahlbohm konnte in knapp zwei Stunden gerade einmal ein Teilbereich der Dauerausstellung „Preußen in Westfalen" im ersten Obergeschoß in Augenschein genommen werden. Im Erd- und Dachgeschoß befinden sich Sonderausstellungen zur Geschichte, Kunst und Kulturgeschichte. Der Zufall wollte es, daß beim nachfolgenden Mittagessen in der benachbarten Seniorenresidenz Königsberger Klopse auf der Tageskarte standen. Im Anschluß ging es zur Porta Westfalica, um das Kaiser-Wilhelm-Denkmal zu betrachten. Imposant war auch der weite Ausblick über die Weser. Nach Stärkung mit Kaffee und Kuchen im Denkmalrestaurant ging es wieder auf zur Heimfahrt.

Göttingen – Die Gruppe wird wieder eine siebentägige Fahrt vom 23. bis 29. Juli nach Masuren anbieten. Der Preis beträgt 385 Euro (70 Euro EZ-Zuschlag) und umfaßt sechs Übernachtungen mit HP in Hotels der Mittelklasse, eine Fahrt ins Freilichtmuseum Hohenstein zum Treffen des dortigen Deutschen Vereins, eine Rundfahrt in Masuren sowie eine weitere Rundfahrt im Ermland. In den sechs Übernachtungen sind jeweils eine Zwischenübernachtung auf der Hin- und Rückreise enthalten. Schriftliche Anmeldungen an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen. – Die Gruppe Göttingen kündigt zudem bereits für den 5. September an, daß der alljährliche Ökumenische Gottesdienst in Friedland wieder stattfinden wird.

Helmstedt – Donnerstag, 13. August, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte, Schützenwall 4.

Rinteln – Donnerstag, 13. August, 15 Uhr, Treffen im großen Saal des Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42 in Rinteln. Zum Themenkreis „Lokomotiven" wird Dr. Hans-Walter Butschke über „Krokodil und Taigatrommel – Elektro- und Diesellokomotiven von den Anfängen bis zur Gegenwart" sprechen. Neben den Mitglieder und Freunden sind auch interessierte Gäste herzlich willkommen. Weitere Informationen gibt es bei Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071, oder Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386.

Osnabrück – Freitag, 17. Juli, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Die Gruppe ist nun auch im Internet vertreten: www.ost-preussen-bonn.de. Für Verweise (sogenannte „Links") auf diese Seite wäre der Vorstand dankbar. Verlinkungswünsche, Hinweise und Anregungen bitte an den Kassenwart Wilhelm Kreuer, Telefon (tagsüber): (0228) 6824964, Telefon (privat) (02246) 5100, Fax (0228) 682884964, E-Mail: w.kreuer@rcor.de

Dortmund – Montag, 20. Juli, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße. – Montag, 17. August, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in den Ostdeutschen Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße.

Ennepetal – Donnerstag, 16. Juli, 18 Uhr, Treffend der Gruppe in der Heimatstube (mit Imbiß).

Gütersloh – Montag, 20. Juli, 15 Uhr, Ostpreußischer Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Informationen und Kontakt bei Ursula Witt, Telefon 37343. – Montag, 27. Juli, 15 Uhr, Ostpreußischer Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Informationen und Kontakt bei Ursula Witt, Telefon 37343. – Treffen der Mundharmonikagruppe finden nur noch in unregelmäßigen Abständen statt. Informationen und Kontakt bei Bruno Wendig, Telefon 56933. – Freitag, 21. bis 23. August, 6. Familienzelten der Gruppe. Nach den schönen Erlebnissen der vergangenen Jahre organisiert die Gruppe bereits zum sechsten Mal ein Familien-Zelt-Wochenende. Das Ziel ist eine Überraschung und wird erst kurz vor der Abfahrt verraten, es wird aber ein Campingplatz in der Nähe sein. Auf dem Programm steht neben Volleyball- und Fußballspielen diesmal eine mehrstündige Kanu-Tour. Nähere Informationen und Anmeldungen bei Marlene v. Oppenkowski, Telefon 702919.

Lüdenscheid – Im Mai dieses Jahres konnte die Gruppe ihr 60jähriges Bestehen begehen. Die Gedenkveranstaltung wurde mit dem Glockengeläut der Silberglocke zu Königsberg und zwei Glocken aus Breslau, dem Ostpreußenlied und dem Gedicht „Es war ein Land" von Agnes Miegel, vorgetragen von Kulturwartin Waltraud Lange, eröffnet. Mehr als 150 Gäste waren der Einladung des Vorsitzenden Dieter Mayer gefolgt. Neben Freude und Stolz schwangen auch ernste Töne mit, die eine gewisse Grundtraurigkeit verriet. Wunden von Flucht und Vertreibung sind eben noch nicht verheilt. Diese Veranstaltung blieb aber nicht nur in der Vergangenheit haften. Dieses machten in ihren Grußworten der Bürgermeister der Stadt Lüdenscheid Dieter Dzewas und der stellv. Landrat Thomas Gemke klar. Bürgermeister Dzewas strich in seiner Ansprache Fleiß und Engagement der Landsleute heraus, durch deren Tüchtigkeit die ganze Stadt profitiert habe, wie es Stadtteile bezeugen würden, und lobte die Pflege des Kulturgutes. Für ihn sei ein Stadtfest ohne Ostpreußenhaus nicht denkbar. Sein Gastgeschenk bestand aus 60 roten Rosen. Herr Gemke hob den Wiederaufbau hervor und zeigte Verständnis für den Verlust der Heimat. Gleichzeitig lobte er die Partnerschaften des Märkischen Kreises. Weitere Ehrengäste waren die Lüdenscheider Bürgermeister a. D. Jürgen Dietrich und Friedrich Karl Schmidt sowie der Bürgermeister a. D. Louis-Ferdinand Schwarz und frühere Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Fischhausen e. V. aus Dissen. Ein weiterer Höhepunkt waren die Ehrungen verdienter Mitglieder. Es waren dieses: Gründungsmitglieder (60 Jahre): Curt Albrecht, Gertrud Belz, Manfred Döllner, Martha Kurreck, Gerhard Ramminger, Rudolf Röder, Dr. Heinz Wilde und Hildegard Zenthöfer, für 50jährige Mitgliedschaft: Günter Puckaß, Herta Bone, Rosemarie Döllner und Ema Robeck. Weitere Ehrungen gingen an: Christel Puckaß (Leiterin der Volkstanzgruppe), Karl-Heinz Wunderwaldt (Volkstanzlehrer), Melanie Reichelt (Leiterin der Kindertanzgruppe) und Stefan Kasnitz. Die Gedenkansprache hielt Dr. Bärbel Beutner, Kulturreferentin der Landesgruppe NRW. Sie stellte fest, daß auch nachfolgende Generationen „vom Trauma der Vertreibung" geprägt seien. Sie erinnerte an das alte Brauchtum in der Heimat und an den Königsberger Dom. Sie thematisierte vor allem auch die prominenten Ostpreußen wie Immanuel Kant, Johann Georg Hamann, J. Gottfried Herder, Lovis Corinth, Käthe Kollwitz, Simon Dach, E. T. A. Hoffmann, Hermann Sudermann, Arno Holz, Ernst Wiechert, Otto Nicolai, Walter Kollo, Herbert Brust, Nicolaus Copernicus nicht zu vergessen, und andere Geistesgrößen, Dichter und Künstler. Sie studierten an der Albertina Universität in Königsberg und erbrachten große kulturelle und wissenschaftliche Leistungen. Auf ihren Vortragsveranstaltungen zeigte man großes Interesse an der ostpreußischen Kultur seitens polnischer und russischer Bewohner. Es gebe Bestrebungen, Königsberg (Kaliningrad) in Kant-Stadt umzubenennen. Das Rahmenprogramm wurde abwechselnd gestaltet von dem Singkreis der Landsmannschaft Ostpreußen Iserlohn unter der Vorsitzenden Lilli Janßen, der Volkstanzgruppe der Gruppe Lüdenscheid unter der Leiterin Melanie Reichelt und der Volkstanzgruppe des Sachsen/Thüringer Vereins Lüdenscheid unter Leitung von Anke Dahlhaus mit Liedern, Gedichten und Tänzen. Das Gedicht „Was ist Ostpreußen" sprach Jutta Scholz. Anschließend konnte man die Heimatstube der Ostpreußen besichtigen.

Mönchengladbach – Dienstag, 25. August, Busfahrt der Gruppe zum Park-Komplex Clemens-August bei Davensberg im Münsterland. Preis pro Person 35 Euro, darin sind enthalten: Busfahrt, Mittagessen, Kaffeegedeck und ein Unterhaltungsprogramm. Informationen und Anmeldung beim Ersten Vorsitzenden Herbert Schrade, Telefon (02161) 963922. – Fehlerteufel. Natürlich war der Vortragende auf der Gedenkstunde der Gruppe zum 60jährigen Bestehen der Landsmannschaft Ostpreußen Gerd Schiemann und nicht der Erste Vorsitzende Herbert Schrade. Auf der zeitgleich abgehaltenen Jahreshauptversammlung wurden die üblichen Regularien ohne Beanstandung abgehalten. Vorstands- oder Er-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2009

25. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine in Hohenstein
25. bis 27. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont
25. bis 27. September: 7. Kommunalpolitischer Kongreß
12. bis 18. Oktober: 55. Werkwoche in Bad Pyrmont
2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont
7. / 8. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

Jahr 2010

6. / 7. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont
26. Juni: Ostpreußisches Sommerfest im südlichen Ostpreußen der LO

Auskünfte erteilt die Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0. Auf einzelne Veranstaltungen wird im Ostpreußenblatt gesondert hingewiesen. Änderungen vorbehalten.

Seminar Werkwoche

Hamburg / Bad Pyrmont – Die 55. Werkwoche findet vom 12. bis 18. Oktober im Ostheim, unter der Leitung der Bundesvorsitzenden der ostpreußischen Frauenkreise, Uta Lüttich, statt. In den Arbeitsgruppen Musterstricken (Handschkes), Sticken, Weißsticken, Trachtennähen sowie Weben und Knüpfen sind noch Plätze frei. Besonders würden wir uns über eine Teilnahme von jüngeren Interessierten freuen. Die Seminargebühr beträgt 120 Euro bei freier Vollverpflegung und Unterbringung im Doppelzimmer. Einzelzimmer stehen nur begrenzt zur Verfügung, der Zuschlag beträgt 6 Euro pro Nacht. Fahrkosten werden nicht erstattet.

Hinweis: Die Veranstaltung wird gefördert mit Mitteln des Bundes über die Kulturreferentin am Ostpreußischen Landesmuseum, Lüneburg.

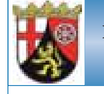
Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

gänzungswahlen standen nicht an. – Zusammen mit anderen Gruppen, vor allem mit Hilfe der Pommern, veranstaltete die Gruppe ein Frühlingsfest. Erfolg und Resonanz waren derart groß, daß man im Gegensatz zu früheren Jahren auch ein großes Herbst- und Erntedankfest am 10. Oktober gemeinsam feiern will.

Wesel – Die Gruppe startete zu ihrem diesjährigen Jahresausflug in die äußerste südwestliche Ecke von Niedersachsen in die Grafschaft Bentheim. Der Erste Vorsitzende Kurt Koslowski konnte im vollbesetzen Bus eine frohe Reisegesellschaft begrüßen. Viele Sommer- und Wanderlieder, angestimmt von mehreren Mundharmonikaspieler wurden gesungen. Auf einem schattigen Rastplatz wurde, von den Eheleuten Koslowski und weiteren helfenden Frauenhänden, zu einem schmackhaften Picknick eingeladen. In Bad Bentheim – das der Erste Vorsitzende ausführlich erläuterte – lud die großzügig angelegte Schloßparkanlage zum geruhsamen Verweilen ein. Die Kuchenzeit war angebrochen, und in einem nahegelegenen Café wurde zur Kaffeetafel eingeladen. Danach endete der Ausflugstag und die Gruppe trat zufrieden die Heimreise an.

Witten – Donnerstag, 23. Juli, 15.30 Uhr, Treffen der Gruppe. Auf dem Programm stehen ein Bericht vom Ostpreußentreffen auf Schloß Burg sowie lustige Beiträge von Mitgliedern.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

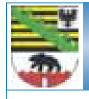
Mainz – Freitag, 17. Juli, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Dienstag, 21. Juli, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe zur heimatlichen Kaffeestunde im Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz. – Freitag, 24. Juli, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.



SACHSEN

Vorsitzender: Erwin Kühnappel, Gahlenzer Straße 19, 09569 Oederan, Telefon (037292) 22035, Fax (037292) 21826.

Landesgruppe – Ab sofort ist die Geschäftsstelle und Heimatstube „Agnes Miegel“, Trützschlerstraße 8, 09117 Chemnitz gekündigt und geräumt.



SACHSEN-ANHALT

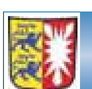
Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 29. Juli, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“, Hecknerstraße 6, Aschersleben. – Mittwoch, 5. August, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“, Hecknerstraße 6, Aschersleben.

Dessau – Montag, 20. Juli, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe im Waldweg 14. – Montag, 3. August, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe im Waldweg 14.

Magdeburg – Dienstag, 21. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Bowling im Lemsdorfer Weg.

Osterburg – Vom 21. Juli bis 28. Juli, Busreise nach Ermland und nach Masuren für 529 Euro pro Person.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Donnerstag, 13. August, 8 Uhr, traditionelle Herbstfahrt der Gruppe. Die Abfahrt erfolgt vom ZOB Bad Schwartau, Preis inklusive allem und pro Person 36 Euro. Das erwartet Sie an diesem Tag: Fahrt nach Prerow und Mittagessen am Hafen. Sie haben die Wahl zwischen: Boddenzanderfilet gebraten mit Kräuterbutter, Sahnemeerrettich, Zitrone und Petersilien-Kartoffeln oder Schweineschnitzel an gebuttertem Mischgemüse, Pommes frites und Salatgarnitur. Nach einem kleinen Hafenspaziergang bei hoffentlich schönem Sommerwetter begeben sich die Teilnehmer wieder auf die Reise. Im Tigerpark Dassow wird man um 16 Uhr mit einer Show erwartet. Natürlich gibt es auch Kaffee und Käsekuchen. – **Sonntag**, 30. August, 12 Uhr, Abfahrt der Gruppe vom ZOB Bad Schwartau zur Dittchenbühne in Elmshorn. Dort Besuch des historischen Schauspiels unter der Regie von Vilija Neufeldt mit dem Titel „Das Jahr IX“. Es gibt passend zu dieser Aufführung auch das umfangreiche Buffet: Spanferkel mit Bratkartoffeln und diversen Salaten, dazu gibt es einen Schnaps und einen Nachtisch, Preis inklusive allem 35 Euro pro Person. Gebucht werden kann bei der neuen Schatzmeisterin Gisela Rowedder, Telefon (04504) 3435, oder Regina Gronau, Telefon (0451) 26706. – Das erste Halbjahr bot den Mitgliedern der Gruppe wieder viel Interessantes und Unterhaltsames. So trafen sich beispielsweise die Mitglieder und Gäste der Gruppe am 11. März, um sich von Claus Seifert auf eine Reise nach Kolberg und an Pommerns Ostseeküste mitnehmen zu lassen. Zahlreiche Seebäder reihen sich an der Küste Pommerns auf, unterbrochen von alten Fischerdörfern, zwischen hohen Dünen, die teilweise Steilküsten bilden, und weiten, ebenen Sandstränden. 550 km Strand und Kultur! Die einzige größere Stadt an der Küste ist Kolberg. Kolberg ist die älteste aller hinterpommerschen Städte, hatte gleich drei große Vorteile, die die Menschen veranlaßten, hier zu siedeln. Kolberg hat einen der wenigen natürlichen Häfen an der langen, pommerschen Küste. Kolberg hatte zweitens eine günstige Furt über den Fluß Persante und Kolberg hatte etwas, wonach die Menschen immer strebten. Kolberg hatte das Salz. Als ab 1600 der Seehandel mit der Bedeutung der Hanse zurückging und die Erträge aus dem Salzgeschäft ebenfalls mangelhaft waren, begann für die ehemalige Hansestadt eine lange Zeit von Kriegen, Belagerungen und Verwüstungen. Häufig traten diese in so dichter Folge auf, daß die Einwohner kaum Zeit fanden, sich von den Folgen des letzten Krieges zu erholen, als der neue bereits nahte. Der Zweite Weltkrieg brachte der Stadt eine fast völlige Zerstörung. Nach neuen stadtplanerischen Gestaltungsrichtlinien und Abschluß der Wiederaufbauarbeiten am Kolberger Dom im Jahre 1984 entwickelte sich Kolberg im Laufe der letzten Jahre zu einem See-, Sol- und Moorbad und zog mehr und mehr Touristen in die Stadt. Sechs Kilometer feinster Sandstrand und ein herrlicher Blick auf die sich jeden Tag verändernde Ostsee sind auch heute immer wieder eine Attraktion Kolbergs. Dieser Vortrag hat bestimmt den einen oder anderen auf den Gedanken gebracht, auch einmal eine Kur in Kolberg zu machen, wozu viele, die bereits dort waren, unbedingt geraten haben. Es war ein interessanter und lebendiger Vortrag, der Claus Seifert viel Applaus brachte. – Am 5. April 2009 machten sich 50 Mitglieder und Gäste auf den Weg zu einem Ausflug nach Elmshorn, um sich zuerst wie immer mit einem ostpreußischen Mittagessen, diesmal war es der „Schmandschinken“, für einen Theaternachmittag bei der Dittchenbühne zu stärken. Danach freuten sich alle über die Komödie „Der Zerbrochene Krug“ von Heinrich von Kleist unter der bewährten Regie von Maria von Bismarck. Die kostenlose neue Bestuhlung des Theaters, die alle überraschte, war durch die Vermittlung vom Bundestagsabgeordneten Dr. Ole Schröder und Immo Neufeldt möglich geworden. Diese neue Einrichtung stammte aus dem „Theater am Holstenwall“ (ehemals Helga Feddersen), Hamburg. Es wurde wieder ein wunderschöner Nachmittag, den die Mitglieder und Gäste mit allen Sinnen genossen. – Endlich war es wieder so weit, am 14. Mai 2009 auf der Fahrt in den Frühling ging es diesmal mit 54 Mitgliedern und Gästen zur Festhalle Kutenholz, „Bürgermeister Schmetjen“ in Kutenholz. Ein Fisch, der nach Gurken riecht, hatte wieder Saison – zur großen Freude der Gourmets! Erwartet wurde die Gruppe mit einem großen Stint-Angebot – aber auch wer keinen Fisch mochte, fand reichlich für seinen Magen. Der kleine lachsartige Fisch sollte möglichst frisch gegessen werden. Die meisten Stinte kommen, wenn die Wassertemperatur sieben Grad erreicht hat. Der frisch nach grüner Gurke riechende Stint wird traditionell knusprig in Speck gebraten. Es gibt ihn aber auch geräuchert, in einer Suppe oder sauer eingelegt. Der rund 20 Zentimeter lange Stint galt ursprünglich als „Arme-Leute-Essen“. Noch Anfang des 19. Jahrhunderts wurde er in so großen Mengen gefangen, daß die Bauern ihn ans Vieh verfütterten oder als Dünger auf die Felder warfen. Fischereiwirtschaftlich hat der Stint kaum noch Bedeutung. Doch in Norddeutschland hat sich der wegen seines ungewöhnlichen Geschmacks auch Gurkenfisch genannte Stint inzwischen zu einer Delikatesse gemausert. In den masurischen Gewässern um Nikolaiken soll der sagenhafte Stinthengst gelebt haben. Als die dortigen Fischer einst lange Zeit erfolglos ihre Netze ausgeworfen hatten, verfing sich einmal jener Stinthengst, der König der Stinte, der den Spirding-See beherrschte, darin. Er bat inständig um sein Leben und versprach, für großen Fischreichtum zu sorgen, wenn man ihn nicht töten. Das versprachen die Fischer, ließen ihn jedoch nicht davon schwimmen, sondern ketteten ihn unter ihrer Brücke an. Der König der Fische hielt sein Versprechen, und seitdem gibt es die von den Stinten angelockten berühmten Nikolaiker Maränen. Und der Stinthengst schwimmt auch heute noch unter der Stadtbrücke, aber unter der neuen, denn die alte fiel dem letzten Krieg zum Opfer. Seit 1962 schwimmt auch in Remscheid, die Partnerstadt von Nikolaiken, ein Stinthengst auf dem Stadtparkteich. – Die letzte Veranstaltung im ersten Halbjahr 2009 am 10. Juni 2009 war wieder ein Erlebnis für alle Gäste. Bedingt durch die bereits begonnene Urlaubssaison konnten nur 41 Mitglieder und Gäste diesen hervorragenden Diavortrag genießen. Egon Milbrod war vielen noch bekannt durch seinen Vortrag im Jahr 2007 „Nach Kabardino-Balkaria durch die Ukraine“ – ein Motorrad-Reise-Bericht, der alle in seinen Bann zog. In seinen letzten Reisen führte Egon Milbrod seine Zuhörer nach Sibirien und in den Kaukasus. Nun hat er ein neues Abenteuer gewagt; er ließ er das Motorrad zu Hause und betätigte sich als Rucksack-Tourist. Fünf Wochen tourte er mit wenig Gepäck und einem kleinen Budget durch den australischen Kontinent. Seinen Weg von Melbourne über Sydney und die Ostküste Australiens beschrieb er genauso packend wie den Trip in das Zentrum des Landes. Zu den Highlights der Reise zählten alle typischen Erlebnisse, die man als Tourist in Australien haben kann. Es wurde eine spannende Reise durch Australien „Down under – upside down“ Australien einmal anders! Atemberaubende Aufnahmen und eine gute Unterhaltung ließen den Nachmittag wie im Fluge vergehen. Es war ein reiches Halbjahr mit vielen Begegnungen und neuen Mitgliedern, mit einmaligen Vorträgen, schönen Tagesfahrten und zwei wunderbaren Vorstellungen bei der Dittchenbühne in Elmshorn.

Heimatliteratur

Hamburg – „Mein Lied – Mein Land. Lieder der Ost- und Westpreußen“. Das ost- und westpreußische Liederheft „Mein Lied – Mein Land“ (Zusammenstellung und Sätze: Herbert Wilhelmi) ist ab sofort wieder lieferbar. Das Büchlein umfaßt ca. 150 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Nachdruck der Broschüre „Die Prußen“ – Auf vielfachen Wunsch hat die Landsmannschaft Ostpreußen die Broschüre „Die Prußen“ von Walter Görlitz nachdrucken lassen. Das Heft umfaßt 40 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 2 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Bei Abnahme von mindestens zehn Heften werden Verpackung und Versand nicht in Rechnung gestellt. Bestellungen nimmt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Dieter Schultz, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400820, Fax (040) 41400819, E-Mail: schultz@ostpreussen.de, gerne entgegen.

Die Seiten der »Heimatarbeit« finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

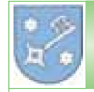
Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Geschäftsstelle und Archiv: Am Schloßberg 6, 27356 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 8014.

Wilhelm v. Gottberg, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, kommt zu den Angerburger Tagen am 19. und 20. September 2009 – Vor 60 Jahren, am 9. Juli 1949, wurde im Fasanenkrug in Hannover-Bothfeld die Kreisgemeinschaft Angerburg gegründet. Das erste Kreistreffen wurde bereits von etwa 500 Angerburgern besucht. An die mühevolle Gründung der Kreisgemeinschaft wollen wir uns am 19. und 20. September 2009 in der schönen Kreisstadt Rotenburg (Wümme) gemeinsam erinnern. Wir werden deshalb die 55. Angerburger Tage am Sonnabend, 19. September 2009, 9 Uhr, mit einem Gedenken am Patenschaftsstein bei der Angerburger Eiche auf dem Rotenburger Kreishausgelände für die Opfer von Flucht und Vertreibung sowie aller Toten des Zweiten Weltkrieges einleiten. Es folgt im großen Sitzungssaal des Rotenburger Kreishauses die Sitzung des neuen Kreistages (Delegiertenversammlung) unserer Kreisgemeinschaft. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Ehrungen und Berichte des Vorstandes sowie die Wahl des Kreisvertreters und von sechs weiteren Vorstandsmitgliedern. Die Sitzung ist öffentlich und eine gute Möglichkeit, sich aus erster Hand über die Arbeit des Vorstandes im Kalenderjahr 2008 und die Lage der Kreisgemeinschaft zu informieren. Danach besteht Gelegenheit zu einer Busfahrt (Kaffeefahrt). Der Preis für die Busfahrt beträgt 10 Euro einschließlich Kaffee und Kuchen. Der Bus fährt pünktlich um 13.30 Uhr vom Hotel am Pferdemarkt ab. Die Mindesteilnehmerzahl beträgt 25. Aus organisatorischen Gründen wird um eine vorherige Anmeldung unter Angabe der Personenzahl bis spätestens 4. September 2009 an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, gebeten. Die übrigen Besucher treffen sich ab 14 Uhr im Bürgersaal bei Kaffee und Kuchen oder besuchen das Angerburger Zimmer im Honigspeicher beim Heimatmuseum. Das Angerburger Zimmer ist am Sonnabend und Sonntag von 12 bis 16 Uhr geöffnet. Der Heimatabend um 20 Uhr im Bürgersaal wird von Bernd Krutzinna musikalisch gestaltet. Er ist 1947 in Bad Schwartau geboren mit ostpreußischen Wurzeln. Bernd Krutzinna will mit seinen Liedern an Ostpreußen erinnern. Für seinen musikalischen Auftritt auf dem Deutschlandtreffen der Ostpreußen 2008 in Berlin bekam er großen Beifall.
Am Sonntag, 20. September, 9 Uhr, werden die 55. Angerburger Tage mit einem Festgottesdienst mit Abendmahlfeier in der Michaelskirche in der Bischofstraße fortgesetzt. Alle Angerburger sowie deren Freunde treffen sich danach um 11 Uhr in der Aula des Ratsgymnasiums zur Feierstunde. Dort wird der Sprecher unserer Landsmannschaft, Wilhelm v. Gottberg, auf die Gründung der Kreisgemeinschaften wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg eingehen. Die Ausführungen unseres Sprechers sollte sich niemand entgehen lassen. Nach der Feierstunde treffen sich die Angerburger aus Stadt und Kreis sowie deren Freunde zum gemütlichen Teil im Bürgersaal. Gelegenheit zum Mittagessen und Kaffeetrinken besteht ebenfalls im Bürgersaal. vergessen Sie aber nicht rechtzeitig ein Zimmer bei den bekannten Hotels in Rotenburg (Wümme) oder Umgebung zu buchen. Nutzen Sie die Gelegenheit 64 Jahre nach Flucht und Vertreibung und 60 Jahre nach Gründung der Kreisgemeinschaft Angerburg mit Ihren Nachkommen alte Freunde zu treffen und Freundschaften aufzufrischen sowie über die schwierige Nachkriegszeit zu sprechen. Durch Ihren Besuch der 55. Angerburger Tage tragen Sie auch zur Erhaltung des kulturellen Erbes unserer Heimat als Teil der deutschen Geschichte bei. Freuen Sie sich auf die Angerburger Tage am 19. und 20. September in der liebenswerten Kreisstadt Rotenburg (Wümme) und halten Sie uns weiterhin die Treue.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Arnold Schumacher, Hüttenstraße 6, 51766 Engelskirchen, OT Rümderoth, Telefon (02263) 902440. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Sommerfest-Premiere – Unser Patenkreis Rendsburg-Eckernförde hatte erstmals zu einem großen Sommerfest eingeladen. Am 12. Juni wurden von Kreispräsident Lutz Clefsen und Landrat Dr. jur. Rolf-Oliver Schwemer rund 250 Besucher auf Gut Hanerau in der Amt- und Mittelpunktgemeinde Hanerau-Hademarschen herzlich willkommen geheißen, die alle in verschiedenen Funktionen mit dem Kreis in vielfältiger Weise verbunden sind, ob als Landtagsabgeordnete, als Bürgermeister oder Amtsvorsteher, Vertreter der Wirtschaft, Repräsentanten anderer Behörden, der Bundeswehr, der Kirchen, sozialen Verbände und Vereine oder als ehrenamtlich Tätige. Für die Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen waren Landsmann Bernhard Gienau an Stelle des Kreisvertreters anwesend sowie Dirk Bannick und Anita Motzkus von den Kirchspielen Klein Gnie und Muldszen (Mulden). Gleich bei der Ankunft wurden die Gäste durch die Musikkapelle der Feuerwehr Hanerau-Hademarschen im offenen Gutsgarten mit flotten Weisen empfangen. Zuvor hatten die Besucher ihre Autos auf der grünen Wiese in der Nähe des großen Gutsteiches - von fleißigen Helfern gut eingelotst - sicher eingeparkt. Die hiesige Feuerwehr feiert in diesem Jahr ihr 125-jähriges Bestehen. Auf diese Weise froh eingestimmt und nach einer persönlichen Begrüßung durch Lutz Clefsen und Rolf-Oliver Schwemer fanden die Gäste Aufnahme im Café der „Großen Scheune“ des Gutes mit angeschlossenem Zelt, wo sie von adretten Hostessen in kornblumenblauen Kostümen mit auserlesenen Häppchen und diversen Getränken liebevoll versorgt wurden. Die „Blaumeisen“ sind Absolventen der einzigartigen Landfrauenschule in Hanerau-Hademarschen und Repräsentanten Schleswig-Holsteins auf der Grünen Woche in Berlin. In seiner Eröffnungsrede dankte Lutz Clefsen besonders dem Kreistagspräsidenten des Partnerkreises Havelland aus Rathenow, Jürgen Bigalke, für sein Kommen, der damit deutlich mache, daß diese Partnerschaft auch nach über 19 Jahren ihre Berechtigung nicht verloren hat. Er dankte neben Bürgermeister Volker Timm allen Akteuren vor Ort, die an der Vorbereitung des Festes mitgewirkt hatten. Die Wahl des Veranstaltungsortes sollte auch als Signal gewertet werden, daß der Kreis nicht nur aus der Kreisstadt Rendsburg, sondern auch aus 165 Städten und Gemeinden bestehe. Die ländlichen Regionen seien nicht nur liebenswert, sondern auch Standorte regional bedeutender Unternehmen. Lutz Clefsen verwies auf den Kooperationsvertrag, mit dem sich der Kreis verpflichtet habe, zur wirtschaftlichen Entwicklung der Gemeinde Hanerau-Hademarschen beizutragen. Es seien sich alle Beteiligten bewußt, daß die Herausforderungen in den Kommunen im ländlichen Raum, die neben den demographischen Auswirkungen auch stark vom Wandel in der Landwirtschaft betroffen sind und bei denen die große Entfernung zu Ballungsräumen sich nachteilig auswirkt, nur gemeinsam bewältigt werden können. Clefsen fand auch nachdenkliche Worte. Die aktuelle Situation im Kreis Rendsburg-Eckernförde wie auch in der Bundesrepublik Deutschland sei geprägt durch die wirtschaftlichen und finanziellen Verwerfungen, die im Zuge der Finanzkrise die künftige Entwicklung in den nächsten Jahren nachhaltig bestimmen werden. Dabei frage er sich, wie nach einer exakten Analyse der Ursache dieses Geschehens die weitreichenden Folgen nicht nur durch politische Maßnahmen bewältigt werden können, sondern Regeln geschaffen werden, die die Entstehung solcher Krisen vermeiden helfen. Die Besinnung auf Werte und Kulturen im Wirtschaftsleben, die mit dem Begriff des ehrbaren Kaufmanns verbunden sind, müßte in das Wirtschaftsleben zurückkehren. „Aber nun auch wieder zu den schönen Dingen“, sagte der Kreispräsident abschließend, „die unseren Kreis ausmachen.“ Dies sei die Vielzahl von Vereinen und Verbänden und Organisationen, in denen viele Mitbürgerinnen und Mitbürger sich ehrenamtlich für unseren Staat und unser Gemeinwesen einsetzen. Jeder Einzelne sei gefragt, dem Gemeinwohl zu dienen. Auch dieses Sommerfest führe nur scheinbar die Tradition des langjährigen Neujahrsempfanges fort. Vielmehr solle im Mittelpunkt die Begegnung mit einer Region des Kreises stehen, mit der Gelegenheit zu Gesprächen mit den Verantwortlichen. Der Kreispräsident dankte der Familie Niemöller, die als Eigentümerin des Gutes den Empfang erst möglich gemacht habe. Und daß sich die Gäste in dieser gediegenen Atmosphäre mit Zeit zum ungezwungenen Austausch abseits des Alltags so richtig wohlfühlten, das besagte ihre Teilnahme an diesem frischen, aber freundlichen Sommertag bis zum Ende des Festes. Es war eine gelungene Premiere mit ungeteilter Vorfreude beim Abschied auf ein Wiedersehen in einer anderen Region unseres schönen Patenkreises im nächsten Sommer.

Sommerakademie Sticken

Bad Pyrmont / Ostheim – Das Ostheim führt auch im Jahr 2009 wieder die Sommerakademie-Sticken in Bad Pyrmont durch. Für alle Interessierten werden die Techniken Hardanger-, Hohlsaum, Ajour, Weiß- und Schwarzsticken einschließlich Nadelspitzen von einer ausgebildeten Seminarleiterin zum Erlernen oder Vertiefen angeboten. Das siebentägige Seminar beginnt am Montag, 27. Juli, 15 Uhr mit der Einführung und endet am Montag, 3. August 2009 nach dem Mittagessen (12 Uhr). Der Komplettpreis für dieses Seminar beträgt 403 Euro im Doppelzimmer, 445 Euro im Einzelzimmer und beinhaltet Vollpension, die Seminargebühr (ohne Material) und die Tagungskurkarte für sieben Tage. Notwendige Materialien können zu dem Seminar bei der Seminarleiterin vor Ort erworben werden. Die Jugendbildungs- und Tagungsstätte Ostheim liegt direkt in der Kurzone von Bad Pyrmont, wenige Minuten vom Kurpark und dem Schloß mit seinen wiedererrichteten Wehranlagen, entfernt. Direkt gegenüber dem Haus befinden sich das Hallenwellen- und Freibad und ein öffentlicher, kostenloser Parkplatz. Die Zimmer haben fließend Wasser warm/kalt, teilweise Balkon. Die modernen Sanitäreinrichtungen befinden sich auf den Etagenfluren.

Die Anmeldeunterlagen fordern Sie bitte an bei: Ostheim Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax: (05281) 936111, Internet: www.ostheim-pyrmont.de, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Willi Reck, Georg-Büchner-Straße 7, 31224 Peine, Telefon (05171) 805972, Fax (05171) 805973. Schriftführerin: Marlene Gesk, Unewattfeld 9, 24977 Langballig, Telefon (04636) 1560, Fax (04636) 8833.

Einladung an alle Mitglieder des Kreistages – Hiermit ergeht satzungsgemäß die Einladung

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 19

zur Sitzung des Kreistages am Sonnabend, 5. September 2009, ab 14 Uhr und Montag, 7. September 2009, von 9 bis 12 Uhr. Am Sonntag, 6. September 2009, 11 Uhr, nimmt der gesamte Kreistag am 54. Hauptkreistreffen in Dortmund teil. Veranstaltungsort der Kreistagssitzung: Best WesternParkhotel, Westfalenhallen Strobelallee 41, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 1204/324. Anreise: Sonnabend, 5. September, bis 13 Uhr (vom Hauptbahnhof mit der U-Bahn 45). Abreise: Montag, 7. September, nach der Kreistagssitzung.

Tagesordnung, Kreistagssitzung Sonnabend, 5. September: Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen und fristgerechten Einladung, Feststellung Stimmberechtigung, Genehmigung des Protokolls der Kreistagssitzung in Lüneburg am 29. Mai 09, Totenehrung, Bericht des Kreisvertreters, Aussprache über den Bericht, Bericht des Vertreters des Patenkreises, Ehrungen, Bericht Tätigkeiten Verein „Rosch", Wahlablauf Kirchspielvertreter am 6. September, Chronologie 60 Jahre Kreisgemeinschaft, Archiv, Verschiedenes.

Montag, 7. September: Neuwahl des Vorstandes, Wahl von zwei Kassenprüfern, Kostenvorschlag 2010, Einzelberichte der Kirchspielvertreter, Berichte über Tagungen und Veranstaltungen, Kreistreffen und Kreistagssitzung 2010, Verschiedenes



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Ortstreffen Gollen – Ortsvertreter Kurt Klimmek lädt alle Gollener zu einem Ortstreffen ein. Das Treffen findet in der Zeit vom 4. bis 6. September 2009 in der Gaststätte „Fischanger" in 32816 Schieder-Schwalenberg statt. Wer teilnehmen möchte, melde sich bitte bei Familie Mittelgöker, Telefon (05285) 237, an.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Jubiläum in Neidenburg – Die Neidenburger Gesellschaft der deutschen Volksgruppe feiert am Sonnabend, 25. Juli 2009, ihr 25jähriges Bestehen. Dazu laden wir alle Landsleute, die sich zu diesem Zeitpunkt ohnehin in Ostpreußen befinden, herzlich ein. Die Feier beginnt um 10 Uhr auf dem Hof Wylengowski, dem Vorsitzenden der deutschen Volksgruppe, in Heidemühle bei Neidenburg und wird mit verschiedenen Darbietungen umrahmt. Für Essen und Trinken ist gesorgt. Kurzentschlossene aus dem Bundesgebiet können eventuell noch einen Platz im Reisebus des Unternehmens Plewka aus Herten bekommen.



TREUBURG

Kreisvertreterin: Irmgard Klink, Schlehdornweg 30, 47647 Kerken, Telefon (02833) 3984, Fax (0 2833) 3970. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (0048) 875 20-3180.

Bericht über unsere Fahrt in die Heimat – Wir, die noch lebenden aus dem schönen Masuren, den Ortschaften Merunen und Garbassen Kreis Treuburg, treffen uns jährlich drei Tage in Bad Pyrmont. Im Mai 2008 wurde der Wunsch geäußert, noch einmal eine Busreise in die geliebte Heimat zu starten. Gesagt, getan, so kam man einstimmig zu dem entsprechenden Entschluß. Mit der Organisation wurde Monika Oschkinat betraut. Am 1. Juni 2009 war es nun soweit und unsere Reise begann. Von Springe ging es über Hannover und Berlin, wo überall unsere Leute zustiegen. Nun ging es in Richtung Heimat. In Thorn wurde eine Zwischenübernachtung eingelegt. Am nächsten Morgen ging es weiter in Richtung Goldap, wo wir dann bis zum 6. Juni im Hotel am Goldaper-See wohnten. Die Unterkunft und das Essen ließen nichts zu wünschen übrig. Von hieraus ging es dann unter anderem nach Merunen, Garbassen, Goldap und Treuburg. Wir haben ein paar wunderschöne Tage in der geliebten Heimat verbracht. Auf der Rückfahrt sind wir dann nach Ukta und Nikolaiken gefahren. In Ukta war die erste Fluchtzwischenstation 1944 gewesen. Hier mußte auf der Flucht ein Großteil unserer Leute ersten Habseligkeiten zurückklassen. An diesem Ort wollten sich alle nochmal – nach 65 Jahren – verabschieden. Nach einer Zwischenübernachtung in Posen ging es dann mit dem Bus heimwärts. Im nächsten Jahr treffen wir uns alle wieder in Bad Pyrmont. Wir werden noch einmal unsere schönen Erinnerungen und Eindrücke aus der Heimat Revue passieren lassen. Alle waren sehr glücklich, daß es Monika gelungen war, diese Reise – trotz anfänglicher Schwierigkeiten – zu organisieren. Wir werden diese Reise in sehr guter Erinnerung behalten. Dafür sagen wir noch einmal Danke.

256 Tonnen Hilfe

Rund 33 Jahre Unterstützung für die Heimatverbliebenen

Ergreifende Einblicke in Leben und Schicksale von Betreuten der Ostpreußenhilfe e.V. im deutschen Osten gewährte eine Briefsammlung, die Gisela Peitsch, Erste Vorsitzende des gemeinnützigen Hilfswerks, auf der Jahresversammlung präsentierte. Diese Briefe geben den Hilfsbedürftigen eine Stimme, ein Gesicht. Hier nun einige Auszüge:

„So habe ich wieder durch die große Freude, neuen Mut zum Leben bekommen und suche nach den Worten, mit welchen ich mich bei den lieben Helfern bedanken möchte, welche so schwer zu finden sind, denn man muß es erleben, um zu wissen, was die Hilfe einem Menschen bedeutet."

„Und so bedanke ich mich bei Euch viel, vielmals aus meinem ganzen Herzen, mit einem 'Gott vergelt'. Es ist bestens in meine Hände gekommen. Ich freue mich wie ein kleines Kind." Diese Aufzählung könnte man beliebig verlängern, so Frau Peitsch.

„Nein, wir werden sie nicht vergessen", versprach sie. Auch nach fast 33 Jahren wird die „Ostpreußenhilfe" getragen von Menschen im ganzen Land, die ihre einstigen Mitbürgern im Osten nicht vergessen haben und das durch ihre Spenden beweisen. So konnte das Hilfswerk,

> Getragen von den Menschen im ganzen Land

wie der Jahresbericht zeigte, auch 2008 fast in gleichem Masse wie bisher rund 250 Familien in Ost- und Westpreußen, Pommern und Schlesien Weihnachten und Ostern wie in besonderen Notfällen helfen. Zu Weihnachten und Ostern erhielten sie im Jahr 2008 – direkt ins Haus gebracht – jeweils 50 bis 100 Euro, in besonderen Notfällen zusätzliche Unterstützung, damit beliefen sich diese Hilfen auf rund 50 000 Euro. Für Lebensmittel, Medikamente, Rollstuhl und Gehhilfen wurden 2100 Euro aufgewendet. Insgesamt hat die „Ostpreußenhilfe" in den bisherigen 33 Jahren ihres Bestehens Bargeldhilfen im Wert von rund 750 000 Euro geleistet. In all diesen Jahren wurden ferner 21 680 Hilfspakte versandt, das entspricht einem Gewicht von mehr als 256 Tonnen. Deren Inhalt bestand und besteht überwiegend in gebrauchter Kleidung. Diese Art der Hilfe wurde aber inzwischen zum größten Teil eingeschränkt und durch Bargeld ersetzt.

Die Arbeit soll darum auch weiter in gleichem Umfang fortgesetzt werden. „So lange die Kraft reicht", sagte die Vorsitzende. Sie dankte – besonders auch im Namen der Betreuten – allen Helfern, speziell der Karl-Heinz Ditze-Stiftung, Hamburg, und dem Landfrauenverein Nenndorf. *EB*

Auskunft: Ostpreußenhilfe e.V., Fichtenweg 1, 21224 Rosengarten.



Der Vorsitzenden der „Ostpreußenhilfe" Gisela Peitsch liegen die Menschen in der Heimat am Herzen. Bild: Peitsch

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

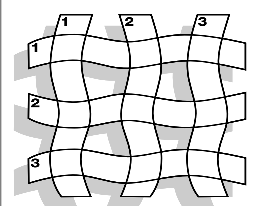
CEGKM NOORR, BEOR, AELRS, EEGN, AEKNR, ALOP, CDEO, EEKL, ABKLN, LOP, EERR ST, ADEE GR, EEL

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine Gemüsepflanze.

1	HALB		KAMMER
2	UEBER		PLAN
3	LOHN		RAD
4	WETTER		SCHENKEL
5	NEU		PAPIER
6	EHREN		OBST
7	TEE		TREIBEN

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 großes Sternsystem
2 griechische Nymphe
3 ostasiatischer Mietwagen

So ist's richtig:

Schüttelrätsel: MORGENROCK, BLANK, POL, ERSTER, EEL, EGERADE

Mittelworträtsel: 1. dunkel, 2. Stunden, 3. Steuer, 4. Frosch, 5. Silber, 6. Spalier, 7. Kessel – Kuerbis

Magisch: 1. Galaxie, 2. Kalypso, 3. Rikscha

Inmitten von Sturm und Wolkenbruch

Vor 100 Jahren wurde die Idee der Jugendherberge geboren – Heute zwei Millionen Mitglieder

Genau 100 Jahre nachdem die Idee der Jugendherberge entstand, ist das Deutsche Jugendherbergswerk (DJH) so stark wie nie zuvor. Erst vor kurzem konnte die Zwei-Millionen-Mitgliedsmarke überschritten werden.

In Zeiten knapper Kassen müssen besonders Familien auf die Kosten achten. Ein Urlaub ist oft nicht drin. Wer sich dennoch einen Tapetenwechsel leisten möchte, der greift gern auf das Familienangebot des DJH zurück. Abstand vom Alltag und eine unkomplizierte, gastfreundliche Atmosphäre sind dort allemal zu finden. Rund 560 Jugendherbergen mit mehr als

Eine Ausstellung erinnert an die Höhen und Tiefen

75 000 Betten, über zehn Millionen Übernachtungen jährlich – diese Zahlen sprechen für sich. Der Idee des Lehrers Richard Schirrmann sind dazu keine Grenzen gesetzt: Weltweit gibt es mehr als 4000 Jugendherbergen in rund 80 Ländern – von Ägypten bis Australien.

Begonnen hatte alles in Altena, einer der schönsten Höhenburgen Deutschlands. Der ab dem 12. Jahrhundert errichtete Wehrbau verdankt seine internationale Bekanntheit der ersten ständigen Jugendherberge der Welt, die hier 1912 eingeweiht wurde. Sie ist als Museum Weltjugendherberge noch im Originalzustand erhalten. Ab August 2009 soll ein sogenannter interaktiver Museumstisch den Besuchern der Burg die Geschichte der weltweiten Jugendherbergsbewegung erklären und einen reizvollen Kontrast zwischen der knapp 100 Jahre alten Originalausstattung der Herbergsräume und den museumspädagogischen Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts bilden.

Rechtzeitig zum Jubiläum wird auf der Burg Altena auch eine Ausstellung zum Thema Jugendherbergen eröffnet. Unter dem Titel „Über Stock und Stein – 100 Jahre Jugendherberge“ werden annähernd 150 Exponate zu bestaunen sein. „Die Ausstellung gibt zunächst mittels kleiner Inszenierungen Einblick in die Ausstattung der Häuser früher und heute und stimmt somit auf das Thema ein“, erläutern die Ausstellungsmacher. „Anschließend skizziert sie die geschichtliche Entwicklung mit ihren Höhen und Tiefen. Sie beginnt mit dem Gründer Richard Schirrmann und seinen Weggefährten, erzählt von der Werbung und Geldbeschaffung in der Anfangsphase, vom Geist der Jugendherbergsbewegung, von der Rolle der Herbergseltern, berichtet über die großen Probleme während der NS-Diktatur und über die Situation in der DDR. Sie widmet sich auch dem Siegeszug der Idee über die ganze Welt und endet in der Gegenwart.“

Hört man heute das Wort Jugendherberge, so denkt man allzu oft an kratzige Wolldecken, durchgelegene Matratzen, Gemeinschaftsduschen mit kaltem Wasser und roten Früchtetee zum Abendbrot. Diese Zeiten sind längst vorbei. Die ehemals muffigen Herbergen in alten Gemäuern, in denen nur Wanderer oder Paddler eine Unterkunft fanden, haben sich zu schmucken Gästehäusern auf Hotelniveau gemausert. Das hätte sich der Volksschullehrer Richard Schirrmann auch nicht träumen lassen, als er am 26. August 1909 während eines Klassenausflugs die bahnbrechende Idee der Jugendherberge entwickelte. Ein Gewitter hatte die Gruppe auf dem Weg von Altena nach Aachen erwischt, und es gab keine geeignete Unterkunft außer in einer leerstehenden Dorfschule. „Das Unwetter tobte während der ganzen Nacht mit Blitz und Donnerschlag, mit Sturm und Wolkenbruch und Hagelprasseln, als wenn die Welt untergehen sollte“, notierte Schirrmann in seinem Tagebuch. „Plötzlich überfiel mich der Gedanke: Jedem wanderwichtigen Ort in Tagesmarschabständen gleich Schule und Turnhalle auch eine gastliche Jugendherberge zur Einkehr für die wanderfrohe Jugend Deutschlands ohne Unterschied.“ – Wer war dieser Mann mit der weitsichtigen Idee?



Idee eines Ostpreußen: Richard Schirrmann erfand die Jugendherberge. Bilder (2): DJH

Richard Schirrmann wurde am 15. Mai 1874 in Grunenfeld bei Heiligenbeil geboren. Nach Besuch der Präparandenanstalt Friedrichsdorf bei Ortelsburg und des Lehrerseminars Waldau bei Königsberg war er kurze Zeit Privatlehrer auf Gut Drebbenau im Samland. Bei jeder Gelegenheit hielt er sich mit seinen Schülern im Freien auf. Nach einem Jahr legte Schirrmann in Karalene bei Insterburg das Examen ab und wurde danach bei Lötzen, dann in Schrombehnen bei Preußisch Eylau als Lehrer eingesetzt. Wanderfahrten hatten ihn in dieser Zeit in seiner Liebe zur Natur nur noch bestärkt.

1901 verließ er Ostpreußen und ging ins westfälische Industriegebiet. Auch dort nahm er bei jeder Gelegenheit seine Schüler hinaus in die Natur, die schon wenige Kilometer vor den Städten voller Reize war. Im sauerländischen Altena fand er dann seine Bestimmung. 1912 konnte er seine Idee von einer festen Jugendherberge auf der wiederaufgebauten Burg Altena im Lennetal verwirklichen. Bei der Übernahme durch die Hitlerjugend mußte Schirrmann von seinen Ämtern zurücktreten und auch den Führungsposten im Internationalen Jugendherbergswerk, das mittlerweile entstanden war, abgeben. Er wurde aus Altena ausgewiesen und zog nach Grävenwiesbach im Taunus, wo er am 14. Dezember 1961 starb. Sein Name wird auf ewig mit dem der Jugendherbergen verbunden sein.

Silke Osman

Die Ausstellung auf der Burg Altena, Fritz-Thomée-Straße 80, ist bis zum 21. Februar 2010 dienstags bis freitags von 9.30 bis 17.00 Uhr, am Wochenende und feiertags von 11 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt (gilt auch für die Dauerausstellung und für das Deutsche Drahtmuseum) Erwachsene 5 Euro, Kinder 2,50 Euro.

Süßes und Saures

Wein und Saumagen sind nicht die einzigen Spezialitäten der Pfalz

Schon Altkanzler Helmut Kohl wurde während seiner Amtszeit nicht müde, den Deutschen seine pfälzische Heimat ans Herz zu legen. Ausländische Honoratioren brachte er stets „mit sanfter Gewalt“ zum Verzehr seines geliebten Pfälzer Saumagens. Auch den spritzigen Wein empfahl er ihnen und seinen Landsleuten auf das Wärmste. Dem seinerzeitigen französischen Staatspräsidenten Mitterrand soll beides gemundet haben. Kein Wunder, das rustikale, mit viel Thymian abgeschmeckte Fleischgericht auf einem Bett von Sauerkraut schmeckt köstlich. Der perfekte Begleiter ist ein Riesling aus den heimischen Weinbergen. Die Pfalz – wegen ihres Mikroklimas gern die Toskana Deutschlands genannt – bietet dem verwöhnten Gaumen eine Fülle kulinarischer Genüsse. Wer die romantischen Weinorte mit ihren alten Fachwerkhäusern und verschwiegenen Innenhöfen bereist, wird bald feststellen, daß hier außer edlen Tropfen noch allerlei Wohlschmeckendes geboten wird. Auf der Schnekkenfarm Pfalzschnecke in Grünberg-Asselheim werden die besten Weinbergschnecken weit und breit gezüchtet. Blitzsauber ist das einem Landschaftspark nicht unähnliche Gelände, wo die Kriechtiere sich offenbar sehr wohlfühlen. Selbst Menschen, die nie im Leben daran gedacht hätten, jemals eine Schnecke zu essen, lassen sich hier eines Besseren belehren.

Stefan Charlier, der Besitzer der Farm, führt seine Gäste behutsam an die Materie heran und erklärt ihnen alles Wissenswerte über die Tiere. „Das Fleisch der Schnecken ist gesund und sehr eiweißreich. Eine ideale Diät für alle, die auf ihre Figur bedacht sind“, sagt er.

Weinbergschnecken als ideale Diät

Das wirkt immer. Und angerichtet mit pikanten Saucen, begleitet von einem eigens hierfür kreierten „Schneckenwein“ – eine Cuvée aus Riesling und Scheurebe – wird eine solche Mahlzeit zu einem wahren Hochgenuß.


Beliebt: Kandierte Früchte Bild: Buhr

Waltraud Bündgen vom Rheinland-Pfalz Tourismus ist erfreut, daß viele Menschen sich dafür interessieren, wie landwirtschaftliche Produkte angebaut und geerntet werden. „Wir wollen keineswegs als Schulmeister auftreten. Aber wer weiß, wie viel Mühe Bauern und Winzer aufwenden, wird die Produkte viel mehr schätzen“, erklärt sie, während sie mit ihren Gästen einen Obsthof besucht, in dem 20 Sorten Äpfel sowie Pfirsiche, Kirschen, Aprikosen, Pflaumen und Birnen angebaut werden. Diese erstklassigen Agrarprodukte sind wiederum der Grundstoff, aus dem die süßen Träume der Firma Biffar in Deidesheim gemacht werden. Das seit Generationen im Familienbesitz befindliche Unternehmen liefert kandierte Früchte und Pralinen vom Feinsten in alle Welt. Königs- und Fürstenhöfe in Europa und dem Mittleren Osten gehören zu den treuesten Kunden.

Alles Essig oder was?, fragt sich so mancher, der das „Weinessiggut Doktorenhof“ in Vennigen bei Neustadt an der Weinstraße betritt. Hier wird aus eleganten, langstieligen Gläsern Essig degustiert.

Auf den Gesichtern der Kunden zeichnet sich Erstaunen ab. Gerade haben sie „Engel küssen die Nacht“ probiert, einen wunderbaren Essigcocktail, dessen balsamische Grundessenzen wilde Kirschen, Aprikosen, Feigen und Vanille sind. Pur getrunken als Aperitif, regt die köstliche Säure den Appetit an. „Er paßt auch zu Käse, Eis und Süßspeisen“, verrät Georg Heinrich Wiedemann, der Besitzer des Gutes, der eine ganze Bandbreite von Aperitiven kreiert hat. Sie tragen klingende Namen wie Giacomo Casanova, Gold of Arabia (eine Mischung aus Rosen-, Malven- und Zitronenblüten) sowie Rosenmondbalsam und schmecken himmlisch.

Uta Buhr

Preußens Erbe entdecken

Brandenburg verfügt über 7000 Kilometer Radwege

Um fit zu bleiben, genügt es nicht, sich gesund zu ernähren. Auch Bewegung gehört dazu. Der deutsche Sportmediziner Reinhard Schneiderhan hat bewiesen: Wenn man oft und zügig radelt, werden nicht nur die Glückshormone, Endorphine, ausgeschüttet, sondern auch die Gute-Laune-Substanz Serotonin.

Radfahren hat längst den Status eines exklusiven Freizeitvergnügens erreicht. Das Angebot an zum Teil luxuriös zu nennenden Radreisen erstreckt sich inzwischen über Europa hinaus auf die ganze Welt. Südafrika, Neuseeland, Vietman, Hawaii, Kuba, New York und die Türkei – wer will, kann auch dort vom Reiseveranstalter organisiert in die Pedale treten.

Doch warum in die Ferne schweifen? Ob die Verantwortlichen in Brandenburg das Glück ihrer Mitmenschen im Auge hatten, als sie beschlossen, das Bundesland zum Land der Radfahrer zu machen, bleibt dahingestellt. Tatsache ist, Brandenburg verfügt heute über ein 7000 Kilometer langes, bestens ausgebautes Radroutennetz für alle Ansprüche: von der Spritz- über die Tages- und Wochenendtour bis zur mehrtägigen Radreise. 16 ausgeschilderte Radfernwege, 15 regionale Radwege und viele weitere Strekken durchkreuzen das Gebiet.

Viele dieser regionalen Routen sind miteinander kombinierbar und an das überregionale Radfernwegenetz, beispielsweise den Elberadweg, den Radfernweg Berlin-Kopenhagen, den Berliner Mauerweg oder den Europaradweg R1, angeschlossen. Erst im Mai wurde der Elbe-Müritz-Rundweg eröffnet. Diese 414 Kilometer lange Strecke gut ausgebauter Fahrrad- und Wirtschaftswege führt die Radfahrer durch die Landkreise Parchim, Prignitz und Müritz. Nahtlos geht es von Bad Wilsnack nach Wittenberge, entlang den Seen der Mecklenburgischen Seenplatte und wieder zurück über Röbel in Richtung Pritzwalk.

Für Versierte im modernen Datennetz bieten die Informationen auf der Internetdomain www.radeln-in-brandenburg.de



Informativ: Wegweiser helfen auf die Sprünge. Bild: Schnehagen

den Über- und Durchblick der Routen samt ihrer Sehenswürdigkeiten sowie passender Wege zu touristischen Zielen in unmittelbarer Nähe. Dazu werden Übernachtungsmöglichkeiten, alle Bahnhöfe inklusive Verknüpfungen zu den aktuellen Fahrplänen, Tips zu touristischen Events sowie Pauschalangebote genannt.

Manchen Radler wird vielleicht überraschen, wie wasserreich das sandige Binnenland ist. Mitten durch die faszinierenden Flußlandschaften der Potsdamer und Brandenburger Havelseen und der Unteren Havelniederung führt der knapp 400 Kilometer lange Havel-Radweg. Zu entdecken ist hier nicht nur Preußens Kulturerbe, sondern auch die Baumblütenstadt Werder an der Havel, die

Übernachten in alten Schlössern

über 1050jährige Stadt Brandenburg an der Havel und die Optikstadt Rathenow.

Die Märkische Schlössertour, die sich in Form einer Acht um Alt-Madlitz windet, zeugt von Preußens Glanz im Oderland. Elf kostbare Schlösser und Herrenhäuser, oft in sehenswerten Parks gelegen, sowie interessante Museen sind über die 200 Kilometer lange Fahrradroute miteinander verbunden. Teilstrecken führen dabei über landschaftsprägende Alleen. Standesgemäß sind auch die Übernachtungen in Schlössern und Herrenhäusern, sofern man es sich bequem macht und sich für die organisierte Sechs-Tages-Tour entscheidet.

Helga Schnehagen



Literatur war seine Heimat

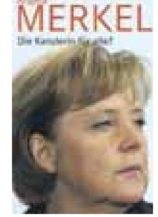
Reich-Ranickis Zeit in Polen

Marcel Reich-Ranicki (MRR) ist heute der einflußreichste deutsche Literaturkritiker, bekannt geworden vor allem durch das „Literarische Quartett“ im ZDF. Seine Lebenserinnerungen fanden viel Aufmerksamkeit, verschwiegen aber auch elegant manches aus seiner frühen Biographie. Gerhard Gnauck, Korrespondent der „Welt“ in Warschau, Historiker und Slawist, hat diesen „polnischen Jahren“ nun eine intensiv recherchierte Biographie gewidmet. Sie beginnt mit Reich-Ranickis Kindheit (geboren 1920) in Leslau an der Weichsel (Wloclawek). Aus dem wirtschaftlich beengten jüdischen Elternhaus findet er Zuflucht bei Tante und Onkel in Berlin am Ende der Weimarer Republik. Hier macht er auch noch 1938 das Abitur, um bald darauf vom NS-Staat nach Polen abgeschoben zu werden. Er erlebt hier den deutschen Einmarsch, wird wie Hunderttausende Juden durch die deutsche Besatzungsmacht ins Ghetto gepfercht, wo er als Dolmetscher des Judenrats zu überleben versucht. Hier heiratet er auch die Schicksalsgefährtin Teofila, mit der ihm die Flucht gelingt, während die Eltern in Treblinka ermordet werden. Das junge Paar überlebt im Untergrund. Reich wird 1946 an die polnische Militärmission in Berlin versetzt, offiziell als Leutnant, tatsächlich als Mitglied des Geheimdienstes. Als solches arbeitet er 1947/49 auch am polnischen Generalkonsulat in London, offiziell als Vize- und dann als kommissarischer Generalkonsul, wo er Berichte nach Warschau über Treffen mit Landsleuten aus der polnischen Emigration schreibt. Im Zuge der stalinistischen Säuberungen vom „Kosmopolitismus“ wird er abberufen und aus der KP ausgeschlossen. Obwohl er sich mehrfach um Wiederaufnahme bemüht, wächst die ideologische Entfremdung zu „Volkspolen“, wo er in den folgenden Jahren als „freier Schriftsteller“ und Literaturkritiker arbeitet. 1958 wählt er die Flucht nach Westdeutschland, wo er zunächst in der „Gruppe 47“ sowie bei Heinrich Böll und Günter Grass Rückhalt findet. Seine eigentliche Heimat war und blieb jedoch die deutsche Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts.

Er wurde aus der KP ausgeschlossen

Die Frage des Autors dieser Biographie, wer denn nun MRR war und ist, ist zu beantworten: Es ist das Leben eines Menschen, eines Juden, das mitten durch die Abgründe dieses Jahrhunderts, des „Totalitären Zeitalters“, führte und dessen beide Hauptströme er in ihrer Existenzbedrohung kennenlernte, das Leben eines Mannes, der sich darin nicht immer mit den Maßstäben einer „gutbürgerlichen“ Existenz, mit Tarnung und Verstellung, zu behaupten wußte. In seiner Zeit in Westdeutschland hat er viel dazu beigetragen, daß die Deutschen ihre nähere und fernere Literatur verstehen und schätzen lernten. Da es dabei nicht immer um Gerechtigkeit sine ira et studio ging, mußte das Leben von MRR notwendig zwischen „der Parteien Gunst und Haß“ geraten. *Klaus Hornung*

***Gerhard Gnauck: „Wolke und Weide – Marcel Reich-Ranickis polnische Jahre“**, Klett-Cotta, Stuttgart 2009, geb., 287 Seiten, 24,80 Euro*



Zur Zuckerbäckerin geworden

Ein »Spiegel«-Autor fragt, warum Angela Merkel so selten Stellung bezieht

Dirk Kurbjuweit, Autor von „Angela Merkel – Die Kanzlerin für alle?“, ist Leiter des Hauptstadtbüros des „Spiegels“. Sein Beruf ermöglicht ihm exklusive Einblicke in die politische Szene Berlins. Er reist mit Politikern zu Auslandsbesuchen, begleitet sie zu Reden und sieht sie somit in Momenten, in denen sie sich unbeobachtet fühlen. So hat er auch bereits mehrfach die Kanzlerin in Situationen erlebt, in denen nicht die Kameras auf sie gerichtet sind. Doch selbst in diesen schon fast privat anmutenden Momenten bleibt die Kanzlerin meist Kanzlerin. Den Privatmensch Angela Merkel will Dirk Kurbjuweit bisher nicht erkannt haben. Allerdings stellt er fest, daß Angela Merkel in Hintergrundgesprächen für Journalisten, über deren Inhalte die Journalisten nicht berichten dürfen, viel natürlicher und spontaner rüberkomme als bei öffentlichen Auftritten. Ihre Worte wären durchaus weniger gewählt, manchmal würde ihre eigene Position zu einem Thema offenbar, doch kaum sind die Gespräche beendet, würde Merkel wieder ganz zur Chefin einer Großen Koalition. „Wer nicht polarisieren will, hütet sich deshalb vor klaren Sätzen. Und eine Bundeskanzlerin will in der Regel nicht polarisieren, weil sie die Sache des gesamten Volkes vertreten muß“, kommentiert der 47jährige Journalist Merkels Verhalten. „Eine Festlegung ist immer eine Schwächung“, analysiert er weiter. Auch behauptet er, daß die CDU-Chefin an ihrem Amt besonders hänge, weil sie „kein Idyll, keine Ersatzwelt, keine klare Vorstellung von einem Danach“ habe.

Als „Spiegel“-Mitarbeiter dürfte der Autor nicht zu den klassischen CDU-Anhängern gehören, doch es ist auch nicht so, daß er die Kanzlerin nicht mag. Er beäugt sie kritisch, stellt unangenehme Fragen und versucht, sich in ihre Lage zu versetzen. Und als er Angela Merkel in einem Hintergrundgespräch einmal in emotionalem Aufruhr erlebt, ist er zumindest positiv überrascht. „Diese zehn Minuten Ausbruch vor dem Ikea-Ambiente zeigten, daß die Bundeskanzlerin nicht alles in Ordnung findet, was sie zu verantworten hat, diese zehn Minuten gaben einen Hinweis darauf, daß Leipzig 2003 ernst gemeint war, nicht nur eine Masche, wie nun häufig vermutet.“ Auch lobt er sie für ihre sachliche Zusammenarbeit mit Finanzminister Peer Steinbrück (SPD). Beide hätten lange Zeit gemeinsam Staatsziele statt nur Parteiziele verfolgt.

Ein Insider: Die Kanzlerin findet selbst nicht alles gut, was sie zu verantworten hat

Erstaunlicherweise stellt Kurbjuweit die These auf, daß unter der Regierung Merkel das Volk so stark mitregiere wie nie zuvor. Wer diese These jedoch positiv wertet, wird schnell enttäuscht, denn hiermit ist nicht das Volk an sich, sondern sind Umfragen gemeint, die den Volkswillen angeblich wiedergeben wollen (siehe Seite 8).

Auch fragt der Autor, ob Merkel jemals versucht habe, das Optimum aus ihrer Regierung herauszuholen. Anhand ihrer Vorgänger zeigt er auf, wie wichtig es für einen Kanzler sei, den Herrschertypen zu mimen. „Angela Merkel hat sich als Kanzlerin zur Sozialdemokratin gewandelt, zur Zuckerbäckerin. Aus Angst vor Lafontaine. Aus Angst vor der SPD. Aus Angst vor der Stimmung im Volk. Das ist die traurige Erkenntnis ihrer ersten Amtszeit.“ Fatalerweise werden diesem Urteil mehr CDU- als SPD-Anhänger zustimmen. *Rebecca Bellano*

***Dirk Kurbjuweit: „Angela Merkel – Die Kanzlerin für alle?“**, Hanser, München 2009, gebunden, 155 Seiten, 16,90 Euro*



Weg mit dem Weihnachtsbaum

Jörg Schönbohm nimmt Auswüchse der Politischen Korrektheit aufs Korn

Das Büchlein ist klein, es paßt fast in eine Hosentasche, doch die Aufregung des Autors zu dem von ihm gewählten Thema ist dafür um so größer. In „Politische Korrektheit – Das Schlachtfeld der Tugendwächter“ regt sich der brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm über den Irrsinn der Political Correctness im deutschen Sprachgebrauch auf. Dabei weist er auf so manche Entwicklung hin, die dermaßen künstlich ist, daß sie schon fast amüsant wäre, wenn der Hintergrund dazu nicht knallhartes Kalkül wäre. Wenn er in einem Buchladen sieht, daß das Kinderbuch „Zehn kleine Negerlein“ jetzt „Zehn kleine Kinderlein“ heißt und der gleichnamige Krimi-Klassiker von Agatha Christie „Und dann gab's keines mehr“, dann möchte er aus der Haut fahren.

„Eine interessante Sammlung von politisch korrekten Stilblüten hat der italienische Schriftsteller Umberto Eco in seinem Buch ‚Im Krebsgang voran‘ zusammengestellt“, schreibt Schönbohm. Ecos Vorschläge sind auch gar nicht so weit von der deutschen Realität entfernt. Einen Knast-Insassen als „sozial Separierten“ zu bezeichnen ist fast so bizarr wie den biblischen Adam als „Mann-Mensch“ zu bezeichnen, wobei letzteres so real ist wie die Formulierung „kauffräuische Kenntnisse“ wie sie von Gender-Meanstreaming-Befürwortern verwandt wird.

Der Knastbruder als »sozial Separierter«

Auch ärgert sich der Autor über die Tendenz, aus Rücksicht gegenüber Andersgläubigen die eigenen christlichen Traditionen zurückzudrängen. Daß angeblich drei Viertel aller Firmen in England Weihnachtsdekoration am Arbeitsplatz mit dieser Begründung verbieten, sei fatal.

„Wir erleben eine Entwicklung hin zu immer mehr staatlichen Verboten – ‚der Staat ist alles, Du bist nichts‘ scheint die Parole der Stunde zu sein. Hatten wir das nicht schon mal in unserer Geschichte?“ fragt der CDU-Politiker gegen Ende seiner kurzen Ansammlung links-ideologischer Auswüchse in der deutschen Gesellschaft. *Bel*

***Jörg Schönbohm: „Politische Korrektheit – Das Schlachtfeld der Tugendwächter“**, Manuscriptum, Waltrop 2009, geb., 63 Seiten, 7,80 Euro*




Im Viehwagon nach Workuta

Königsbergerin erinnert sich in »Das gestohlene Jahrzehnt« an ihr Leid

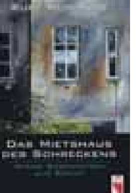
Es ist gut, daß viele Vertriebene ihre Lebensgeschichte aufschreiben, um sie ihren Nachfahren zu hinterlassen, denn jede Aufzeichnung hat über den familiären Rahmen hinaus einen dokumentarischen Wert. Und manchmal sprengt sie auch diesen, wenn sie so großartig geschrieben ist, wie die von Ruth Buntkirchen, die mit Recht ihre Biographie als Buch herausgebracht hat. Sie nennt es „Das gestohlene Jahrzehnt“, denn es waren zehn Jahre ihres Lebens, in denen sie nicht nur einer unbeschwerten Jugend beraubt wurde, sondern auch alle physischen und psychischen Qualen erleiden mußte, die ein Mensch überhaupt ertragen kann. Es sind die Jahre zwischen 1945 und 1955, zwischen dem Inferno im sterbenden Königsberg, das sie als 13jährige erlebte, und der Heimkehr aus der sibirischen Taiga als junge Mutter. Wer dies Buch liest und nicht zu der Generation gehört, die diese Zeit erlebt hat, wird kaum glauben können, was diese Frau ertragen mußte – und wird es doch tun. Denn Ruth Buntkirchen hat dieses ihr gestohlene Jahrzehnt bis in alle Ecken ausgeleuchtet, so daß keine Fragezeichen bleiben. Es ist ein Buch wie aus einem Guß, so ganz ohne Pathos, fast atemlos erzählt und genauso zu lesen. Da wird schonungslos über alles berichtet, was diese Frau noch in der zerstörten Heimat, dann in der Gefangenschaft und einem „freien“ Leben – unter sowjetischer Kontrolle – durchmachte.

Ruth Buntkirchen nennt ihr Buch „Das gestohlene Jahrzehnt“, aber auf dem Einband sind vier Knollen zu sehen, rote Beten – ein gezeichneter Untertitel, denn diese vier Rüben bestimmten acht Jahre Gefangenschaft und „Freie Verbannung“ der im Raum Königsberg verbliebenen Ruth Schwarz und ihrer Mutter. Der Vater war verschleppt, die jüngere Schwester von den beiden Frauen getrennt, die in Deutsch-Eylau vegetierten, von Hungeroedemen gezeichnet. Ruth wurde nach Nierenversagen dank der Hilfe eines deutschen Arztes wieder soweit hergestellt, daß sie aus dem Krankenhaus entlassen werden konnte. Vier Tage später die Verhaftung wegen der aus einem Garten „gestohlenen“ vier Roten Rüben und Verurteilung zu fünf Jahren Zwangsarbeit. Transport im Viehwaggon in die Sowjetunion, vorläufige Endstation in einem Lager in „Mordwinien“, südöstlich von Moskau, Schwerstarbeit auf einer Kolchose. Trennung von der Mutter, die in ein anderes Lager kam. Weitertransport nach Archanchelsk mit dem berüchtigten Gefangenenlager Molotowsk, Treibholzfischen im Weißen Meer, dann Schleppen von Baumaterial, schweren Marmorstufen. Wieder Verlegung, diesmal in ein Lager an der Bahnstrecke Moskau–Workuta mitten in der Taiga mit ihren langen harten Wintern, in denen Grubenholz gefällt und transportiert werden mußte. Endlich dann nach fünf Jahren Zwangsarbeit im Juli 1952 die Entlassung – nicht in die deutsche Heimat, sondern in die Sowjetunion, in die „Freie Verbannung“ mit zugewiesenem Arbeitsplatz in der tiefsten Taiga. Keine Papiere, ein Leben ohne Legitimation an einer unsichtbaren langen Leine, die jederzeit fest angezogen werden konnte. Erträglich durch den Zusammenhalt mit den anderen Deutschen in diesem zugewiesenen Lebensraum ohne Stacheldraht und sogar ein bißchen Glück durch die Verbindung mit einem Schicksalsgefährten, die zu einem der sibirischen Natur und den Bewachern abgetrotzten Eigenleben führt. Eine Baracke, ein Kartoffelacker, eine Ziege und ein paar Hühner – das genügt, um sich als Familie zu fühlen, vor allem als im Oktober 1953 ein Sohn geboren wird. Aber immer das Warten: Wann kommen wir wirklich frei, wann dürfen wir nach Deutschland? Bis endlich die kleine Familie am Karfreitag 1955 auf den Hamburger Hauptbahnhof steht und das ersehnte Leben in Freiheit beginnen kann.

Gestohlene Rüben wurden Hungernden zum Verhängnis

Buntkirchen hat ihre Erinnerungen an „das gestohlene Jahrzehnt“ für ihre Kinder und deren Kinder aufgeschrieben „damit es nicht vergessen wird, was Menschen alles ertragen können. Daß sie nicht den Mut verlieren, noch einmal neu anzufangen, sich immer wieder einen neuen Garten anzulegen, ein Apfelbäumchen zu pflanzen – mit Geduld, Gottvertrauen und harter Arbeit!“ Aber nun ist es weit mehr geworden als eine Aufzeichnung für die Familie, es mutierte zu einem 300 Seiten starken Buch, das mehr als das „gestohlene Jahrzehnt“ eines Einzelschicksals dokumentiert, sondern das einer ganzen Generation. *Ruth Geede*

***Ruth Buntkirchen: „Das gestohlene Jahrzehnt – Erinnerungen 1945–1955 – Zwischen Königsberg und Archangelsk“**, Hamburg, gebunden, 290 Seiten, 20 Euro*



Voller Dreck

Ein Vermieter berichtet

Liest man den Titel von Kurt Reinhards Buch „Das Mietshaus des Schreckens“, so denkt man sogleich an geprellte Mieter, unsägliche Wohnbedingungen in Mietswohnungen und ähnliches. Kurt Reinhard ist jedoch „Vermieter“. Daß auch auf dieser Seite nicht immer alles eitel Sonnenschein ist, stellt Kurt Reinhard in 25 unterhaltsamen Kurzgeschichten überzeugend dar.

Am Ende einer jeden Kurzgeschichte stellt der Autor eine Frage, die darauf abzielt, daß auch Vermieter, manchmal ganz schön „arm“ dran sein können. So beispielsweise wenn ein Mieter sich als Messie entpuppt und nachdem man sie erstmal aus dem Hause geklagt hat, sie außer Mietschulden auch noch völlig verdreckte Wohnungen hinterlassen.

Allerdings ist es etwas irritierend, daß der Autor dem Leser alles immer fein säuberlich mit DM-Beträgen berechnet. Die Geschichten mögen sich ja alle in der Vergangenheit zugetragen haben, doch ist es zunächst etwas ungewohnt.

„Der Gesamtverlust aus Mietausfall, Rechtsanwaltsgebühren, Entsorgungskosten, neuem Türschloß und so weiter beläuft sich auf etwa 2500 DM. Wenn ich an dieser Wohnung im Monat eine Rendite von etwa 300 DM habe, so brauche ich etwa 83 Monate, also sieben Jahre, bis ich mit dieser Wohnung wieder etwas erwirtschaften kann, um bei anderen Mietern Modernisierungen durchzuführen. Aber dafür sind die Vermieter ja auch böse Ausbeuter.“

Ehe der Leser sich die Frage stellen kann, warum Reinhard nach all dem Ärger und den vielen Kosten sich das Mietshaus und deren zum Teil höchstseltsame Mieter nicht längst vom Halse geschafft hat, gibt er im vorletzten Kapitel die Antwort. Denn zum Glück konnte Reinhard die „Mieterstruktur“ mit den Jahren verbessern, so daß es nicht mehr zu so zahlreichen Wohnungsräumungen kam.

Bei all den Berichten darf man nicht vergessen, daß nicht jeder Vermieter seine Wohnungen so günstig vermietet und auf das Wohl seiner Mieter bedacht ist. Denn aus welchem Grunde hätte der Mieterschutzbund hierzulande sonst so regen Zulauf?

Beim nächsten Umzug bleibt also zu hoffen, daß man nicht nur eine tolle Wohnung ergattert, sondern auch an einen fairen Vermieter gerät. *A. Ney*

***Kurt Reinhard: „Das Mietshaus des Schreckens – Wahre Geschichten aus Berlin“**, Frieling Verlag, Berlin, broschiert, 125 Seiten, 7,90 Euro*

Ruth Geede
Aus dem Leben einer Ostpreußin

DVD

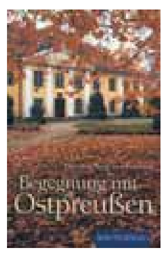
Kindheit und Jugend, Beginn der schriftstellerischen Tätigkeit, Flucht aus Königsberg, Neubeginn nach KriegsendeRuth Geede wurde 1916 in Königsberg geboren und veröffentlichte bereits 1934 Märchen und Erzählungen in Zeitschriften, sowie erste Rundfunkbeiträge für den Reichssender Königsberg. Es folgten bald plattdeutsche Sagen und Erzählungen, Dramen und Lustspiele. Sie leitete 40 Jahre die Redaktion eines Niedersächsischen Zeitungsverlages in Hamburg. Außerdem ist sie Mitarbeiterin der ersten Stunde beim Ostpreußenblatt / Preußische Allgemeine Zeitung und hat zahlreiche Bücher veröffentlicht, sehr viele zu Ostpreußen, aber auch Reiseführer, Kochbücher und Chroniken. Ruth Geede lebt in Hamburg und wünscht sich, noch recht lange schreiben zu dürfen. Sie ist Trägerin des Preußenschildes und des Bundesverdienstkreuzes.
Laufzeit: ca. 90 Min.
Best.-Nr.: 5325



€ 14,95



Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten
Erinnerungen eines alten Ostpreußen
Geb., 384 Seiten, 66 Abb.
Best.-Nr.: 1211, € 14,95



Christian Graf von Krockow
Begegnung mit Ostpreußen
Geb., 318 Seiten, mit Abb.
Best.-Nr.: 6608, € 14,95

Flug über Nord-Ostpreußen

Sonderangebot
Alle drei Teile zusammen
Best.-Nr.: 5401
nur € 39,95

Endlich wieder lieferbar!



Teil 1
Die Küste
Laufzeit: 52 Minuten
Best.-Nr.: 5398, € 19,95



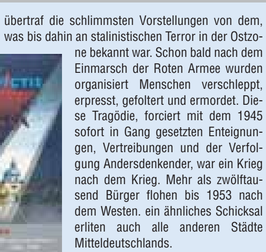
Teil 2
Von Königsberg bis Insterburg
Laufzeit: 62 Minuten
Best.-Nr.: 5399, € 19,95



Teil 3
Rominter Heide – Trakehnen – Elchniederung
Laufzeit: 73 Minuten
Best.-Nr.: 5400, € 19,95

Manfred Thiele
Vae Victis

Mühlausen unter sowjetischer Besatzungsdiktatur 1945- 1953
Noch acht Jahre nach Kriegsende betrachtete sie der sowjetische Oberstleutnant Zmeew als Kriegskommandant von Mühlhausen. Am 17. Juni 1953 ließ er durch seine Garnisonstruppen die für mehr demokratischen Rechte demostrierenden Bürger brutal auseinandertreiben. Was sich in den Jahren zuvor an Willkürakten durch die sowjetische Besatzungsmacht in der mitteldeutschen Stadt ereignete, war während des 40-jährigen SED-Diktatur tabu. Erst nach der Wende und nur sehr zögerlich begannen sich die Opfer und Zeitzeugen zu melden. Das Bild, das sich aus Ihren Aussagen herausschälte, übertraf die schlimmsten Vorstellungen von dem, was bis dahin an stalinistischen Terror in der Ostzone bekannt war. Schon bald nach dem Einmarsch der Roten Armee wurden organisiert Menschen verschleppt, erpresst, gefoltert und ermordet. Diese Tragödie, forciert mit dem 1945 sofort in Gang gesetzten Enteignungen, Vertreibungen und der Verfolgung Andersdenkender, war ein Krieg nach dem Krieg. Mehr als zwölftausend Bürger flohen bis 1953 nach dem Westen. ein ähnliches Schicksal erliten auch alle anderen Städte Mitteldeutschlands.
Allein in Mühlhausen wurden erstmalig detailliert die Fakten der damls begangenen Verbrechen ermittelt- hier, in diesem Buch vorgestellt.
Geb., 375 Seiten
Best.-Nr.: 6796, € 22,50



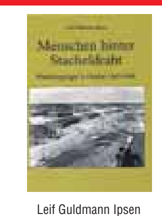


Michel A. Hartenstein
Die Geschichte der Oder- Neiße- Linie
Geb., 271 Seiten
Best.-Nr.: 5996, € 24,90



Dietrich Peylo
Arys/ Ostpreußen
die kleine masurische Stadt mit dem großen Truppenübungsplatz in Bilddokumenten
Geb., 108 Seiten
Best.-Nr.: 6788, € 20,00

Deutsche Flüchtlinge in Dänemark



Leif Guldmann Ipsen
Menschen hinter Stacheldraht
Flüchtlinglager in Oksböl 1945- 1949
Geb., 133 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 1719, € 29,95



Aren Gammelgaard
Auf Führerbefehl in Dänemark
Dtsch. Flüchtlinge 1945–1949
Geb., 242 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 5173, € 35,00



Arne Gammelgaard
Treibholz
Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945-49
Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 1823, € 24,95

PMD Preußischer Mediendienst

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Oliver Rieckmann empfiehlt...

Lieselotte Kamper
Edith
Das Schicksal einer Überlebenden der Wilhelm Gustloff

In Edith erzählt Lieselotte Kamper von einer Liebe, die eng mit der deutschen Geschichte verknüpft ist. Anhand von Tagebuchaufzeichnungen und persönlichen Gesprächen entstand ein biographischer Roman, der vom Schicksal zweier Liebenden in Kriegszeiten und vom Leben einer tapferen Frau in den Wirren der Nachkriegszeit zeugt: Edith Seppelt, eine 85-jährige, lebenslustige Frau, ist eine der wenigen Überlebenden der Schiffskatastrophe der Wilhelm Gustloff, die während des Zweiten Weltkriegs über 9000 Opfer forderte. Doch Edith ist nicht nur Überlebende, sondern auch Opfer, verlor sie doch ihre einzige große
Liebe Bruno und die gemeinsame Tochter durch diese Tragödie. Traumatisiert durch die Katastrophe, erlebt sie das Kriegsende und den Wiederaufbau. Trotz dieses Schicksalsschlags verliert sie nicht den Lebensmut. Sie geht eine neue Beziehung ein, die ihr jedoch wenig Glück bringt, und erlebt die Teilung Deutschlands hautnah, als sie mit ihren Kindern zur Zeit des Mauerbaus in den Westen flüchtet und sich dort ein neues Leben aufbaut.
Kart., 194 Seiten
Best.-Nr.: 6798

€ 12,80

Werner Jondral
Das alte Haus am Omulef/ Verwehte Spuren-Ostpreußen

Dieses Buch ist eine Erinnerung an das bewegende Leben eines masurischen Jungen. Es ist eine Liebeserklärung des Autors Werner Jondral an die Heimat Ostpreußen, zugleich eine zärtliche Erinnerung an die Vorfahren seiner Familie, und es ist die Schilderung eines brutalen, zerstörerischen Krieges. Schon seit Generationen ist seine Familie fest verankert in diesem Land der kristallenen Seen und der unbeschreiblichen Naturwunder, das auch ihm eine unbeschwerte, paradiesische Kindheit bescherte.
Geb., 256 Seiten
Best.-Nr.: 679



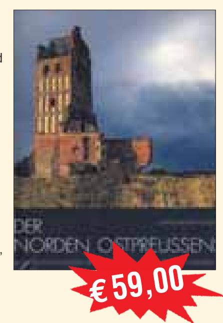
€ 16,80

Versandkostenfreie Lieferung ab 60 € Bestellwert*

*gültig Juni u. Juli 2009 und nur in Deutschland



Christian Papendick
Der Norden Ostpreußens
Land zwischen Zerfall und Hoffnung. Eine Bilddokumentation 1992-2007
Mit Textbeiträgen von Gertrud Papendick und Juri Iwanow und einem Vorwort von Albrecht Leuteritz
Geb., 488 Seiten, 1057 Farbabbildungen, 170 historische Schwarzweißabbildungen, 18 Karten, Leinen, Erscheinungsjahr: 2009, Format: 24 x 29 cm
Best.-Nr.: 6794



€ 59,00



Gerhard Fischer
Ostpreußische Frauen und Männer im Dienste der Landwirtschaft

Dieses Buch enthält Kurzbiographien von 630 ostpreußischen Frauen und Männern, die in einem historischen Zeitraum von ungefähr 300 Jahren auf dem Territorium des nachmaligen Ostpreußens im Dienste der Landwirtschaft gestanden haben und als gebürtige Ostpreußen heute noch stehen. Daher ist es verständlich, daß die Mehrzahl der Aufgenommenen nicht mehr lebende Personen sind, die in Ostpreußen geboren wurden oder über einen längeren Zeitraum dort lebten und in besonderer Weise wirkten. Erfreulicherweise konnten von mir auch Kurzbiographien heute noch lebender Ostpreußen der alten und neuen Bundesländer erarbeitet werden.
Geb. 569 Seiten
Best.-Nr.: 1190



statt € 22,20
nur € 14,95

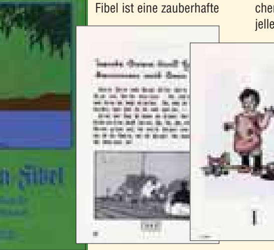
Martin Schmidtke
Rettungsaktion Ostsee 1944/1945

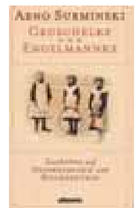
Zusammenfassende Dokumentation einschließlich der beteiligten Schiffe und Boote von Handelsflotte, Kriegsmarine, Luftwaffe und Heer mit den Häfen und Einschiffungsorte während der Rettungsaktion. Darüber hinaus enthält das Buch eine chronologische Liste der Schiffs- und Menschenverluste. Über ein alphabetisches Register der beteiligten Schiffe, der früheren und Zweit-Schiffsnamen und der Schiffsnamen nach Kriegsende verschafft sich der Suchende schnell einen Überblick.
Geb., 344 Seiten mit über 1000 Abbildungen, Großformat
Best.-Nr.: 4760
€ 39,00



Masuren-Fibel

Nur mit dieser Heimat-Fibel haben die Kinder des Masurens das Lesen gelernt.
Die Masuren-Fibel war die einzige Heimatfibel ihrer Art für das Gebiet der grünen Wälder und blauen Seen. In das preisgekrönte Lesebuch sind deshalb auch auf besondere und liebevolle Art und Weise viele heimatkundliche Inhalte eingeflochten. Mit „Lene und Heini" haben alle kleinen Leseanfänger ihre Heimat kennen gelernt. Erklärende und lustige Geschichten, Rätsel und Kinderreime, Nekkereien, Zungenbrecher und Zungenspäße haben die heimatliche Gedanken- und Gemütswelt spielerisch vermittelt. Die Masuren-Fibel ist eine zauberhafte und einzigartige Erinnerung an die Schulzeit und an die Heimat. Erinnern Sie sich an die Geschichten vom Lindenhof, dem Butzemann oder dem dicken, fetten Pfannekuchen. Erfahren Sie von masurischen Marjellen und Jungs, vom Masuren- und Heimatland, von Schmackostern und vom Johannisfeuer oder „Was der Storch so klappert".
Reprint der Originalausgabe von 1929, Geb., 120 Seiten, durchgehend Farbabbildungen, Format: 17 x 24 cm,
Best.-Nr.: 4787, € 16,95



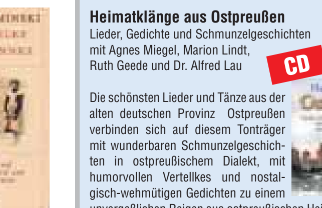


Arno Surminiski
Gruschelke und Engelmannke
Geschichten auf OSTPREUSSISCH und HOCHDEUTSCH
Geb., 244 Seiten
Best.-Nr.: 5990, € 16,95

Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau

CD

Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertellkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergeßlichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen.Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußen" erhielt, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land" gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen" den wohl schönsten lyrischen Ton. So finden auf dieser CD Musik und Wort zu einer klanglichen Einheit, die heimatliches Erinnern und Bewahren verbinden und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreußischen Kultur geben möchte.
Aus dem Inhalt: Land der dunklen Wälder – Ostpreußenlied (Brust/Hannighofer), Bergedorfer Kammerchor,1:50, Brief an den treulosen Heinrich / Sprecherin. Marion Lindt, 2:45, Goldaper Kirmestanz (Volksweise), 0:48, De Brautschau / Sprecher: Dr. Alfred Lau, 3:07, Anke von Tharaw (Silcher / Dach), Karl-Horst Schröder, Bariton, 2:11, u.v.m
Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770

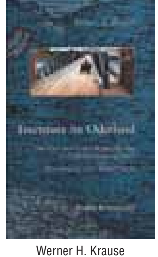


€ 12,95

Ilsa Langanke
Und die Sehnsucht bleibt.
Eine ostpreußische Biographie

Eine Reise in die alte Heimat Ostpreußen nimmt Ilsa Langanke zum Anlass, ihre Kindheit und Jugendzeit noch einmal Revue passieren zu lassen. Auf einfühlsame Weise beschreibt sie die Stationen der Flucht ihrer Familie aus dem schönen Ostpreußen nach Hamburg und Pinneberg bis in die neue Heimat Ostfriesland. Herausgekommen ist ein anschauliches und lebendiges Zeitdokument, welches stellvertretend für viele Lebensgeschichten dieser Generation ist. Deutsche Geschichte wird im Einzelschicksal gespiegelt
Kart., 288 Seiten
Best.-Nr.: 6503, € 12,80





Werner H. Krause
Totentanz im Oderland
Der Einmarsch der Roten Armee in Ostbrandenburg 1945. Erinnerungen und Dokumente
Geb., 397 Seiten
Best.-Nr.: 6660, € 24,80

Ostpreußen-Reise 1937
Die klassische Rundreise durch Ostpreußen in historischen Filmaufnahmen.

Diese noch nie gezeigten Filmstreifen werden durch weiteres herrliches Filmmaterial aus verschiedensten Quellen aus der Zeit vor dem Krieg zu einer umfassenden Gesamtschau Ostpreußens ergänzt: Marienburg, Weichselland, Königsberg, Allenstein, Tannenberg-Fahrt, Oberland, Frisches Haff, Ermland, Masuren, Rominter Heide, Trakehnen, Tilsit, Elchniederung, Kurische Nehrung, Memel, Pillau, Zoppot und Danzig.
Laufzeit: 176 Minuten
Best.-Nr.: 2789



Sonderangebot!
statt € 25,80
nur € 19,95

Achtung! Neue Adresse Achtung!

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 29/09
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Versandkostenpauschale € 4.00, Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Montenegro will eigene Sprache

Podgorica – Montenegro möchte sich eine eigene Amtssprache geben, berichtet der Wiener „Standard“. Als erstes soll eine eigenständige montenegrinische Rechtschreibung eingeführt werden, die drei ausländische Experten entwickelt haben: ein Serbe, eine Ukrainerin und ein Kroate. Bei einer Volkszählung im Jahre 2003 hatten indes 63 Prozent des Volkes von 620000 Einwohnern Serbisch als Muttersprache angegeben, nur 22 Prozent nannten Montenegrinisch. *H.H.*

Polen: Streit um »Hitler-Eiche«

Warschau – Im südostpolnischen Jassel (polnisch Jaslo) ist ein Streit um eine „Hitler-Eiche“ entbrannt. Bürgermeisterin Maria Kurowska will den Baum, den Hitler dem Ort 1942 geschenkt hatte, fällen und demonstrativ verbrennen lassen, um an seiner Stelle einen Kreisverkehr zu errichten. Dagegen regt sich nun heftiger Bürgerprotest. Hitler sei schuldig, die Eiche aber könne nichts dafür und solle bleiben. *H.H.*

ZUR PERSON

Lebenswerk gekrönt

Mit großer Mehrheit hat das Europäische Parlament den früheren polnischen Ministerpräsidenten **Jerzy Buzek** zum neuen Präsidenten gewählt. Der 69jährige wurde von den Christdemokraten nominiert und erhielt gleich im ersten Wahlgang 555 der 644 abgegebenen Stimmen. Vor seiner Wahl hatte er das mangelnde Vertrauen der Bürger in die Europäische Union, „die schwierigste Krise, die wir überwinden müssen“ genannt. Nach einer Absprache mit den Sozialdemokraten soll angeblich in zweieinhalb Jahren ein Sozialist das Spitzenamt übernehmen. Aufgrund dieser Absprache bekam Buzek auch viel Unterstützung von der politischen Linken, was sein gutes Wahlergebnis erklärt.

Buzek wurde 1940 bei Teschen geboren und studierte von 1957 bis 1963 an der Schlesischen Technischen Universität in Gleiwitz. Der diplomierte Chemie-Ingenieur hatte sich 1980/81 und dann wieder 1989 an führender Stelle für die Gewerkschaft Solidarität engagiert, 1981 war er Vorsitzender des ersten Solidarnosc-Kongresses. Nach der Wende von 1989/90 ging er für die gemäßigt konservative „Wahlaktion Solidarität“ in die Politik und war von 1997 bis 2001 polnischer Ministerpräsident. Hauptziel seiner Regierung war die rasche Hinführung Polens an die EU. Die dazu notwendigen unpopulären Reformen führten wesentlich zur Wahlniederlage seiner Partei im Jahre 2001; den Erfolg des EU-Beitritts heimste sein postkommunistischer Nachfolger Lezek Miller ein. Durch besondere Polemik gegen die Vertriebenen ist Buzek nicht aufgefallen, daß er den BdV einmal eine „extreme Gruppe“ nannte, bewegt sich in Polen im Bereich des Normalen. Im Jahre 2004 zog Buzek, der der evangelischen Minderheit in Polen angehört, erstmals ins Europäische Parlament ein. *K.B.*





Vom Vorteil der alten Regelung

Zeichnung: Mohr

Sozen-Saison

Warum Angela Merkel so fröhlich ist, was die SPD durchmacht, und worauf man in Mainz sogar heute noch hereinfällt / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Mitleid ist eine Tugend, die in der Politik nicht vorkommt. Darum kann man es Angela Merkel nicht übelnehmen, daß sie morgens so gut gelaunt aus den Federn steigt wie lange nicht. Die Kanzlerin kann nämlich sicher sein, daß ihr nahezu jeden Tag irgendein Sozialdemokrat noch vor dem zweiten Frühstück ein Geschenk machen wird.

Den Sozialdemokraten geht in diesem Sommer alles schief. Ich habe neulich den Steinmeier im Fernsehen gesehen, er hielt eine Rede auf irgendeinem Kongreß. Was er gesagt hat und wo das war, habe ich gar nicht mitbekommen, so entsetzt war ich von dem kümmerlichen Anblick des vor Monaten noch hochbeliebten Außenministers.

Abgekämpft, ja regelrecht zusammengefallen quälte er die Worte aus sich heraus, das Gesicht fleckig, die Augen noch kleiner als sonst. „Mensch, mach mal Urlaub!“ ruft man in ehrlicher Fürsorge Kollegen oder Freunden zu, die einem in diesem Zustand über den Weg laufen.

Armer Steinmeier. SPD-Chef Franz Müntefering ist ihm keine große Hilfe, auch wenn er es versucht. Doch statt dem eigenen Kanzlerkandidaten den Rücken zu stärken, legt er nur noch eins drauf aufs Desaster: Angela Merkel solle schon mal die Umzugskisten hervorholen, hat er gesagt. Wir sehen den armen Mann vor uns wie Saddam Husseins Pressesprecher, der 2003 den baldigen Sieg vor Kameras verkündete, die bereits wackelten von den US-Panzergeschossen.

Und Peer Steinbrück? Der ist seit jeher schwer berechenbar und nun sogar gänzlich außer Kontrolle geraten. Wie nennt man das eigentlich? Hochverrat? Jedenfalls hat der Finanzminister eine Todsünde begangen und die Wahrheit über ein gewaltiges Wahlkampfmanöver ausgeplaudert, indem er die Opfer der sogenannten „Rentengarantie“ öffentlich machte.

Dafür kriegt er Haue, logisch. und seine SPD muß leiden. Aber eines verwundert: Hat es nicht Karl-Theodor zu Guttenberg noch viel doller getrieben als der Steinbrück? Guttenberg schlug das Gesetz, nach dem die Rente nie, nie wieder sinken soll, mit einem Hieb kurz und klein, indem er es eine bloße „Absichtserklärung“ nannte, die sowieso nie in Anspruch genommen würde. „Gesetz“ wurde die Sache demnach nur genannt, um die Wähler zu blenden. Schlau, aber schäbig. Im Kabinett stimmte der Unionspolitiker dennoch brav zu. So auch die FDP-Vertreter im Bundesrat, trotzdem mäkeln die Liberalen jetzt ebenfalls heftig an der Garantie herum. Aber statt auch Guttenberg und die Gelben für ihr Hin und Her zu beschimpfen, zeigen alle nur auf den Steinbrück.

Man könnte den Eindruck gewinnen, es gäbe gesetzlich fixierte Jagd- und Schonzeiten für bestimmte Parteien, nach denen derzeit allein die Blaßroten zum Abschuß freistehen. Willkommen in der Sozen-Saison! Haben Sie auch schon einen erlegt?

> Zur Jagd freigegeben: Am Ende ließ sogar Barack Obama die Sozialdemokraten im Stich

Wie sie da so kauern in den Trümmern ihrer Siegesträume, geht auf die Sozialdemokraten zu allem Ungemach noch ein Pfuder Mist nieder von einer Stelle, von der sie es als letztes befürchtet hätten. Der Unrat stammt direkt vom hohen Olymp des Erlösers, von Barack Obama höchstpersönlich. Hatten ihn nicht gerade die deutschen Sozis gleichsam heiliggesprochen als die Lichtgestalt der Guten, also der Ihren? Ihn mit glasig-feuchten Augen zum Schöpfer einer neuen Epoche ausgerufen? Müßte er ihnen nicht dankbar sein, wenigstens ein bißchen?

Nun dies: Das ZDF verbreitet eine Sequenz aus Merkels USA-Besuch, in der der Präsident sagt, die deutsche Wahl sei doch schon gelaufen, Merkel werde sowieso gewinnen. Zunächst sollen die SPD-Verantwortlichen den Mitschnitt mehr erstaunt als erbost aufgenommen haben. Das konnte doch nicht wahr sein: Unser Obama und die Merkel! Ist es aber. Danach muß Frank-Walter Steinmeier Amok gelaufen sein, wobei er sich offenbar verletzt hat. Oder nicht wieder beruhigen konnte, jedenfalls schickte der Außenminister einen Berater vor, der einen hämischen Reporterrudel die dürren Worte hinwarf, Steinmeier schätze Obama, doch sei der Amerikaner eben auch kein Prophet.

In gewisser Weise stimmt das nicht, denn eines konnte der US-Präsident mit Sicherheit voraussagen. Nämlich, daß er Steinmeier den einzigen Gefallen, den er dem Deutschen tun könnte, verweigern wird: einen medienwirksamen Besuch bei ihm im Weißen Haus. Diese Woche sollte so ein Gespräch mitsamt Händeschütteln im Blitzlichtgewitter eigentlich stattfinden. Doch Obama ließ die Sache kurzfristig absagen, aus „terminlichen Gründen“.

Terminliche Gründe, ja sicher doch! Steinmeier wird seine Leute genau beobachten lassen, welche ach so wichtigen Termine der US-Präsident dem Steinmeier-Treffen tatsächlich vorzog. Sobald ihm die Mitschrift von Obamas Rede beim Kleinviehzüchter-Verband von Minnesota auf den Schreibtisch segelt, könnte er sich wieder verletzen.

Die Wut zuckt so heftig durch die roten Reihen, daß selbst die offizielle Reaktion von Steinmeiers Stab auf die transatlantische Abfuhr reichlich unsouverän ausfiel: Nach vier Jahren im Außenamt habe der Minister so eine Visite gar nicht nötig, um seine außenpolitische Kompetenz unter Beweis zu stellen. Vier Jahre ... ja: So reden mißvergnügte Vierjährige tatsächlich, wenn man sie nicht ans ersehnte Naschwerk läßt: „Ich will deinen Bonbon ja auch gar nicht, oller Doofer!“

Der Ärger ist umso größer, als Steinmeier weiß, daß er in den Umfragen solange recht gut dastand, als er von den Deutschen vor allem als Außenminister wahrgenommen wurde. Seitdem er sich ins Gerangel um die Kanzlerschaft gestürzt hat, ging's bergab. Daher wäre so ein Blitzlicht-Auftritt genau das Richtige gewesen. Aber derzeit geht eben alles schief.

Am liebsten würden sich viele Sozialdemokraten wohl irgendwohin verkriechen, hinaus in die Weiten der Provinz, wo die Welt noch in Ordnung ist. So wie Kurt Beck nach seinem schmerzlichen Abgang vom SPD-Vorsitz. Daheim in Rheinland-Pfalz, da tut mir keiner was, da sagen mir Fuchs und Hase „gute Nacht“ und lassen mich schlafen. So hatte er es sich erträumt, und so kam es zunächst auch.

Doch das Böse ist immer und überall, sogar in der idyllischen Eifel, wo der Nürburgring steht. Den wollte Beck mit einem tollen Freizeitpark aufpeppen: Achterbahn, Hotels, Feriendorf und so weiter. Kostenpunkt: über eine Viertelmilliarde. Sein Finanzminister Ingolf Deubel machte sich auf die Suche nach Geldquellen, wobei er einem sogenannten Kreditvermittler auffiel. Der Mann aus der Schweiz machte ihm ein sagenhaftes Angebot: Er habe da einen steinreichen Mann in den USA, der wolle groß einsteigen. Dafür müsse Deubel ihm aber zunächst 95 Millionen Euro auf ein Schweizer oder Liechtensteiner Konto überweisen, auf das natürlich auch der Schweizer Mitzeichnungsrecht haben müsse.

Huah! Huah Huah! Ich kann Ihr herzliches Gelächter bis hierher hören. Klar, das ist wirklich der älteste der alten Tricks: Ich mach dich reich, aber erstmal mußt du mir soundsoviel tausend Euro überweisen. Diese Geschichten sahen wir uns mitleidig lächelnd in „Nepper, Schlepper, Bauernfänger“ an und fragten uns, wer denn auf sowas reinfällt!

Na beispielsweise der Finanzminister des Landes Rheinland-Pfalz, der das Geld brav überwies. Spät erwacht bekam Kurt Beck jedoch kalte Füße und ließ die Sache stoppen. Wie sich ergab, wußte der angebliche Investor von gar nichts. Wenigstens die 95 Millionen konnten gerettet werden. Nun jedoch muß das SPD-regierte Land die zweifelhafte Investition ganz alleine tragen. Sonst glaubt nämlich keiner an den Erfolg des gigantischen Projekts in der Einöde. So geht denn wohl auch das wieder in die Binsen. Aber alles andere wäre ja auch ein Wunder, mitten in dieser beispiellosen Pechsträhne der SPD.

ZITATE

Seit 14 Jahren arbeiten die Europäer am Wiederaufbau von ***Bosnien-Herzegowina****, seit zehn Jahren an dem des* ***Kosovo****. Der Autor* ***Gerhard Spörl*** *ergründet im „Spiegel“ (13. Juli) die Gründe, warum es* ***nicht recht vorangeht*** *in den Balkanländern:*

„Wie in Bosnien-Herzegowina herrscht auch im Kosovo eine gefräßige, verantwortungslose Elite, die nur zu oft die Grenze zum organisierten Verbrechen überschreitet, wie jeder zu hören bekommt, der sich dort erkundigt. Es ist ja nicht so, daß diese beiden Länder nichts aus eigener Kraft tun könnten, sie wollen es nur nicht, solange sie nicht müssen.“

Kommentator ***Thomas Schmid*** *warnt in der „Welt am Sonntag“ (12. Juli) angesichts der* ***„Rentengarantie“*** *die Politik davor, das Volk zu unterschätzen:*

„Wie kann eine Regierung ernsthaft glauben, sie könne die Unkürzbarkeit der Renten beschließen? ... Dumm ist der Beschluß aber auch aus einem anderen Grund ... Es wäre ein großer Fehler, die Republik, in der die Älteren die Mehrheit stellen, für eine starre, unbewegliche und dem Neuen gegenüber abwehrbereite Veranstaltung zu halten. Es muß keinen Krieg der Generationen geben – denn auch diejenigen, die nicht mehr im produktiven Zentrum der Gesellschaft stehen, sind zu der Einsicht fähig und wohl auch bereit, daß es gut wäre, den Jungen bessere Chancen zu verschaffen.“

Die Großen

Das Kinderlied von Negerlein,
die alle zehn krepieren,
ist liederlich – das leuchtet ein –
und drum zu reformieren.

Wie läßt sich aber diese Mär
ins Gegenteil verkehren?
Na, statt zu schrumpfen wie bisher
muß sich die Menge mehren!

Natürlich sollten's obendrein
statt Negerlein, statt kleinen,
zumindest halbwegs Weiße sein –
und große, will man meinen.

Doch da aus Null nix werden kann
und zehn zu fade wäre,
begann per Zufall irgendwann
mit sechsen die Affäre.

Schon bald kam Kanada hinzu –
es waren nunmehr sieben,
die trafen sich in aller Ruh,
und lang ist's so geblieben.

Bis dann die Wende im Verlauf
gar viel an Wandel brachte –
da nahmen sie den Jelzin auf,
und folglich waren's achte.

Ob das bereits der Gipfel war,
der G-Punkt sozusagen?
O nein, jetzt galt es jedes Jahr,
in Neuland sich zu wagen.

Und so garnierte man den Kreis
mit bunten Ehrengästen –
fürs Gruppenbild, wie jeder weiß,
ist sowas stets am besten.

Erst seit die Krise uns regiert,
das rätselhafte Wesen,
sind echt als Große akzeptiert
auch Inder und Chinesen.

Wie's weiter geht? Ich sag's euch nicht,
denn wenn zehn Strophen reichen
für jenes Negerlein-Gedicht,
dann tun sie's hier desgleichen!

Pannonicus